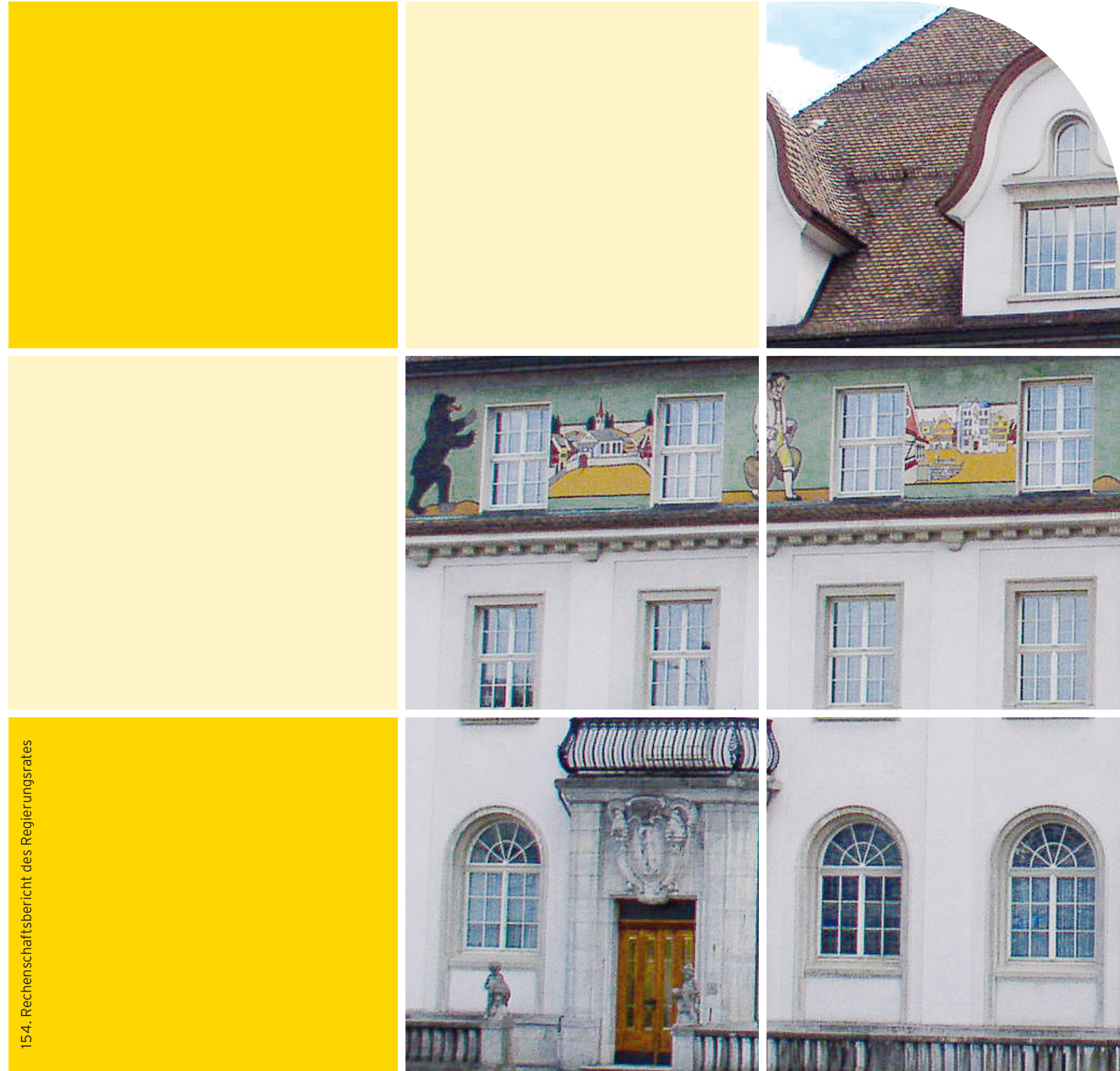


154. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2012





Vorwort	3
Regierungsrat	5
Kantonskanzlei	8
Departement Finanzen	13
Departement Bildung	20
Departement Gesundheit	27
Departement Bau und Umwelt	34
Departement Volks- und Landwirtschaft	42
Departement Sicherheit und Justiz	50
Departement Inneres und Kultur	58
Statistischer Anhang	65

Vorwort

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Mit diesem Bericht legt der Regierungsrat Rechenschaft über das Jahr 2012 ab. Der Bericht wurde formal gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Berichterstattung wird neu mit einem eigenen Kapitel zum Regierungsrat eröffnet. Bis anhin war dieser Abschnitt in den Bericht der Kantonskanzlei als Stabsstelle des Regierungsrates integriert. Der Bericht der Kantonskanzlei konzentriert sich nun entsprechend auf die Berichterstattung über ihre Stabsstellenfunktionen sowie über ihre Organisationseinheiten. Die im vergangenen Jahr angekündigte Ablösung von der Sach- und Terminplanung sowie von der Berichterstattung über das Regierungsprogramm wird heuer vollzogen.

Die Entwicklung von Appenzell Ausserrhoden im Jahre 2012 hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Das Ressourcenpotenzial hat sich zwar deutlich verbessert. Das heisst, dass sich die Steuerkraft weiterhin überdurchschnittlich entwickelt hat. Appenzell Ausserrhoden macht im interkantonalen Vergleich weiter Boden gut. Gleichzeitig hat die Bevölkerung aber nur marginal zugenommen. Die rege Bautätigkeit führt vorerst zu keiner Zuwanderung. Zu beobachten ist eine gewisse Binnenwanderung in die neu errichteten Wohnungen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass diese Bewegung ein vorübergehendes Phänomen ist und dass danach der Zuzug neuer Einwohnerinnen und Einwohner einsetzt.

Finanzpolitisch zogen 2012 dunkle Wolken auf. Kleiner werdende Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich sowie geringere Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank führten zu deutlich geringeren Einnahmen als budgetiert. Auch die schwierige wirtschaftliche Lage in Europa machte sich gerade für die stark exportorientierte Ausserrhoder Wirtschaft deutlicher bemerkbar. Infolgedessen entwickelten sich die Steuererträge nicht wie budgetiert. Gleichzeitig führten diverse Sondereffekte zu deutlichen Mehrausgaben. Im Ergebnis resultierte ein hohes Defizit in der Staatsrechnung von über 21 Mio. Franken. Die mittelfristigen Finanzaussichten machen ein Entlastungsprogramm in Kombination mit einer Aufgabenüberprüfung notwendig, um den Haushalt strukturell im Gleichgewicht zu behalten.

Das Regierungsprogramm 2012-2015 ist voll angelaufen. Zahlreiche Projekte in den Teilbereichen «Arealentwicklung» und «Bauen und Wohnen» konnten in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden angegangen und vorangetrieben werden. Sie schaffen einen Teil der Basis für das angepeilte Bevölkerungswachstum. Letzteres kann nicht nur mit neuen Wohnbauten erreicht werden. Die Bereitstellung attraktiver Areale zur Ansiedelung neuer Unternehmen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist ebenso wichtig. Hier leistet das Regierungsprogramm einen wichtigen Beitrag.

Die Ausgliederung von Verwaltungseinheiten bildete im Berichtsjahr ein wichtiges Thema. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der neuen Spitalfinanzierung wurde mit dem Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden ein zentraler Zweig der kantonalen Verwaltung und ein wichtiger Arbeitgeber im Kanton verselbständigt. Die grössere Autonomie des Spitalverbundes soll es diesem erlauben, sich im neuen Spiel der (Markt-)Kräfte zu behaupten. Die Dynamik, welche mit der Neuregelung der Spitalfinanzierung einsetzte, zeigte schnell, dass für die gedeihliche Entwicklung des Spitalverbundes weitere Massnahmen notwendig werden. So entschied sich der Regierungsrat, einen Prozess zur Bildung eines gemeinsamen Spitalverbundes der beiden Appenzeller Kantone zu initiieren. Dieses komplexe Projekt wurde 2012 mit grossem Einsatz vorangetrieben. Im Bereich der Informatik wurde ein zweites Projekt zur Ausgliederung angestossen. Die Verabschiedung des neuen Gesetzes über eGovernment und Informatik im Juni schuf die Grundlage für einen gemeinsamen Informatikbetrieb von Kanton und Gemeinden, der aus den Informatikämtern des Kantons und der Gemeinde Herisau sowie aus der AR-Informatik AG hervorgehen soll. Dieses Vorhaben wurde während des ganzen Jahres vorbereitet, damit die neue AR Informatik AG am 1. Januar 2013 ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Geprägt war das Jahr 2012 insbesondere durch vielfältige Strukturdiskussionen. Das Projekt einer Reform der Staatsleitung wurde weiter vorangetrieben. Im August beendete die vom Regierungsrat eingesetzte Expertenkommission ihre Arbeit und unterbreitete einen ausführlichen Bericht über den Reformbedarf in der Kantonsverfassung sowie einen Entwurf für eine Reform der Staatsleitung. Der Regierungsrat folgte der Kommission weitgehend und schickte



den Entwurf in eine breit angelegte Vernehmlassung, welche rege benützt wurde. Die Reform wird – je nach Ausgestaltung – erhebliche Auswirkungen auf das Parlament, die Regierung und die Verwaltung haben. Die Neuordnung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts führte zu einer Regionalisierung des Beistandschaftswesens und trug in Teilen auch zur Regionalisierung des Sozialhilfewesens der Gemeinden bei. Diese Restrukturierungen wurden 2012 aufgelegt. Diese letzte Frage dürfte auch die Diskussion um die Gemeindestrukturen beeinflussen. Zurückgehend auf ein Postulat von alt Kantonsrat Roger Sträuli wurde im Berichtsjahr eine Analyse zu den Gemeindestrukturen in Appenzell Ausserrhoden erstellt. Der Regierungsrat positionierte sich zu den im Bericht aufgeführten Handlungsoptionen und bereitete die politische Diskussion im Kantonsrat und in der Öffentlichkeit vor. Mit der Annahme des totalrevidierten Finanzhaushaltsgesetzes im November des Berichtsjahres wurden schliesslich die Weichen für eine Reorganisation des Finanzwesens in Kanton und Gemeinden gestellt. Das neue Finanzhaushaltsgesetz bringt mehr Transparenz in der Rechnungslegung der Gemeinwesen und löst die verfassungsrechtlichen Vorgaben an eine unabhängige kantonale Finanzkontrolle ein.

Der Regierungsrat dankt den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung, der angeschlossenen Betriebe und Anstalten herzlich für ihren Einsatz zum Wohle des Kantons. Er möchte sich aber auch bei den Mitgliedern des Kantonsrates bedanken, die ihre verantwortungsvolle Aufgabe mit der gebotenen kritischen und doch konstruktiven Haltung erfüllen. Auf den Beitrag des Parlaments ist der Regierungsrat ebenso angewiesen wie auf das tatkräftige Engagement der Mitarbeitenden.

Im Namen des Regierungsrates

Hans Diem, Landammann

Roger Nobs, Ratschreiber

Regierungsrat

1. Allgemeines

Der Regierungsrat fasste an 42 ganz- und halbtägigen Sitzungen insgesamt 766 Beschlüsse. Nach einer deutlichen Verringerung 2011 bewegte sich die Geschäftslast damit wieder im Rahmen des langjährigen Durchschnitts.

Die Arbeit des Regierungsrates wurde zu Beginn des Jahres durch eine mehrwöchige gesundheitlich bedingte Abwesenheit von Landammann Hans Diem beeinflusst. Während Landammann-Stellvertreterin Marianne Koller die Leitung der Regierungsratssitzungen vorübergehend übernahm, führte Regierungsrat Matthias Weishaupt das Departement Sicherheit und Justiz interimistisch. Bei einzelnen grossen Dossiers wurde die Federführung definitiv neu geregelt. Die gesundheitlichen Schwierigkeiten zwangen Landammann Hans Diem schliesslich, seinen Rücktritt per Ende des Amtsjahres 2012/2013 bekanntzugeben.

Angesichts des anstehenden Generationenwechsels im Regierungsrat bei den Gesamterneuerungswahlen 2015 tauschte sich das Gremium in mehreren Klausuren über die Nachfolgeplanung und die mittelfristige Zukunft aus.

2. Wichtige Geschäfte

Inhaltlich beschäftigte den Regierungsrat insbesondere das Projekt eines gemeinsamen Spitalverbundes Appenzellerland. Es galt den Handlungsbedarf zu analysieren und Grundsatzentscheide zugunsten des Projekts zu fällen. Auch der Reform der Staatsleitung widmete der Regierungsrat mehrere Sitzungen und schickte das Vorhaben im September in die Vernehmlassung. Zu den wichtigen Projekten gehörte auch die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes, welche eine Referendumsabstimmung im November erfolgreich überstand. Im Zentrum stand 2012 auch der Start zur Umsetzung des Regierungsprogrammes 2012–2015. Neben verschiedenen Beschlüssen zu wichtigen Teilprojekten konnte der Regierungsrat auch die Beratung der beiden Rahmenkredite zu den Hauptprojekten «Bauen und Wohnen» sowie «Arealentwicklung» im Kantonsrat erfolgreich gestalten. Eine Niederlage hatten Parlament und Regierung im März hinzunehmen, als die Volksinitiative zur Abschaffung der

Pauschalbesteuerung einem Gegenvorschlag vorgezogen wurde. Die Vorbereitung eines grossen Vorhabens konnte mit der Genehmigung des Kantonsrates zum Projektkredit für das Bahninfrastrukturprojekt Durchmesserlinie Trogen-St.Gallen-Appenzell abgeschlossen werden. Im Juni legte der Regierungsrat die neue Sach- und Terminplanung 2012–2016 vor. Damit geht der Regierungsrat zu einer zwar fix auf vier Jahre ausgelegten, aber dennoch beschränkt rollenden Planung über. Ab dem zweiten Jahr wird die ursprüngliche Planung mit dem aktuellen Stand verglichen. Die dabei aufscheinenden Differenzen werden kommentiert. Bereits im November 2011 gab Ratschreiber Martin Birchler seinen Rücktritt per Ende 2012 bekannt. Dank dieser frühen Ankündigung konnte der Regierungsrat das Evaluationsverfahren für die Nachfolge sorgfältig vorbereiten und durchführen. Auch der Kantonsrat wurde stark miteinbezogen. Im Juni schlug der Regierungsrat dem Kantonsrat Roger Nobs als neuen Ratschreiber vor. Nach erfolgter Wahl trat dieser am 1. Oktober sein Amt an.

An sieben halbtägigen Strategiesitzungen beschäftigte sich der Regierungsrat vornehmlich mit finanz- und bildungspolitischen Themen. Strategiesitzungen dienen der Vermittlung von Fakten, der Meinungsbildung und der Entwicklung von Strategien. Beschlüsse werden an Strategiesitzungen keine gefasst.

Auch 2012 suchte der Regierungsrat den Kontakt mit der Wirtschaft. Fünf Betriebsbesuche boten die Gelegenheit zum Austausch zwischen Wirtschaft und Politik: Alder Strassenbau, Herisau; Landwirtschaftsbetrieb Robert Egli, Rehetobel; Kern Concept AG, Herisau; Schweizerische Post, Verteilzentrum, Gossau; Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt, St. Gallen.

3. Beziehungen zu den Gemeinden

Der Beziehungspflege zu den Gemeinden dienen wiederum die fünf Landsitzungen des Regierungsrates in Stein, Urnäsch, Teufen, Reute und Herisau. Die anschliessenden Treffen mit den Gemeinderäten bieten beiden Seiten die Gelegenheit, wichtige Anliegen vorzubringen und sich gegenseitig über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Dem gleichen Zweck dient das Treffen des Regierungsrates mit



der Gemeindepräsidentenkonferenz jeweils im Dezember. Oft angesprochene Themen waren das neue Finanzhaushaltsrecht und das eGovernment, welches in der Form des neuen Gesetzes über eGovernment und Informatik sowie des Projektes zu einem Enterprise Content Management Kanton und Gemeinden gleichermaßen betreffen.

4. Aussenbeziehungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat sich im Berichtsjahr wiederum zu vier Plenarversammlungen getroffen. Die Konferenz diskutierte mit dem Bundesrat die Grundsätze für eine gemeinsam getragene Lösung der institutionellen Fragen mit der EU, unter anderem auch im Zusammenhang mit den laufenden bilateralen Verhandlungen zu einem Abkommen über die Liberalisierung des Strommarktes. Fortgesetzt wurden die Beratungen zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket KAP 2014; die Kantone befürworteten dabei die Wichtigkeit gesunder Bundesfinanzen, soweit dadurch keine Lastenüberwälzungen stattfinden.

Die 49. Plenarkonferenz der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) fand am 15. März in der Kartause Ittingen statt. Neben verschiedenen Orientierungen, insbesondere über mögliche Auswirkungen des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich für die Fachhochschule Ostschweiz, stand die Beratung der Finanzierung und des Ausbaus der Bahninfrastruktur im Vordergrund. Die Konferenz verabschiedete dazu eine Resolution. Die Ostschweizer Kantone unterstützen darin den Finanzierungsvorschlag des Bundesrates und stimmen dem ersten Ausbauschnitt STEP in der Höhe von 3,5 Milliarden Franken grundsätzlich zu. Die ORK fordert allerdings eine Aufstockung auf 6 Milliarden Franken, um die für die Ostschweiz wichtige Anbindung an Zürich mit dem Brüttener Tunnel nachhaltig sicherzustellen. Zum Teil kritisch beurteilt wird die vorgesehene Begrenzung des Pendlerkostenabzugs bei der direkten Bundessteuer.

Turnusgemäss übernahm Appenzell Ausserrhoden 2012 den Vorsitz der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Regierungsrat Jakob Brunnschweiler leitete in Vertre-

tung von Landammann Hans Diem die Regierungschefkonferenz, Ratschreiber Martin Birchler war Vorsitzender des Ständigen Ausschusses. Die vielfältige Kulisse des Appenzellerlandes bot sich an, dem Thema Zwischenräume Inhalt zu geben und den Konferenzgästen die verschiedenen Gegenden von Appenzell Ausserrhoden näher zu bringen. Im Rahmen der Governance wurden Gespräche mit dem Bodenseerat und dem Städtebund Bodensee geführt. Ziel dieser Gespräche war, ein gemeinsames Verständnis in den Politikbereichen zu finden, die alle drei Organisationen betreffen. Ein weiteres Thema war die Verankerung der Nachhaltigkeit in der Tätigkeit der verschiedenen Fachkommissionen der IBK. Dazu fand am 13. Juni in Herisau erstmalig ein Tag der Kommissionen statt. Genehmigt wurde weiter der Zwischenstand zu einer vierten Vereinbarung über die Bodenseehochschule zur weiteren Konkretisierung. Als Vorarbeit zum «Energiejahr» 2013 wurde eine Studie zur Herausarbeitung künftiger Handlungsoptionen für die regionale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Energiebereich in Auftrag gegeben. Einzelheiten zum Vorsitzjahr können dem Jahresbericht der IBK entnommen werden.

Im Rahmen der informellen Beziehungspflege empfing der Regierungsrat die Regierung des Kantons Glarus zum Staatsbesuch. Zu Gast durfte er in Luzern und Nidwalden sein. Im April und Mai besuchten sodann die französische und die serbische Generalkonsulin Appenzell Ausserrhoden für einen kurzen Austausch mit dem Regierungsrat.

Zu einem gemeinsamen Treffen mit den Bundesparlamentariern kam es 2012 aus verschiedenen Gründen lediglich einmal. Dies genügt für einen regelmässigen Dialog nicht. 2013 sollen die Treffen wieder intensiviert werden.

5. Verwaltung

Der Regierungsrat informierte das Personal der Kantonalen Verwaltung wiederum an zwei Veranstaltungen in Trogen und Herisau über aktuelle Entwicklungen und Entscheide.

Der Entwicklung der Führungsqualitäten in der kantonalen Verwaltung widmete der Regierungsrat im Berichtsjahr besondere Aufmerksamkeit. Er begleitete die vom Personalamt organisierte Führungsschulung eng und entsandte zu jedem Führungstraining eine Delegation für den direkten Austausch mit den Kadern. Die vielen offenen Gespräche lieferten wertvolle Hinweise zur Weiterentwicklung des Programms und zur Gestaltung der Führungskultur in der kantonalen Verwaltung ganz allgemein. Die Kadertagung im August diente dann der Reflexion über die Führungsschulung. Im Rahmen dieser vierten Tagung des Kaders wurde ausserdem das Thema Aufgabenüberprüfung behandelt. Im Vordergrund stand die Informationsvermittlung über die wichtigsten Grundlagen zum Thema. In Workshops wurden anschliessend methodische Fragen erörtert. Die Kaderleute sollten frühzeitig in den absehbaren Prozess einer Aufgabenüberprüfung miteinbezogen werden.

6. Stabsstelle Controlling

Die Stabsstelle Controlling nimmt nach Finanzhaushaltsgesetz Aufsichts- und Kontrollaufgaben in der öffentlichen Verwaltung wahr. Sie dient der Dienstaufsicht des Regierungsrates und unterstützt die Departemente bei der Verwaltungskontrolle.

Die Aufgaben der Stabsstelle Controlling werden durch das Organisationsgesetz (OrG, bGS 142.12) vom 29. November 2004 (Art. 38), die Organisationsverordnung (OrV, bGS 142.121) vom 31. Mai 2005 (Art. 42) und das Finanzhaushaltsgesetz (FHG, bGS 612.0) vom 30. April 1995 (Art. 41 und 42) geregelt.

In der Hauptaufgabe Controlling – bestehend aus System- und Einhalteprüfungen und Projektarbeiten – wurde 53 % der verfügbaren Zeit eingesetzt; gefolgt von der Stiftungsaufsicht nach ZGB mit 9 % (im Auftrag des Departementes Inneres und Kultur), dem Finanzausgleich und der Finanzaufsicht zwischen Kanton und Gemeinden mit 9 % und den Revisionsmandaten mit 8 %.

In der Hauptaufgabe Controlling sind zwei Prüfungen noch in Bearbeitung und werden im Jahr 2013 abge-

schlossen. Drei Prüfungen konnten im Berichtsjahr nicht bearbeitet werden, da andere ungeplante Aufträge mit höherer Priorität vom Regierungsrat in Auftrag gegeben wurden.

14 neue Massnahmen und Empfehlungen sind dem Katalog zugeflossen. 19 wurden erledigt und aus dem Katalog genommen. So waren am Jahresende insgesamt 31 offen oder in Bearbeitung. Die Tabelle im Anhang (vgl. S. 67) zeigt die Entwicklung und den Stand über die letzten Jahre.

Die Aufteilung der Tätigkeiten der Stabsstelle Controlling in den letzten Jahren und die Planung für das Jahr 2013 zeigt die Tabelle im Anhang (vgl. S. 67).

Die tiefere Anzahl Personentage beim Controlling rührt vom reduzierten Personalbestand.



Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Roger Nobs (ab 1. Oktober)
Ratschreiber Martin Birchler (bis 30. September)

1. Allgemeines

Ratschreiber Martin Birchler trat per 30. September von seinem Amt zurück. Als Nachfolger bekleidet der bisherige Leiter der Kanzleidienste, Roger Nobs, das Amt des Ratschreibers seit dem 1. Oktober.

2. Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an zwei Wochenenden für kantonale Sachvorlagen an die Urnen gerufen:

Das Stimmvolk hat am 11. März der Volksinitiative «Ab-schaffung der Pauschalbesteuerung – SchweizerInnen und AusländerInnen gleich behandeln» mit 9'169 Ja- gegenüber 5'829 Nein-Stimmen zugestimmt. Der Gegenentwurf wurde mit 7'077 Ja- gegen 6'917 Nein-Stimmen ebenfalls angenommen. Bei der Stichfrage entfielen 8'339 Stimmen auf die Initiative und 6'325 Stimmen auf den Gegenentwurf. Damit setzte sich erstmals eine Initiative in einer Stichfrage gegen einen behördlichen Gegenentwurf durch. Die Stimmbeteiligung betrug 42 %.

Bei der Ergänzungswahl ins Obergericht am selben Tag erhielt der Kandidat Hanspeter Blaser (Herisau) 11'908 Stimmen. 281 Stimmen entfielen auf Vereinzelte. Die Stimmbeteiligung betrug 35,6 %.

Am 25. November kam das totalrevidierte Finanzhaus-haltsgesetz zur Abstimmung, gegen das erfolgreich das Referendum ergriffen wurde. Das neue Gesetz wurde mit 7'694 Ja gegenüber 3'096 Nein gutgeheissen. Die Stimmbeteiligung betrug 30,3 %.

3. Kantonsrat

3.1 Allgemeines

Der Kantonsrat behandelte an sieben Sitzungen insge-samt 71 Geschäfte. Die Geschäftslast lag damit im Durch-schnitt der letzten Jahre. Aussergewöhnlich hoch war

die Anzahl parlamentarischer Vorstösse: Fünf Motionen, zwei Postulate, vier Interpellationen und acht Schriftliche Anfragen wurden eingereicht. Dies führte dazu, dass der Kantonsrat 13 parlamentarische Vorstösse behandelte. Damit machte diese Geschäftskategorie knapp 20 Pro-zent der Geschäftslast des Rates aus – ein in den letzten Jahren unerreichter Wert.

3.2 Wichtige Geschäfte

Die Beratungen waren geprägt durch grosse Gesetzge-bungsvorhaben, insbesondere durch das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Teilrevision des EG zum ZGB), die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes, das neue Gesetz über Informatik und eGovernment sowie die erste Lesung des neuen Gesetzes über Mittel- und Hochschulen. Eine grössere Teilrevision der Geschäfts-ordnung des Kantonsrates führte in der Juni-Sitzung zu einer intensiven Debatte, an deren Ende der Rat schliess-lich Nichteintreten beschloss. Kernanliegen der Teilrevi-sion waren die Einführung ständiger parlamentarischer Fachkommissionen und die Organisation eines Parla-mentsdienstes, der direkt dem Büro des Kantonsrates unterstellt wäre. Am 24. September wählte der Kantons-rat Roger Nobs einstimmig zum neuen Ratschreiber und damit zum Leiter der Parlamentsdienste.

Zurückgehend auf eine Interpellation wurde der Kantons-ratssaal im Berichtsjahr mit einem drahtlosen Netzwerk für den Zugang zum Internet (WLAN) ausgestattet. Welche Auswirkungen dieser Schritt auf die Debatte im Kantonsrat hat, wird sich weisen.

3.3 Aussenbeziehungen

Im Vorsitzjahr der Internationalen Bodenseekonferenz präsidierte Appenzell Ausserrhoden auch die Parlamen-tarierkonferenz Bodensee (PKB). Die Frühjahrskonferenz vom 30. März leitete Kantonsratspräsident Koni Meier, die Herbstkonferenz vom 19. Oktober Kantonsratsprä-sident Ivo Müller. Die PKB näherte sich anlässlich der Frühjahrskonferenz dem Thema «Zwischenräume» mit vier Referaten aus der Sicht der Forschung, des Touris-mus, des REKA-Feriendorfes und der Wirtschaft. An der

Herbstkonferenz wurden verschiedene Projekte aus den Mitgliedsländern und -kantonen vorgestellt: Das Interreg-Projekt Klein- und Kleinstschulen im alpinen Raum, das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum – ELR, der Fährbetrieb für Fussgänger und Radfahrer über den Rhein sowie das Projekt Erlebniswandern in der Welt der Nagelfluh. Die Delegation für interregionale Zusammenarbeit des Kantonsrates realisierte im Auftrag der PKB eine Website. Unter www.bodenseeparlamente.org können Informationen zur PKB und zu den Aktivitäten in den verschiedenen Vorsitzjahren abgerufen werden.

Das erweiterte Büro durfte am 27. Juni eine Delegation des Landrats Oberösterreich empfangen. Im Vordergrund der Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen standen Fragen der direkten Demokratie.

4. Kanzleidienste

Im Zentrum der Arbeiten der Kanzleidienste standen organisatorische Belange. So wurden sämtliche Stellenbeschreibungen überarbeitet sowie flächendeckend Stellvertretungen definiert und eingeführt.

Das Legalisationswesen wurde aufgearbeitet und reorganisiert. Seit Juni werden Legalisationen und Apostillen durch das Passbüro und nicht mehr durch die Dienstleistungs- und Materialzentrale ausgestellt. Damit können einerseits die Ressourcen intern optimal eingesetzt werden. Andererseits profitieren die Kunden nun von erweiterten und garantierten Präsenzzeiten der Legalisationsstelle. Ausserdem wurde der Internetauftritt in diesem Bereich grundlegend überarbeitet und ausgebaut.

Stark engagiert waren die Kanzleidienste im Projekt zur Reform der Staatsleitung. Der Dienst begleitete die vorbereitende Expertenkommission sowohl fachlich als auch administrativ, bereitete die Beschlüsse des Regierungsrates vor, führte die Vernehmlassung durch und wertete diese aus.

Das Jahr wurde auch durch personelle Wechsel geprägt. Nach dem Wechsel in der Leitung des Passbüros per

1. August trat der Leiter Kanzleidienste per 1. Oktober die Stelle als neuer Ratschreiber an. Bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers führte er die Kanzleidienste weiter.

Nachdem ein geplanter Release-Wechsel für die Geschäftsverwaltungssoftware KONSUL Ende 2011 gescheitert war, beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe der Kanzleidienste intensiv mit der Analyse des neuen Releases und erarbeitete in Zusammenarbeit mit dem Anbieter neue, auf die Bedürfnisse der Kantonalen Verwaltung angepasste Funktionalitäten. Daneben engagierten sich die Kanzleidienste in der neu gegründeten Interkantonalen KONSUL-Gruppe, einer Arbeitsgemeinschaft jener Kantone, bei denen KONSUL im Einsatz steht. Die Arbeitsgruppe dient dem Erfahrungs- und Informationsaustausch, aber auch der Bündelung der Interessen gegenüber dem Software-Hersteller.

4.1 Passbüro

Am 1. August hat Sven Sinz die Leitung des Passbüros von Vreni Lauchenauer übernommen, welche verdient in den Ruhestand getreten ist.

Seit Februar haben die Kunden die Möglichkeit, die einzelne Identitätskarte (IDK) auch direkt beim Passbüro machen zu lassen. Es ist jedoch im Sinne des Service Public nach wie vor möglich, die IDK bei der Wohngemeinde zu beantragen. So können die Kunden selber entscheiden, welche Variante für sie vorteilhafter ist. Festzustellen ist, dass immer mehr Personen aus Herisau oder der nahen Umgebung die Identitätskarte direkt beim Passbüro machen lassen.

Die Ausstellung von Reisepässen hat im Vergleich zum letzten Jahr um rund 20 % zugenommen. Für das Jahr 2013 ist nochmals mit einer Zunahme zu rechnen, da dann die Reisepässe des Modells O3, welche ab Jahr 2003 ausgestellt worden sind, kontinuierlich ablaufen. Die Ausstellung von Ausländerausweisen hat im Berichtsjahr deutlich abgenommen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Januar 2011 der neue biometrische Ausländerausweis eingeführt worden ist und insbesondere alle Angehörigen von Drittstaaten aufgefordert wurden, auf diesen zu wechseln. Deshalb war die Anzahl



der ausgestellten Ausländerausweise damals aussergewöhnlich hoch.

In der Zeitspanne von Juni bis Dezember wurden insgesamt 336 Apostillen und Beglaubigungen ausgestellt.

Das Passbüro hat sich bei der Bevölkerung einen sehr guten Ruf erarbeitet und die Mitarbeitenden dürfen dies vielfach mit einem Lob direkt von den Kunden erfahren.

4.2 Dienstleistungs- und Materialzentrale

Das Berichtsjahr war für die Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ) ein erfolgreiches, aber intensives. So lancierte sie u.a. – in Zusammenarbeit mit der Kantonskanzlei – eine Couvert-Sonderserie für das Jubiläum AR°AI 500 und besorgte deren Verteilung. Die DMZ unterstützte auch den Umzug der Amtsstellen aus Trogen ins Zeughaus Ebnet in Herisau und versorgte diese Verwaltungsstellen mit neuem Büromaterial. Die Verlagerung von Personen und Arbeitsplätzen wirkte sich insbesondere auf den Postdienst aus. Dieser passte die interne Organisation der Postzustellung für das neue Verwaltungsgebäude an und beliefert seither die neu in Herisau angesiedelten Amtsstellen sowohl mit Post als auch mit Büromaterial. Schliesslich unterstützte die DMZ die Kantonskanzlei bei der Durchführung des Vorsitzjahres in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK).

Die DMZ hat im Berichtsjahr punktuelle interne Veränderungen vorgenommen. So ist die Telefonzentrale neu für die Bestellung des Büromaterials verantwortlich, erledigt dessen Aussortierung und bereitet die Lieferungen für die Verteilung durch den internen Postdienst vor. Gleichzeitig ist die Telefonzentrale mit der Einführung einer neuen Teilnehmervermittlungsanlage gefordert. Ab dem Jahr 2013 wird in der Kantonalen Verwaltung die neue Kommunikationslösung Microsoft Lync 2010 grossflächig eingeführt. Die Telefonzentrale hat dazu im November mit einer Schulung und Informationsveranstaltung begonnen.

Die DMZ hat sich seit der Reorganisation der Kantonskanzlei im 2011 gut in die neu geschaffenen Kanzleidienste integriert. In dieser Organisationseinheit sind seither die Arbeitswege kürzer, direkter und effizienter, was sich auch

positiv auf den Teamgeist und die Zusammenarbeit auswirkt. Davon profitiert die ganze Kantonskanzlei.

5. Rechtsdienst

Mehrere Ortsplanungsrevisionen haben im 2011 zu einem markanten Anstieg bei den Rekursen geführt. Im Berichtsjahr konnten die Pendenzen im Rekurswesen aber weitgehend abgebaut werden. Neben planungsrechtlichen Rekursen waren dabei mehrere Beschwerden, welche das Obergerichtspräsidium als beschwerdebefugte Aufsichtsbehörde gegen Entscheide der Bodenrechtskommission beim Regierungsrat eingelegt hatte. Bei den departementalen Verfahren ging es wiederholt um den Tierschutz. Die erhöhte Rekurstätigkeit führte dazu, dass der Rechtsdienst auch vermehrt mit Gerichtsverfahren befasst war.

Im Rahmen kantonaler Rechtssetzungsverfahren wurden dem Rechtsdienst 33 Erlassentwürfe zur Vorprüfung überwiesen, was einem Zuwachs von 25 % entspricht. Allfällige Mängel konnten in der Regel umgehend mit dem federführenden Departement bereinigt werden. Einige Rechtssetzungsprojekte beschäftigten den Rechtsdienst umfassender; so die Staatsleitungsreform, die anstehende Revision des Strafvollzugsrechts und die personalrechtlichen Weisungen zum Mitarbeitendengespräch.

Deutlich zugenommen hat im Berichtsjahr die Beanspruchung durch den Kantonsrat. Auskunftersuchen einzelner Ratsmitglieder bezogen sich häufig auf das korrekte Vorgehen im Zusammenhang mit parlamentarischen Vorstössen. Der Rechtsdienst wurde sodann von der Kommission für Parlamentsfragen für juristische Arbeiten im Zusammenhang mit der Parlamentsreform beigezogen. Im Auftrag des Büros des Kantonsrates nahm er zudem mehrfach schriftlich Stellung zu Fragen des Parlamentsbetriebes.

Etwas zurückgegangen sind im Berichtsjahr die Anfragen aus den Gemeinden. Auskunft wurde vor allem zu finanzrechtlichen Fragen und im Bereich der politischen Rechte erteilt. Themen rechtlicher Erörterungen waren zudem

die interkommunale Zusammenarbeit und vermehrt auch Public Private Partnerships.

6. Information und Kommunikation

Dank der Bündelung der Kommunikationsressourcen auf Ende 2011 startete Information und Kommunikation das Berichtsjahr erstmals in einem Zweier-Kommunikationsteam mit klaren Arbeitsteilungen. Dank dieser Entschlackung und der Zusammenführung vorhandener Ressourcen konnte sich Information und Kommunikation stärken und die Dienstleistungen rasch und zielführend erbringen.

Die Medienarbeit gestaltete sich im 2012 vielschichtig. Appenzell Ausserrhoden war dank guten Kontakten sowie konsequenter und rascher Medienarbeit in den lokalen und regionalen Medien vielfach präsent. Information und Kommunikation gab im Berichtsjahr rund 150 Medienmitteilungen zu allen öffentlichkeitsrelevanten Geschäften und Themen des Regierungsrates aus. Zu verschiedenen Themen wie 'Monitoringbericht 2012', 'Durchmesserlinie', 'Staatsleitungsreform' oder 'Spitalverbund Appenzellerland' führte Information und Kommunikation Medienkonferenzen durch. Besondere Krisenereignisse, die eine integrierte und abgestimmte Kommunikation erforderten, fanden im 2012 nicht statt.

Dank der Neuorganisation von Information und Kommunikation konnten dringende Projekte angestossen werden, so beispielsweise die Überarbeitung des CD/CI-Manuals, die Konzeptphase für den Einsatz von Neuen Medien (social media), die Sammlung der kantonsinternen Publikationen oder die Abklärungen in Bezug auf ISBN-Nummern von kantonalen Drucksachen.

Im April, August und Dezember wurde unter der Leitung von Information und Kommunikation die noch junge Personalzeitschrift 'Bärentatze' (Nr. 3, 4 und 5) herausgegeben. Die Ausgaben haben jeweils viel Lob geerntet. Die Personalzeitschrift ist breit abgestützt und bei der Belegschaft bereits bestens verankert.

Verschiedene Vorbereitungsarbeiten und Medienmassnahmen zum Jubiläumsjahr AR°AI 500 im 2013 nahmen wiederum viel Zeit ein. Die Dachkommunikation griff nach wie vor sehr gut, die Dachkommunikations-Projekte wurden alle aufgegleist. Speziellen Einsatz forderten die zahlreichen notwendigen Koordinations- und Organisationssitzungen sowie die überaus zahlreichen Projekt-sitzungen mit der Gesamtprojektleitung. Die Arbeiten zugunsten AR°AI 500 wurden im 2011 noch auf maximal 10% der Arbeitszeit des Leiters Information und Kommunikation geschätzt; doch sie erreichten im Laufe des Berichtsjahres phasenweise ein Mehrfaches.

Im Berichtsjahr hatte Appenzell Ausserrhoden den Vorsitz der Internationalen Bodensee-Konferenz IBK inne. Somit leitete der Leiter Information und Kommunikation auch die IBK-Kommission für Öffentlichkeitsarbeit, was auch einen zusätzlichen Einsatz nach sich zog. Der Einsatz im Rahmen des IBK-Vorsitzes war aber hinsichtlich der interkantonalen und internationalen Beziehungen sehr lohnend.

Im Weiteren ist der Leiter Information und Kommunikation in verschiedenen Gremien vertreten, die für die Verankerung in der Medienlandschaft wichtig sind, so z.B. im Vorstand der SRG Ostschweiz und in deren Programmkommission.

7. Staatsarchiv

7.1 Archivbau und Archivumzug

Im Rahmen des Umbaus Zeughaus Ebnet erfolgte die Fertigstellung des neuen Staatsarchivs. Auf drei Ebenen wurden die funktionellen Arbeitsräume für die Mitarbeitenden, der repräsentative Lesesaal mit Archivbibliothek für die Kunden und das unterirdische Magazin für das Archivgut geschaffen. Mitte Dezember kam die mehrmonatige und mit Unterstützung von Zivilschützern realisierte Umlagerung des Archivgutes unfall- und schadenfrei zum Abschluss; die Leitung besorgte Renate Bieg. Zum Tag der offenen Tür erschien die Publikation «Das Staatsarchiv Appenzell Ausserrhoden: Führer durch Geschichte und Bestände».



7.2 Neuzugänge von Bedeutung

Die Zugangskontrolle umfasst 33 Positionen. Wichtige Ablieferungen tätigten das Hochbauamt (Notstands- und Baufördermassnahmen 1919-1999), das Amt für Gesellschaft (Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst 1926-2009) das Kantonsgericht (Entscheidprotokolle 1975-2006 und Geschäftskontrollbücher 1957-1992) sowie die Kantonskanzlei (Regierungsjournale). Schenkungen von privater Seite betrafen die Buchdruckerfamilie Schläpfer in Herisau, die Landammannfamilie Sturzenegger von Reute, die Ärztesfamilie Fisch in Herisau sowie die Schuhmacherfamilie Hersche in Teufen. Das Foto- und Bildarchiv konnte um Aufnahmen zum Neubau der Gmünder-tobelbrücke (1907), zu Kirchenrenovationen im Kanton (um 1957) sowie dank einer Schenkung des Staatsarchivs Thurgau um einzigartige Dorfansichten und Gruppenporträts erweitert werden. Genealogische Materialien zu den Familien Rechsteiner von Speicher und Meier von Hundwil ergänzten die personengeschichtliche Dokumentation.

7.3 Dienstleistungen und Auskünfte

2012 wurden 17 Vorträge oder Führungen ausgerichtet, 376 Auskünfte an private Interessenten erteilt und 176 Dienstleistungen für amtliche Stellen erbracht. Zudem konnten trotz langer Schliessungszeit 70 Archivbesuchende empfangen werden, die 598 Archiveinheiten konsultierten.

7.4 Vielfältige Kooperationen

Im Rahmen des vom Kantonsrat bewilligten Vorhabens Enterprise Content Management (ECM) konnte die ECM-Projektstelle eArchiv besetzt werden, deren Hauptaufgaben digitale Aufbewahrung und elektronische Archivierung bilden. In Kooperation mit dem Museum Herisau entstand unter der Leitung von Peter Witschi die Publikation «Ab in die Ferienkolonie – Blickpunkt Appenzellerland». Im Auftrag der Gemeinde Grub begann Ursula Butz mit der von 2012 bis 2014 laufenden Reorganisation des Gemeindearchivs. In Zusammenarbeit mit der Kantonsbibliothek erfolgte das Scanning der ersten Serie der ab 1834 publizierten Ausserrhoder Amtsblätter. Ebenfalls

mit Mitteln des Kulturgüterschutzes konnte unter Leitung von Antje Mai die zweite Serie der Ausserrhoder Kirchenbücher (1585-1875) gescannt und mikroverfilmt werden.

7.5 Kulturhistorische Projekte

Beim von Dr. Eugen Nyffenegger geleiteten Nationalfondsprojekt «Appenzeller Namenforschung» kam die wissenschaftliche Datenaufarbeitung zum Abschluss; für die für 2013 geplante Drucklegung wirkt die Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft als Herausgeberin. Beim von beiden Kantonen mitgetragenen kulturgeschichtlichen Forschungs- und Publikationsvorhaben «Appenzeller Möbelmalerei 1700-1860» konnte ein Workshop mit Restauratoren, eine materialkundliche Zusammenarbeit mit der Berner Hochschule für Künste sowie ein Themenporträt im Appenzeller Magazin realisiert werden. Im Rahmen des geschichtlichen Jubiläumprojekts ARA1500 waren sämtliche 120 Buchbeiträge der 52 Autoren und Autorinnen zu bereinigen sowie das Teilprojekt-Konzept für das Eröffnungsfest in Heiden zu erarbeiten. Die Zahl der auf www.zeitzeugnisse.ch zugänglichen Erinnerungsstücke stieg auf 350. Zudem wurde diese Webseite um attraktive Stöberfunktionen und socialmedia-Links erweitert.

8. Aussenbeziehungen

Die Staatsschreiberkonferenz hat wie gewohnt im Berichtsjahr zweimal getagt. Die Frühjahrskonferenz fand am 19./20. April in Bellinzona statt. Haupttraktandum war das Open Data Government, die offene Bereitstellung von strukturierten Verwaltungsdaten zur Weiterverwendung. Am zweiten Konferenztag präsentierte die Auslandschweizerorganisation ihre Aufgaben zugunsten der «fünften» Schweiz. Die Herbstkonferenz wurde am 14./15. September in Zug durchgeführt und befasste sich neben den statutarischen Traktanden in der Hauptsache mit den Wahlen 2011 und dem aufgetauchten Problem der Stimmrechtsbescheinigungen durch die Gemeinden bei nationalen Referenden und Volksinitiativen. Zum ersten Mal dabei war an der Herbstkonferenz Ratschreiber Roger Nobs.

Departement Finanzen

Direktor: Regierungsrat Köbi Frei

Aus dem Verantwortungsbereich des Departements Finanzen sind zwei Vorlagen einer kantonalen Volksabstimmung unterstellt worden. Die Volksinitiative zur «Abschaffung der Pauschalbesteuerung» stand einem Gegenvorschlag des Kantonsrates, welcher mehr Stimmen erhielt, gegenüber. In der Stichfrage obsiegte jedoch die Initiative mit einem Unterschied von über 2'000 Stimmen recht deutlich. In einer zweiten Volksabstimmung konnten die Stimmberechtigten aufgrund eines Referendums über das neue Finanzhaushaltsgesetz abstimmen. Dieses gilt für den Kanton und die Gemeinden und beinhaltet auch die Umstellung auf das schweizerische Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM 2). Das von Regierungsrat und Kantonsrat vorgelegte Gesetz obsiegte deutlich mit einer Zustimmungsquote von über 70 %. Wegen der zeitlichen Verzögerung kann das Gesetz jedoch erst auf das Jahr 2014 eingeführt werden. Die Umstellung des Rechnungswesens auf eine neue Software, welche einen harmonisierten Kontenplan enthält, musste wie geplant bereits auf 2013 vorgenommen werden. Dadurch entstanden sowohl beim Kanton als auch in allen 20 Gemeinden zusätzliche Aufwendungen.

Im Bereich eGovernment und Informatik wurde ein neues Gesetz geschaffen, welches Kanton und Gemeinden dazu verpflichtet, den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien wirtschaftlich und bürgernah zu gestalten. Mittels eines gemeinsamen Informatikbetriebes, welcher zu je 50 % dem Kanton und den Gemeinden gehört, sollen die zukünftigen Strategien gemeinsam umgesetzt werden. Die Firma AR Informatik AG (ARI) konnte nach umfangreichen Vorarbeiten planmässig auf den 1. Januar 2013 starten und die Aufgaben sowie das Personal verschiedener bisheriger Dienstleister (AR-Net Informatik AG, Informatikämter von Kanton und Gemeinde Herisau) übernehmen. Die neu geschaffenen Strukturen sollten es ermöglichen, auch die grossen Herausforderungen im Bereich der Informatik an den kantonalen und kommunalen Schulen wirtschaftlich und zeitgemäss zu bewältigen.

Durch den Rückgang der Zahlungen aus dem Finanzausgleich des Bundes infolge der stark angestiegenen Ressourcenkraft unseres Kantons, der Reduktion der Gewinnausschüttungen der Nationalbank sowie der Aufgabenverschiebungen auf den Kanton ist absehbar, dass der Kantonshaushalt mittelfristig nicht mehr ausgeglichen sein wird. Das in der Finanzplanung bereits in Aussicht gestellte Entlastungsprogramm, kombiniert mit einer Aufgabenüberprüfung, wurde konzipiert und muss im Jahr 2013 mit höchster Priorität angegangen werden. Nebst Entlastungsmassnahmen und Einsparungen beim Kanton ist auch eine teilweise Aufgabenverschiebung auf die Gemeinden geplant.

1. Departementsekretariat

Das Sekretariat war neben der Geschäftsführung mit den grossen Gesetzgebungsprojekten betreffend das eGovernmentgesetz, das neue Finanzhaushaltsgesetz mit Referendumsabstimmung, die Revision des Steuergesetzes sowie die Initiative über die Pauschalbesteuerung befasst. Für die Bewältigung dieser Aufgaben wurde zeitweise eine Assistenz beigezogen.

Im Weiteren wurde ein elektronisches Verzeichnis zur Erfassung der Leistungen aller Organisationseinheiten der Verwaltung im Rahmen des Projektes «Enterprise Content Management» (ECM) mit externer Unterstützung aufgebaut. Im Zusammenhang mit dem Aufbau der ARI wurden die Statuten, das Geschäftsreglement und

die Aufgabenzuteilung erarbeitet. Durch das Ausscheiden des Informatikamtes wurden die Organisation des Departements bezüglich der Organisation und der Aufgaben angepasst sowie die Informatikweisung für die Verwaltung erneuert.

2. Lotteriefonds

Der Kantonsanteil aus dem SWISSLOS-Gewinn betrug Fr. 2,598 Mio. und wurde dem Lotteriefonds gutgeschrieben. Daraus erhielten der Kulturfonds den budgetierten Beitrag von Fr. 1,1 Mio. und der Sportfonds von Fr. 0,6 Mio. Die Verwendung der Fondsgelder für kulturelle, sportliche und gemeinnützige Zwecke ist detailliert



nach Projekten im Anhang zur Staatsrechnung aufgeführt.

3. Personalamt

3.1 Allgemeines

Das Personalamt war mit aufwändigen Rekrutierungen über alle Hierarchiestufen hinweg befasst. Diverse Projekte im Zusammenhang mit der Umsetzung des Personalleitbildes konnten weiterentwickelt werden. Diese Aktivitäten haben die Zusammenarbeit und die Vertrauensbasis zwischen den Departementen und dem Personalamt weiter gefestigt. Ein Höhepunkt war der Lehrabschluss 2012 mit ausgezeichneten Resultaten.

Herausfordernd war der krankheitsbedingte Ausfall einer Mitarbeiterin. Die Ziele konnten trotzdem erfolgreich umgesetzt werden. Jedoch entstanden viele Überstunden, welche im 2013 kompensiert werden müssen.

3.2 Umsetzung Projekte

Die Rekrutierung von 15 Personen für den Aufbau der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde war eine spannende Herausforderung, welche aufgrund einer zielgerichteten Zusammenarbeit mit dem zuständigen Departement bewältigt werden konnte.

Das neue Konzept für Inserate bringt ein einheitliches Erscheinungsbild. Durch die Fokussierung auf elektronische Medien können Kosten optimiert werden.

Das Amt hat eine paritätische Arbeitsgruppe der Sozialpartner bei der Neuausschreibung der Personenversicherungen für die Vertragsperiode von 2013 bis 2015 begleitet. Trotz ungünstigem Schadensverlauf gelang es im Fall der Krankentaggeldversicherung (Visana), die Prämien auf dem aktuellen Niveau zu halten. Bei der Nichtberufsunfallversicherung (Zürich) musste ein Prämienanstieg von 0,02 % in Kauf genommen werden. Bei der Leitbildumsetzung stand die aktive Begleitung der Führungsschulung im Vordergrund. Im Weiteren

wurden die Mitarbeitenden für das Mitarbeitendengespräch (MAG) geschult. Das MAG wurde mittels Weisung und Wegleitung rechtlich abgestützt und die leistungsdifferenzierte Lohnpolitik anlässlich der Lohnrunde 2013 umgesetzt. Aufgrund der Auswertungen kann festgestellt werden, dass die bereichsübergreifende Zusammenarbeit geschätzt und das MAG trotz Mehraufwand zunehmend akzeptiert wird.

Weitere Themenbereiche wie die Personalentwicklung, die Stammdatenverwaltung und das Personalreporting konnten noch nicht vollständig aufbereitet werden.

3.3 Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2012 betrug der Personalbestand 876 Angestellte in der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund und Kantonsschule Trogen). Es waren 51 Austritte zu verzeichnen: 36 Kündigungen erfolgten durch Angestellte, sechs durch Arbeitgeber und neun Personen traten aus anderen Gründen aus (drei ordentliche, fünf vorzeitige Pensionierung, ein Todesfall). Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 5,82 % (Vorjahr 5,92 %). Eingetreten sind 68 Personen (48 Frauen und 20 Männer); davon fünf auf Kaderstufe (eine Frau und vier Männer). 20 Stellen konnten intern besetzt werden. Die Personalkennzahlen sind im Anhang enthalten (vgl. S. 68-69).

3.4 Lehrlingswesen

Im Sommer 2012 zeitigte der Lehrabschluss ein sehr erfreuliches Bild. Alle vier Kaufleute haben mit Noten von 5,0 und höher abgeschlossen. Dabei hat Marina Ramsauer mit 5,3 das beste Resultat und einen eidg. Rang erreicht. Von den zwei Fachleuten Betriebsunterhalt hat Pascal Bruderer mit der Note 5,2 ein ausgezeichnetes Resultat erreicht. Die Informatiker haben die Lehre ebenfalls erfolgreich abgeschlossen.

Nach den Sommerferien begann die Ausbildung für sieben Kaufleute, einen Fachmann Betriebsunterhalt und einen Informatiker. Zusätzlich konnte ein Fachmann Betriebsunterhalt seine Ausbildung (2. Jahr) beim Berufsbildungs-

zentrum Herisau fortsetzen. Per 31. Dezember 2012 bildete der Kanton 29 Lernende aus: 21 Kaufleute, vier Informatiker, drei Fachleute Betriebsunterhalt und eine Fachfrau Information und Dokumentation. Die Lehrstellen für den Sommer 2013 konnten wiederum besetzt werden.

3.5 Interne Fort- und Weiterbildung

Die Zusammenarbeit mit dem Personalamt des Kantons St.Gallen ermöglicht dem Personalamt, den Mitarbeitenden ein Fortbildungsprogramm mit 51 Kursen in den Bereichen Führung, Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz sowie Gesundheit anzubieten. Es wurden 28 verschiedene Kurse besucht. Die Rückmeldungen lassen darauf schliessen, dass die Kurse von guter Qualität sind und das Angebot geschätzt wird.

Die Pro Senectute organisierte auch im 2012 den Kurs «Vorbereitung auf die Pensionierung». Die Mitarbeitenden im Alter um 60 Jahre wurden persönlich eingeladen. Am Kurs teilgenommen haben sieben Angestellte und drei Partner/-innen.

Der Einführungstag für neue Mitarbeitende wurde viermal durchgeführt. Durchschnittlich nahmen 45 Personen pro Veranstaltung teil. Die Auswertung der Beurteilungsbögen zeigt, dass die Teilnehmenden durchwegs zufrieden sind und den Anlass als gut beurteilen. Anregungen und Kritiken werden im Rahmen der Möglichkeiten bereits bei der folgenden Veranstaltung berücksichtigt.

4. Informatikamt

4.1 Projekt ARI

Der Kantonsrat hat das Gesetz über eGovernment und Informatik (eGovG) im Juni in 2. Lesung verabschiedet. In der Folge wurden die Arbeiten zum Aufbau der ARI vorangetrieben:

- Wahl von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung;
- Verabschiedung von Statuten, Geschäftsreglement, Preispolitik, Aufbauorganisation und Stellenbeschrieben durch den Verwaltungsrat;

- Abschluss von Arbeitsverträgen für sämtliche Informatik-Mitarbeitende von Kanton, AR-NET AG und Herisau;
- Definition des Dienstleistungsangebotes der ARI;
- Kalkulation der Preise für die Dienstleistungen für die Informatik-Budgets von Kanton und Gemeinden;
- Verabschiedung des Budgets 2013 der ARI, inkl. Liquiditäts- und Finanzplan 2014-2017;
- Einführung von Programmen für das Finanz-/Rechnungswesen und die Leistungs-/Zeiterfassung.

4.2 Projekte ECM

Mit dem Projekt ECM werden Werkzeuge wie Scanning, Management von digitalen Dokumenten und E-Mails, Workflow, digitale Archivierung und weitere mehr verfügbar gemacht. Im Berichtsjahr wurden die folgenden Arbeiten erledigt:

- Fertigstellung des Leistungsverzeichnis der Kantonalen Verwaltung zu 95 %;
- Start des Teilprojektes Scannen/Digitalisieren als Pilotprojekt für mehrere kantonale Organisationseinheiten;
- Entwurf einer eMail-Policy;
- Konzeption für die eMailVerschlüsselung sowie für die eMailJournalisierung;
- Pilotprojekt für die Einführung von officeatwork für das Vorlagenmanagement;
- Detailkonzeption für die elektronische Aufbewahrung/ Archivierung von Akten.

4.3 Projekt NEW

Im Projekt «Next Electronic Workplace» (NEW) geht es um den Ersatz von Windows XP und Office 2003, die am Ende ihres Lebenszyklus' stehen und zwingend ersetzt werden müssen. Gleichzeitig wird aber ein grundlegender Wechsel bei der Gestaltung von elektronischen Arbeitsplätzen vorgenommen. Ziel ist ein einheitlicher, standardisierter Arbeitsplatz, der effizient und wirtschaftlich betrieben werden kann. Wichtige Teilziele sind die Erhöhung der Sicherheit, der zentrale Betrieb und Support sowie eine schnelle Bereitstellung des Arbeitsplatzes. Zudem soll den Benutzern ein orts-, zeit- und geräteunabhängiger Zugriff auf die Daten und Programme ermöglicht werden (Stichwort Home Office). Der neue



Arbeitsplatz soll bis Ende 2013 in der gesamten kantonalen Verwaltung zum Einsatz kommen.

4.4 Projekt Integra

Mit dem Projekt Integra wurde eine Plattform für ein kantonales Einwohnerregister evaluiert und eingeführt. Die Plattform ermöglicht einen effizienten und sicheren Datenaustausch unter kantonalen Dienststellen, mit den Gemeinden, anderen Kantonen und dem Bund. In einem ersten Schritt wird die Plattform genutzt, um Daten automatisiert aus dem in den Gemeinden neu eingeführten System für die Einwohnerkontrolle an die Steuerverwaltung zu übertragen. Zusätzlich wird das «kantonale Einwohnerregister» von diversen Dienststellen für amtliche Auskünfte genutzt.

5. Steuerverwaltung

5.1 Allgemeines

Mit der Revision des Steuergesetzes per 1. Januar 2013 hat Appenzell Ausserrhoden aufgrund einer Motion als letzter Schweizer Kanton den Ausgleich der kalten Progression gesetzlich geregelt. Damit werden Steuerbelastungsunterschiede, die sich infolge der Teuerungsentwicklung ergeben, inskünftig beim Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise um 3 % ausgeglichen. Nebst der Anpassung des Tarifs werden jeweils auch diverse Abzüge berücksichtigt. Basis bildet der Indexstand Dezember 2010. Die erste Anpassung dürfte angesichts der bestehenden Tiefzinsphase mit sehr geringer und teilweise negativer Teuerung erst in zwei bis drei Jahren erfolgen. Zudem wurde, in Angleichung an die Direkte Bundessteuer und an die meisten Kantone, bei den Spendenabzügen die Limite von bisher 10 % auf neu 20 % erhöht. Weitere Elemente der Revision betreffen die harmonisierungsbedingte Umsetzung von Bundesrecht (Mitarbeiter-Beteiligungen, Mitgliederbeiträge und Zuwendungen an politische Parteien, Freistellung des Feuerwehrosoldes bis zur Höhe von Fr. 5'000).

Durch die Annahme der Initiative zur Abschaffung der Aufwandbesteuerung wird das Besteuerungsmodell, welches für die in der Schweiz lebenden und nicht erwerbstätigen Ausländer bisher galt, in Appenzell Ausserrhoden ab 2013 nicht mehr bestehen. Die bisher aufwandbesteuerten Personen werden, sofern sie den Wohnsitz nicht verlegen, ab 2013 ordentlich besteuert. Der Einfluss dieser Änderung auf den Steuerertrag kann zurzeit noch nicht beurteilt werden. Nicht erheblich erklärt hat der Kantonsrat im Berichtsjahr eine Motion zur Reduktion des Eigenmietwertes sowie eine Motion zur Halbierung der Handänderungssteuer.

5.2 Steuerertrag 2012

Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren konnte bei den natürlichen Personen der budgetierte Ertrag nicht erreicht werden. Der Hauptgrund lag darin, dass die in den letzten Jahren festgestellten hohen Dividendenausschüttungen aus Gesellschaften an die privaten Aktionäre nicht mehr im gleichen Umfang erfolgten. Inwieweit die neu eingeführte Teilsatzbesteuerung der Dividenden durch die Unternehmenssteuerreform II früher zu Mehrerträgen führte, kann Ende 2012 noch nicht beurteilt werden.

Bei den juristischen Personen wurden bezüglich der Entwicklung der Ertragskraft sowohl positive als auch negative Veränderungen festgestellt. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation in den meisten europäischen Ländern und der sich weiter verschlechternden Situation in vielen Branchen, ist es nicht erstaunlich, dass der budgetierte Steuerertrag, trotz der weiterhin grossen Zunahme an neuen Gesellschaften, nicht ganz erreicht werden konnte. Die wichtigsten Eckdaten des Steuerertrags 2012 sind im Anhang aufgeführt (vgl. S. 70).

5.3 Veranlagungsstand per 31. Dezember 2012

Der Veranlagungsstand für die aktuelle Steuerperiode 2011 liegt Ende Dezember 2012 tiefer als in den Vorjahren. Bei den unselbständig erwerbenden Personen, einschliesslich der Rentner und Aktionäre, sind insgesamt 80 % (Vorjahr 85 %) der Steuerpflichtigen veranlagt. Für

die Steuerperiode 2011 sind bei den selbständig erwerbenden Personen, einschliesslich der Landwirte, 62 % (Vorjahr 71 %) und bei den juristischen Personen 31 % (Vorjahr 32 %) veranlagt. Für die Steuerperiode 2010 sind bei den juristischen Personen 80 % (Vorjahr 78 %) veranlagt. Die tieferen Werte erklären sich als Folge von personellen Wechseln und einer damit verbundenen Einarbeitungszeit in die vielschichtigen Aufgaben der Steuerkommissäre. Aufgrund der stetig steigenden Anzahl juristischer Personen wurde eine Veranlagungsstelle intern umgeteilt.

5.4 Aufgaben und Projekte

Mit dem Projekt «Integrierte Steuerlösung Appenzell Ausserrhoden» (ISAR) soll die Vielzahl der eingesetzten Software-Lösungen reduziert und gleichzeitig eine effizientere Unterstützung der einzelnen Aufgaben und Arbeitsschritte erreicht werden. Zudem soll die Basis geschaffen werden, damit die Steuererklärung über das Internet eingereicht werden kann. Die im Vorjahr begonnene Submission konnte noch nicht abgeschlossen werden.

Die neue Software für die Einwohnerkontrollen der Gemeinden bedingte, dass die Schnittstelle zum Steuerregister neu konfiguriert werden musste. Der Entscheid, eine kantonale Personendatenplattform zu realisieren, ist bedeutend für die Steuerverwaltung. Mit diesem Projekt fand ein wichtiger Erfahrungsaustausch statt.

5.5 Personelles

Im Berichtsjahr erfolgten drei Austritte und ein Neueintritt. Zwei vakante Stellen können erst verspätet besetzt werden. Mitarbeitende der Abteilung Bezug sowie des Betriebsamtes Heiden tauschen für drei Tage den Arbeitsplatz, um die Problemstellungen der Eintreibung von Steuern kennen zu lernen.

5.6 Tabelle und Grafiken

Verschiedene Steuerdaten sind im Anhang ersichtlich (vgl. S. 70-74).

6. Finanzamt

6.1 Allgemeines

Sehr aufwändig waren die Arbeiten zur Ausgliederung des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden (SVAR). Mit der Genehmigung der Übertragungsbilanz durch den Regierungsrat im letzten Sommer gilt dieser Prozess mindestens buchhalterisch als abgeschlossen. Inzwischen konnten auch die Finanzflüsse zwischen dem Kanton und dem SVAR mehrheitlich entflochten werden.

Das Finanzamt führte in Zusammenarbeit mit der BDO AG, St.Gallen, eine flächendeckende Überprüfung im Bereich der Mehrwertsteuer durch. Die daraus notwendigen Massnahmen werden durch das Finanzamt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen angegangen oder konnten teilweise schon umgesetzt werden.

Im vergangen Jahr entschied der Regierungsrat, die Gerichtskasse neu dem Finanzamt zu unterstellen. Die Vorbereitungsarbeiten konnten weitgehend erledigt werden, so dass der Umzug von Trogen nach Herisau Anfang Februar 2013 erfolgen kann.

6.2 Projekte

Die grösste Herausforderung stellt die Ablösung der Software für die Buchführung und das Rechnungswesen dar. Im letzten Jahr erfolgten die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Software newsystem@public (nsp). Das System konnte erfolgreich in Betrieb genommen werden, womit nun eine gute Basis für die Zukunft gelegt ist. Die Migrationsarbeiten werden das Finanzamt auch weiterhin noch stark beanspruchen. Mit diesem neuen System wird es möglich sein, die Führungsstellen mit aktuellen Online-Daten zu unterstützen und sie aktiver in ihre Finanzverantwortung einzubeziehen. Zukünftig



können sämtliche Planungs- und Budgetarbeiten dezentral im neuen System online erfasst werden. Auch werden Auswertungen sowie Kontrollen von Einzelbuchungen mit hinterlegten Belegen möglich sein.

Die Projektleitung zur Einführung des HRM2 für die Kantone und Gemeinden sowie die damit verbundene Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes war auch im letzten Jahr für das Finanzamt sehr zeitintensiv. Es fanden zahlreiche Schulungen für Mitglieder von Behörden und für Mitarbeitende der Verwaltungen von Kanton und Gemeinden statt.

Das Finanzamt ist verantwortlich für die Buchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «AR-Al 500» der beiden Appenzell. Der dadurch anfallende Aufwand hat im letzten Jahr stark zugenommen, da die Vorbereitungen für die Festlichkeiten sehr umfangreich sind.

6.3 Ausserordentliche Ausgaben oder Erträge

Der Kanton erhielt im vergangenen Jahr aus Trogen einen Anteil an einem Nachlass in der Höhe von Fr. 24'800. Weitere, an dieser Stelle zu erwähnende, ausserordentliche Ausgaben oder Erträge sind nicht angefallen.

7 Grundstückschätzungsbehörde (GSB)

7.1 Allgemeines

Die Behörde hat weitere Grundlagen für ein einheitliches Schätzungswesen im ganzen Kanton erarbeitet und die Anwendung durch die kantonalen Schätzer geschult. Zudem wurden Massnahmen zur Organisations- und Teamentwicklung der dezentral und selbständig arbeitenden Schätzer getroffen.

7.2 Grundstückschätzungen

Es wurden 3'021 Grundstücke geschätzt (Vorjahr 2'540); dies entspricht einer Zunahme im Berichtsjahr um 19 %. Dadurch konnte ein Teil der zurückgestellten Schätzungen

aus dem Vorjahr erledigt werden. Auch waren zusätzliche Schätzungen, die von den Grundbuchämtern in Auftrag gegeben werden, vorzunehmen. Grundstücke, deren Kaufpreis 20 % und mehr vom geschätzten Verkehrswert abweicht, müssen neu bewertet werden. Bei Grundstücken, welche vor 2011 geschätzt wurden (vor Einführung der Marktwertschätzungen), ist die Differenz zwischen dem damaligen amtlichen Verkehrswert und dem heutigen Kaufpreis häufig über 20 %; insbesondere in Gemeinden, in denen die Kaufpreise stark zunahmten (Teufen, Speicher, Gais, z.T. Herisau).

Der Gesamtaufwand der Schätzungsbehörde betrug im Berichtsjahr rund 275 Stellenprozent. Die Zielvorgabe von ca. 85 Minuten pro Schätzung eines Grundstückes (Einladung, Besichtigung, Bewertung, Ablage und Versand) wurde erreicht. Bei insgesamt 3'021 bewerteten Grundstücken sind 67 Einsprachen (2,2 %, Vorjahr 2,3 %) eingegangen; davon musste ein Rekurs behandelt werden.

7.3 Einheitliches Schätzungswesen / Referenzschätzung

Auf das Ziel der Vereinheitlichung der Schätzungen im Kanton nach gleichen Wertfaktoren wurde kontinuierlich hingearbeitet. Zur Überprüfung des aktuellen Standes ist im November 2012 eine Referenzschätzung durchgeführt worden. Alle Schätzer haben vier Grundstücke besichtigt und unabhängig bewertet. Ziel war es, dass die Abweichungen der geschätzten Verkehrswerte innerhalb +/- 10 % vom Durchschnitt liegen. Von den 16 Schätzungen hatten deren zwölf eine Abweichung von 0-4 %. Nur eine Schätzung lag mit einer Abweichung von 11,8 % über dem Zielwert. Das Ergebnis kann somit als gut beurteilt werden.

7.4 Personelles

Per 1. Oktober 2012 wurde im Rahmen der Personalplanung ein zweiter landwirtschaftlicher Schätzer eingestellt. Er wird durch den einzigen landwirtschaftlichen Schätzer eingearbeitet. Das Pensum verändert sich nicht, da es von beiden Schätzern geteilt wird.

7.5 Projekte

Das Grobkonzept für eine neue Informatiklösung der GSB ist mit verschiedenen Lösungsvarianten erarbeitet worden. Aufgrund der in naher Zukunft geplanten zentralen kantonalen Datenbank wurde das Detailprojekt vorläufig sistiert. Die bestehenden, für die Bewertung der Grundstücke nötigen Vorlagen, wurden jedoch systematisch verbessert und erweitert.

8. Finanzausgleich

8.1 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

Mit dem Bericht über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs wurde auch dessen Entwicklung aufgezeigt. Das wichtigste Element im Finanzausgleich, die Mindestausstattung für die Gemeinden, wurde näher untersucht. Im Bericht wurden mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft aufgezeigt.

8.2 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Alle Gemeinden haben im Rechnungsjahr 2011 die Anforderungen gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz erfüllt.



Departement Bildung

Direktor: Regierungsrat Rolf Degen

Im Berichtsjahr lag einer der Arbeitsschwerpunkte in den Herausforderungen der abnehmenden Schülerzahlen. Für die Volksschule wurden die Arbeiten auf Stufe Departement und Regierungsrat weitgehend abgeschlossen. Im Juni erliess der Regierungsrat eine Teilrevision der Weisungen zur Organisation der Sekundarstufe I. Die Schulträger sind nun gefordert, die Rahmenbedingungen der Sekundarschulen wenn nötig anzupassen. Mit einer entsprechenden Verzögerung wird der Schüllerrückgang auch in den Mittelschulabteilungen der Kantonsschule Trogen spürbar werden. Ein Expertenteam zeigte mögliche Entwicklungsoptionen für die Mittelschule auf. Der Regierungsrat nahm den entsprechenden Bericht zur Kenntnis, er bewertete und priorisierte die verschiedenen Optionen. Nun werden in einer ersten Phase die Teilprojekte «Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Appenzell», «Profilschärfung Gymnasium» und eine «Machbarkeitsstudie FMS Technik» bearbeitet.

Angesichts der abnehmenden Schülerzahlen liegen die Ziele darin, eine verlässliche Organisation der Schulen zu vertretbaren Kosten zu gewährleisten und die Qualität zu sichern. Zur Erreichung dieser Ziele wurden im Rahmen einer Konsultation im Jahr 2009 verschiedene Optionen vorgeschlagen. Einer der gemachten Vorschläge beinhaltete damals eine markante Reduktion der Anzahl Sekundarschulen, verbunden mit einer Kantonalisierung der Trägerschaft. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt, insbesondere auch von vielen Schulträgern. In vielen Rückmeldungen wurde die Wichtigkeit einer Schule im Dorf hervorgehoben. Die weiteren Abklärungen haben Wege aufgezeigt, wonach auch in kleinen Sekundarschulen die Qualität zu vertretbaren Kosten gesichert werden kann. Voraussetzung ist allerdings, dass geeignete Modelle gewählt werden. Für acht von 13 Schulen wird ein Modellwechsel nötig sein. Die oben erwähnten Ziele können demnach auch erreicht werden, wenn die Anzahl Sekundarschulen nicht markant reduziert wird und Trägerschaft weiterhin bei den Gemeinden verbleibt. Mit dem beschlossenen Vorgehen werden kaum Sekundarschulstandorte abgebaut, und gewisse Optimierungspotentiale können nicht ausgeschöpft werden. Dafür wird die Standortattraktivität der Gemeinden erhalten. Die Schulqualität kann aber – unabhängig von der Grösse einer Schule – gesichert werden. Die Zielerreichung auf der Stufe der Mittelschule kann heute noch nicht beurteilt werden.

Der Kantonsrat behandelte im Oktober das neue Gesetz über die Mittel- und Hochschulen in 1. Lesung. Vor allem in begrifflicher Hinsicht zeigte sich ein Verbesserungspotential. Im November genehmigte der Kantonsrat die Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendien-Konkordat) in 1. Lesung.

1. Interkantonale Zusammenarbeit / Erziehungsdirektorenkonferenz

Mitarbeitende nahmen Einsitz in verschiedene Gremien der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sowie der Erziehungsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein (EDK-Ost) und wirkten auch in deren interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen mit. Das Departement stellte zudem eine Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz, der Höheren Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich und im Fachhochschulrat sowie im Beirat des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule St.Gallen.

2. Departementssekretariat

Ein Arbeitsschwerpunkt betraf die Schulinformatik. Mit dem Gesetz über eGovernment und Informatik werden die Informatikdienstleistungen für Kanton und Gemeinden neu geordnet. Das Departementssekretariat veröffentlichte im Februar einen Bericht zum Ist-Zustand der Ausserrhoder Schulinformatik. Weiter leitete es die Arbeiten im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Projekts 'Schulinformatik AR', welches der Regierungsrat im September genehmigte. In diesem Projekt werden Entscheidungsgrundlagen für die künftige Ausgestaltung und Organisation der Schulinformatik in Appenzell Ausserrhoden erarbeitet.

Das Departementssekretariat wirkte bei 25 Regierungsratsgeschäften mit sachlichem Bezug zur Bildung mit (Vorjahr 35). Es wurden 20 Vernehmlassungs- und Mitberichtsverfahren (Vorjahr 21) bearbeitet und sechs Rechtsmittelverfahren abgeschlossen (Vorjahr 10). Das Departementssekretariat arbeitete weiter an den laufenden Gesetzgebungsarbeiten mit und war in juristischer und sachlicher Sicht beratend tätig.

3. Amt für Volksschule und Sport

3.1 Allgemeines

An den Volksschulen starteten im Berichtsjahr keine neuen vom Kanton initiierten Projekte.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Ausserrhoder Volksschule ging von 6'084 (Jahr 2011) auf 5'884 zurück (- 3.3 %, Vorjahr - 3.2 %). Im Kindergarten (zwei Jahre) hat sich die Zahl der Lernenden von 906 auf 968 erhöht (+ 6.8 %). Auf der Primarstufe waren 5.3 % weniger Kinder zu verzeichnen als im Vorjahr. Auf der Sekundarstufe I betrug der Rückgang 3.5 %. Der Schülerrückgang wird in den nächsten vier Jahren die Sekundarstufe I verstärkt treffen.

Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden wurden erstmals regelmässig mit einem Newsletter über alle wichtigen Volksschulthemen informiert. Das Schulaktiv (kantonales Schulblatt) richtete sich stärker als zuvor auf Themen, welche auch Eltern betreffen (z.B. Hausaufgaben oder Strafen und Belohnen).

Zum Berufsauftrag der Lehrpersonen der Volksschule erarbeitete eine breit zusammengesetzte Projektgruppe Vorschläge zur Weiterentwicklung und für Verbesserungen. Das Amt bewertete und priorisierte in der Folge die Vorschläge. Auch wurden die Vorbereitungsarbeiten zu den notwendigen politischen Prozessen in Angriff genommen. Als zweites übergreifendes Entwicklungsthema leistete das Amt für Volksschule und Sport in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen im Kanton St.Gallen Vorarbeiten zum Lehrplan 21.

3.2 Pädagogische Fachstellen

Neun Schuleinheiten wurden durch externe Fachteams evaluiert. Damit sind nun alle Schulen einmal extern evaluiert worden. Dies bildete den Anlass, die Schulpartner über ihre Erfahrungen und die Beurteilung der Evaluationen zu befragen. Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrpersonen beurteilten die aus den Evaluationen abgeleiteten Entwicklungshinweise als hilfreich. Die Rückmeldungen und Erfahrungen des ersten Zyklus flossen in die konzeptionellen Vorarbeiten für die zweite Evaluationsperiode 2013-2017 ein.

Im Aufgabenbereich Unterstützung, Weiterbildung und Schulentwicklung setzten die Pädagogischen Fachstellen einen Schwerpunkt in der Beratung der Schulleitungen in Alltagsfragen und in konzeptionellen Belangen. Diese Arbeiten stehen auch im Zusammenhang mit den anstehenden politischen Entscheiden der Gemeinden zur Zukunft der Sekundarstufe I (insbesondere Wahl des Modells, vgl. die Ausführungen in der Einleitung). Die Pädagogischen Fachstellen unterstützten die Schulleitungen und Gemeindebehörden dabei und initiierten eine umfassende Weiterbildung für Lehrpersonen zu so genannt 'intelligenten Lernaufgaben'. Solche entfalten insbesondere im Unterricht des integrierten Sekundarschulemodells einen Nutzen.

Die anderen zielgruppenspezifischen Weiterbildungsangebote des Kantons verliefen im Rahmen der Vorjahre. In verschiedenen Projekten und Kampagnen arbeiteten die Pädagogischen Fachstellen mit Fachstellen aus den Departementen Gesundheit sowie Inneres und Kultur zusammen.

Im Sonderschulbereich konnten im Berichtsjahr mit allen Sonderschulen in Appenzell Ausserrhoden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Diese regeln auch die Leistungspauschalen.

Im Schuljahr 2012/13 besuchen 115 Lernende (Vorjahr 129) eine Sonderschule. 38 Lernende mit verstärkten Massnahmen (Vorjahr 45) werden integrativ in den Regelklassen der Volksschule unterrichtet. Damit konnte das erste Teilziel, die Stabilisierung der Anzahl Sonderschulungen auf 2.5 % der Gesamtschülerzahl im Berichtsjahr erreicht werden.



Die Anzahl Kinder, welche die Volksschule in Form des häuslichen Unterrichtes besuchen, ist mit 46 Lernenden gleich hoch wie im Vorjahr.

3.3 Fachstelle Sport

Im Berichtsjahr prägte die Umsetzung des neuen Sportförderungsgesetzes des Bundes die Tätigkeiten der Fachstelle Sport. In diesem Rahmen werden Optimierungen für das Programm Jugend+Sport realisiert. Unter anderem wurde das J+S-Alter von 15 auf 20 Jahre angehoben. Dies führte zu Änderungen im Angebot und in der Planung der J+S-Kurse.

Mit 16 Leiteraus- und -fortbildungskursen und 384 Teilnehmenden beteiligte sich Appenzell Ausserrhoden in angemessener Weise am regionalen und nationalen Angebot an J+S-Kursen. Das Lagerangebot beschränkte sich auf ein J+S-Camp 'Schneesport' mit 27 Teilnehmenden.

Die Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten (KKS) wurde als Fachkonferenz in die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) integriert. Die KKS stellt die Koordination in Vollzugsfragen und den fachlichen Austausch zwischen den Kantonen sicher. Sie berät die EDK in Fragen des Sportunterrichts und der Bewegungserziehung.

Dem Sportfonds flossen aus dem Kantonsanteil am Gewinn von Swisslos Fr. 600'000 zu. Davon gingen an die kantonalen und regionalen Sportverbände 40 % zur Förderung des Breitensports und je rund 11 % an Sportgeräteanschaffungen und an die allgemeine Sportförderung.

Das Angebot der Sportschule Appenzellerland mit seinen Partnerschulen nutzten 54 talentierte Sportschüler aus elf Sportarten. Knapp die Hälfte der Jugendlichen kommt aus Appenzell Ausserrhoden. 13 Sporttalente aus Appenzell Ausserrhoden besuchen eine ausserkantonale Sportschule.

Die Mitglieder des Netzwerks Sport trafen sich zu zwei Veranstaltungen mit den Schwerpunktsthemen «Sicherheit im Schwimmunterricht» und «Überarbeitung der Schulsportprüfung».

An der kantonalen Sportlerehrung in Heiden wurden 32 Sportlerinnen und Sportler und acht Teams für 75 Medaillen aus nationalen und internationalen Meisterschaften, inkl. Europa- und Weltmeisterschaften, geehrt. Mit Sandra Graf wurde erstmals eine Olympiasiegerin ausgezeichnet. Sie gewann an den Paralympics 2012 in London die Goldmedaille im Handbike-Zeitfahren.

3.4 Zentrum für Schulpsychologie und pädagogisch-therapeutische Dienste (ZEPT)

Das Team des Schulpsychologischen Dienstes mit insgesamt 400 Stellenprozenten hat im Berichtsjahr rund 521 Kinder abgeklärt (Vorjahr 495). Lernstörungen und familiäre oder psychosoziale Probleme waren die häufigsten Hintergründe.

In der Psychomotorik stehen in den drei Zentren in Heiden, Bühler und Herisau insgesamt 200 Stellenprozente zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden 52 Kinder angemeldet (Vorjahr 52) und 54 abgeklärt (Vorjahr 47). 94 Kinder (Vorjahr 97) erhielten Psychomotoriktherapie.

Im Rahmen der Heilpädagogischen Früherziehung wurden im Berichtsjahr 50 Kinder (Vorjahr 48) und deren Eltern begleitet und beraten. Davon wohnten 18 Kinder im Kanton Appenzell Innerrhoden (Vorjahr 10), mit dem eine Zusammenarbeitsvereinbarung besteht. Diese Zusammenarbeit gestaltet sich problemlos. Die meisten Kinder wurden von Ärzten oder ärztlichen Diensten angemeldet. Gut qualifizierte Fachpersonen für den Bereich der Heilpädagogischen Früherziehung sind nicht leicht zu finden. Im Februar konnte nach einer längeren Vakanz die dritte Stelle mit einer Fachperson besetzt werden.

Der Schulpsychologische Dienst unterstützt die Schulen in Krisensituationen, bei Todesfällen und weiteren schwierigen Notfallsituationen. Deshalb bildeten sich mehrere Mitarbeitende in Notfallpsychologie aus oder weiter.

Seit 2012 führt der Schulpsychologische Dienst neu eine Fachstelle Kinderschutz und leitet die interdisziplinäre Kinderschutzgruppe. Diese Gruppe berät Fachleute in konkreten Kinderschutzfragen und bietet den beteiligten

Berufsgruppen Interventions- und Koordinationsmöglichkeiten. Die Fachstelle Kinderschutz hat seit August in 15 Fällen Ratsuchende beraten.

Im Auftrag der Polizei und Staatsanwaltschaft nahmen Schulpsychologinnen und -psychologen mit Expertenfunktion an 16 Videobefragungen teil, an denen Kinder oder Jugendliche als Opfer befragt wurden. Sie unterstützen die ermittelnden Fachpersonen in ihrer heiklen Arbeit.

4. Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung

4.1 Allgemeines

Im März trat Peter Bleisch die Nachfolge von Martin Annen als Amtsleiter an.

4.2 Fachstelle Mittel- und Hochschulen

Die Mittelschulkommission visitierte im Rahmen ihres Auftrages im November die Kantonsschule Trogen. Erstmals wurde auch ein Gespräch mit den Fachschaftsleitenden geführt. Die Visitierenden gaben der Schulleitung Rückmeldungen.

4.3 Fachstelle Berufsbildung (Statistik im Anhang)

Im Zuge der Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes wurden vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie 21 neue Bildungsverordnungen mit Lehrbeginn 2012 eingeführt.

In Appenzell Ausserrhoden präsentiert sich die Lehrstellsituation nach wie vor erfreulich: 553 (Vorjahr 544) neue Lehrverträge konnten genehmigt werden. Zusätzlich wurden ein altrechtlicher Anlehrvertrag und vier Ausbildungsverträge des kantonalen Angebotes Hauswirtschaftsjahr abgeschlossen.

Der Regierungsrat hat im September das kantonale Hauswirtschaftsjahr aufgehoben. Die Ausbildungsplätze in den

Familienhaushalten sollen aber weiterhin für die Praktika im Rahmen der Brücke AR zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Qualifikationsverfahren wurden insgesamt 470 (Vorjahr 458) Lehrabschlussprüfungen durchgeführt. Davon bestanden 445 Lernende (Vorjahr 434) die Prüfungen.

4.4 Fachstelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Im Gegensatz zu den vorangehenden Jahren gab es im Berichtsjahr keine personellen Veränderungen, das Team konnte zusammenwachsen. Es wurde ein Beratungskonzept erarbeitet, welches nun für die Qualitätssicherung genutzt wird.

Seit 2010 erbringt die Fachstelle Dienstleistungen für ratsuchende Personen aus Appenzell Innerrhoden. Mitte des Jahres wurde die entsprechende Leistungsvereinbarung erneuert und leicht erweitert. Der Vollzug gestaltet sich reibungslos und positiv.

Die Anzahl der Ratsuchenden hat mit 739 Personen gegenüber dem Vorjahr (721 Personen) leicht zugenommen. Die Zunahme betrifft vor allem Jugendliche bis 15 Jahre.

Bei den BIZ-Besuchenden wurde ein massiver Einbruch verzeichnet (-35% bei den Besuchenden, -30% bei der Anzahl Klassen). Vermehrt werden aber Klassenveranstaltungen in den Schulen durchgeführt. Das BIZ entspricht nicht mehr den heutigen Standards. Zudem verändern sich die Bedürfnisse der Jugendlichen: Immer weniger werden die physischen Medien im BIZ konsultiert, die Informationsbeschaffung erfolgt zunehmend individuell im Internet. Weil dort Informationen in grosser Fülle und in unterschiedlicher Qualität vorhanden sind, wird zu einem späteren Zeitpunkt trotzdem eine Beratung notwendig; oft telefonisch oder per E-Mail.



4.5 Fachstelle Ausbildungs- und Studienbeiträge

Stipendien und Ausbildungs-/Studiendarlehen

Im Berichtsjahr wurden 304 Gesuche betreffend Stipendien sowie Ausbildungs- und Studiendarlehen bearbeitet und verfügt (Vorjahr 284 / +7 %). In 264 Fällen (Vorjahr 227 / +16 %) kam es zu einem Leistungsanspruch. Dies entspricht einem Anteil von 87 % aller Gesuche (Vorjahr 80 %). Der maximale Beitragsanspruch von Fr. 10'000 pro Ausbildungsjahr wurde in 105 Fällen ausgewiesen (Vorjahr 85), was einer Quote von 34,5 % entspricht (Vorjahr 30 %).

Die Gesamtsumme der zugesprochenen Stipendien belief sich auf Fr. 1,71 Mio. (Vorjahr 1,38 Mio.). Diese Entwicklung ist auf die angespannte wirtschaftliche Lage, steigende Ausbildungs- und Studienkosten und die Umsetzung der von der Stipendienkommission beschlossenen Teilrevision der Richtlinien für die Berechnung von Stipendien zurückzuführen. Weiter wurden Fr. 65'000 als rückzahlungspflichtige Ausbildungs- und Studiendarlehen gewährt. Der durchschnittliche Leistungsanspruch pro gesuchstellende Person betrug somit rund Fr. 7'540 (Vorjahr ca. Fr. 7'150).

Der Bund subventionierte die auf der tertiären Bildungsebene ausgerichteten Fördergelder des Vorjahres 2011 mit einem Beitrag von Fr. 166'700.

Ausbildungs- und Studiendarlehen von rund Fr. 152'000 wurden zurückbezahlt und Darlehenszinsen von rund Fr. 14'200 eingefordert.

Schul- und Studiengelder für ausserkantonale weiterführende Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe

Die im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen geleisteten Schulgelder für ausserkantonale weiterführende Schulen der Sekundarstufe II betrug rund Fr. 2,84 Mio. (Vorjahr Fr. 2,60 Mio.; + 9,1 %). Der Grund für das Ausgabenwachstum bei fast gleichbleibender Anzahl an Lernenden (213,5; Vorjahr 209) waren die höheren Schulgeldtarife.

Der Aufwand für die Tertiärstufe (nur Fachhochschulen und Universitäten) betrug im Berichtsjahr rund Fr. 16,45 Mio.

Durch die erneute Zunahme der Anzahl an Studierenden resultierten im Vergleich zum Vorjahresaufwand (Fr. 14,97 Mio.) Mehrkosten von rund Fr. 1,48 Mio. (+9,9 %). Während im Jahr 2011 für 870 Studierende Studiengelder geleistet wurden, waren es im Berichtsjahr 916 Studierende (+ 5,3 %). Aufwandschwankungen ergeben sich nicht nur aufgrund von Veränderungen der Studierendenzahl, sondern auch aus unterschiedlichen Tarifstufen. Je nach gewählter Studienrichtung liegen die Studiengelder in einer Bandbreite von Fr. 9'400 bis Fr. 48'860 pro Jahr und studierende Person.

5. Kantonsschule Trogen

Auf Wunsch der Gemeinden Rehetobel, Trogen und Wald genehmigte der Regierungsrat im März den Vertrag zur Weiterführung der gemeinsamen Sekundarschule an der Kanti Trogen. Damit kann eine langjährige Tradition weitergeführt und die Infrastruktur der Kantonsschule gut ausgelastet werden. Träger der Sekundarschule sind die drei Gemeinden. Viele Regelungen wurden aus dem alten Vertrag übernommen, weiterhin wird ein kostendeckendes Schulgeld ausgerichtet. Es gibt aber auch Änderungen: Anstelle des bisherigen Beirates wird neu eine Oberstufenkommission eingesetzt. Diese besteht im Kern aus Vertretungen der drei Gemeinden. Die Umsetzung des Vertrags und die Arbeiten der neuen Kommission sind gut angelaufen.

Im Dezember wählte der Regierungsrat Michael Zurwerra zum neuen Rektor der Kantonsschule Trogen. Er übernimmt die neue Aufgabe im August 2013. Sein Vorgänger, Dr. Willi Eugster, wird in den Ruhestand treten.

Am Ende des Schuljahres 2011/12 haben 85 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten (Vorjahr 94). Ein Kandidat erfüllte die Anforderungen nicht (Vorjahr zwei).

Aus der Berufsfachschule «Wirtschaft» waren 15 Lernende an die Prüfungen angetreten; 14 durften das Diplom entgegennehmen (Vorjahr 16). Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte

17 Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden (Vorjahr 12).

19 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulabschlusses erfolgreich ab (Vorjahr 16). Die Schule händigte zudem sieben Fachmaturitätsausweise «Soziale Arbeit», einen für «Pädagogik» sowie drei für «Gesundheit» aus.

Beim Start zum Schuljahr 2012/2013 waren an der Kantonsschule insgesamt 693 Lernende eingeschrieben (Vorjahr 681). Davon besuchten 388 das Gymnasium (Vorjahr 373), 43 die Berufsfachschule Wirtschaft (Vorjahr 44), 83 die Fachmittelschule (Vorjahr 61), 160 die Sekundarschule (Vorjahr 186) und 19 das rein schulische Brückenangebot (Vorjahr 17).

Die Schülerzahlen haben sich in allen Mittelschulabteilungen positiv entwickelt. Stark rückläufig sind die Schülerzahlen der Sekundarschule. Da sich die Sekundarschule pro Lernender/m anteilmässig an den Allgemeynkosten der Schule beteiligt, verringert sich dieser Beitrag zu Lasten der Mittelschulabteilungen.

Die erneuerte und erweiterte Mensa wurde im Januar in Betrieb genommen, der Betrieb hat sich gut eingespielt. Seither verpflegen sich deutlich mehr Personen in der Mensa. Täglich werden zwischen 250 und 300 Mahlzeiten herausgegeben. Die Wirtschaftlichkeit bleibt im Vergleich zum Vorjahr stabil. Der höhere Mietaufwand konnte durch höhere Erträge aufgefangen werden.

Die erneut durchgeführte Zufriedenheitsuntersuchung bei den Eltern zeigte grundsätzlich eine hohe Zufriedenheit. Im Vergleich zur letzten Erhebung sind die Resultate noch besser geworden. Allerdings gibt es zwei Themen, in denen die Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprechen: Die Information der Eltern über die schulischen Leistungen ihrer Söhne und Töchter sowie die Steuerung und Unterstützung der Jugendlichen bei der Berufs- und Studienwahl. Die Schule nutzte den Elterntreff im November für eine Diskussion. Im Gespräch konnten wertvolle Ideen gesammelt werden, welche die Schule in den nächsten zwei Jahren umsetzen will.

Das Thema Studien- und Berufswahl ist auch ein nationales Thema. Unter dem Aspekt der langfristigen Sicherung des Hochschulzugangs mit gymnasialer Maturität werden Grundlagen für eine optimale Beratung der Schülerinnen und Schüler im Sinne einer optimierten, individuellen Laufbahnplanung erarbeitet. Die EDK-Bestimmungen für die Fachmaturität «Pädagogik» sind nun definitiv; der Ausbildungsgang an der Kantonsschule entspricht diesen Anforderungen.

6. Berufsbildungszentrum Herisau

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum hat im Berichtsjahr mit 1'045 einen weiteren Höchststand erreicht (Schuljahr 2011/12: 1'033).

Das Rezertifizierungsaudit des Qualitätsmanagementsystems ISO9001:2008 durch die Firma SQS war erfolgreich. Die strategischen Ziele des Berufsbildungszentrums wurden Anfang Jahr durch die Fachschaftsvorsitzenden auf ihren Bereich heruntergebrochen und in die Planung übernommen. Der Zielsetzungsprozess wurde so komplettiert.

Erstmals wurde im Sommer eine Klasse des Berufsattests «Gesundheit und Soziales» unterrichtet. Diese Ausbildung ergänzt das bestehende Angebot der Fachangestellten Gesundheit (FAGE). Die kaufmännische Grundbildung wird seit dem Sommer ebenfalls gemäss neuer Bildungsverordnung geführt. Die herausfordernde Umsetzung des Bildungsplans erfolgt laufend. Nebst klaren Promotionsbedingungen sind die überfachlichen Kompetenzen, das Vertiefen und das Vernetzen neue Unterrichtsgefässe, welche vor allem den Bereich Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenzen fördern.

An den Weiterbildungstagen wurden die Themen «Störung im Unterricht» und «work-life» behandelt. Referenten aus Sport, Gesundheitswesen und Schule beleuchteten die Themen und stellten Ideen zur direkten Umsetzung im Unterricht zur Verfügung. Parallel erarbeitete die Qualitätsgruppe eine massgeschneiderte und abgespeckte Hausordnung, welche nach der Vernehmlassung bei den Lehrpersonen im Herbst in Kraft gesetzt wurde.



13 Lehrpersonen durchliefen die Laufbahnqualifikation; sie alle erfüllten die Anforderung. Verbesserungsvorschläge aus der Schlussevaluation wurden in den Qualitätssicherungsprozess integriert. Die detaillierte Überprüfung der Erfüllung und eine Reflexion des Berufsauftrags stehen dabei im Zentrum. Erstmals wurden die Vertiefungs- und Projektarbeiten der Lernenden im Rahmen einer schulinternen Prämierungsveranstaltung gewürdigt und von Experten von «Schweizer Jugend forscht» bewertet. Drei Arbeiten fanden Aufnahme in den Wettbewerb 2013, wovon zwei aktuell in der Endbewertung sind. Die Arbeit eines Schülers des Berufsbildungszentrums – eines Forstwarts – wurde in Lugano mit dem Prädikat «sehr gut» ausgezeichnet.

In der Brücke AR konnten mehr als 80 % der Jugendlichen bis zum Abschluss des Schuljahres eine Anschlusslösung finden. Damit konnte das Ziel erreicht werden. Einer der Erfolgsfaktoren war dabei wiederum das persönliche Coaching der Lernenden durch Lehrpersonen der Brücke.

Die IT-Ausstattung wurde verbessert. Neu steht in allen Unterrichtsräumen flächendeckend ein öffentliches WLAN zur Verfügung. Die neue Hybridtelefonzentrale und die neue Stundenplansoftware erweisen sich als alltagstaugliche und unterstützende Instrumente. Im Sinne eines Versuchs wurden vier Tablet-Computer zur Förderung lernschwacher Jugendlicher beschafft. Die damit gemachten Erfahrungen sind positiv.

Departement Gesundheit

Direktor: Regierungsrat Dr. Matthias Weishaupt

Die Aufgabenerfüllung im Departement Gesundheit stand im Jahr 2012 in einem ausgeprägten, ressourcenbedingten Spannungsverhältnis zwischen der Umsetzung von Bundesgesetzen auf der einen Seite und der Gestaltung der kantonalen Gesundheitspolitik auf der anderen Seite. Die Umsetzungsaufgaben von übergeordneten bundesrechtlichen Vorgaben lassen finanziell wie personell immer weniger Handlungsspielraum für die kantonale Gestaltung der Gesundheitsversorgung offen. Die neue Spitalfinanzierung machte dies besonders deutlich: Das Departementssekretariat und das Spitalamt hatten eine deutlich höhere Arbeitsbelastung zu bewältigen, da neben dem Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) neu auch für fünf somatische oder rehabilitative Privatkliniken die Spitalplanung, der Erlass der Spitalliste, die Tarifgenehmigung bzw. Festsetzung der Tarife, die Rechnungsverarbeitung sowie die Aufsicht bewältigt werden musste. Bei der Finanzierung der stationären somatischen und psychiatrischen Gesundheitsversorgung handelt es sich für den Kanton neu um gebundene Kosten, auf die er wenig Einfluss nehmen kann. Insgesamt darf die Umsetzung der neuen Spitalplanung und -finanzierung im ersten Jahr als gut bewertet werden. Allerdings wurden aufgrund des ausserordentlichen Arbeitsanfalls und der längeren Abwesenheiten von Mitarbeitenden die vorgegebenen Ziele beim Aufbau des Controllings nicht erreicht. Dadurch mussten verschiedene Gesetzesprojekte vorschoben werden.

Das Projekt für einen gemeinsamen Spitalverbund der beiden Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden hat eine besondere gesundheitspolitische Bedeutung und gehört – im Kontext der begrenzten Handlungsmöglichkeiten – zu den erfreulichen Ereignissen im Jahr 2012. Nachdem die beiden Regierungen im Januar 2012 gemeinsam den Projektstart beschlossen hatten, haben sie Ende Jahr der Gründung eines Spitalverbundes Appenzellerland im Grundsatz zugestimmt. Zudem wurde der Auftrag für die Ausarbeitung einer Interkantonalen Vereinbarung und für die Vorbereitung der betrieblichen Zusammenführung der einzelnen Spitäler erteilt.

Der Gesundheitsbericht 2012 für Appenzell Ausserrhoden ist ein Meilenstein in der Ausserrhoder Gesundheitsplanung. Der erstmals erarbeitete und publizierte Bericht geht auf einen Auftrag des Kantonsrats bzw. des Stimmvolks zurück und gründet auf dem im Januar 2008 in Kraft getretenen und total revidierten Gesundheitsgesetz. Insgesamt kann die kantonale Gesundheitsversorgung als qualitativ und quantitativ gut bezeichnet werden. Für die Erhaltung und Weiterentwicklung hat der Regierungsrat 14 strategische Positionen bezogen und einen Massnahmenplan erstellt.

1. Departementssekretariat

Das Departementssekretariat beschäftigte sich im Berichtsjahr vorwiegend mit der Umsetzung der neuen Rechtsgrundlagen zur Spitalplanung und -finanzierung. Gestützt auf das neue Bundesrecht mussten dem Regierungsrat im Januar – in Zusammenarbeit mit der Leitung des Spitalamts – provisorische Tarife für stationäre Spitalbehandlungen zum Erlass zugeleitet werden, weil bis zu diesem Zeitpunkt kein Leistungserbringer mit einem Versicherer einen Tarifvertrag ausgehandelt hatte. Das Departement selbst musste im Januar erstmals die Referenztarife festlegen. Die Tarifverträge lagen erst gegen Mitte des Jahres vor und mussten zuerst dem Preisüberwacher zur Stellungnahme unterbreitet werden. Im Herbst konnten schliesslich die meisten Tarifverträge

vom Regierungsrat genehmigt werden. Der juristische und betriebswirtschaftliche Aufwand für die Ausarbeitung der entsprechenden Regierungsanträge erwies sich – wie erwartet – als beträchtlich.

Das Spitalamt bedurfte im Berichtsjahr in Folge längerer Krankheitsabwesenheiten der erheblichen Unterstützung des Departementssekretariats. So leistete dieses Support bei sämtlichen den Geschäftsbereich des Spitalamts betreffenden Arbeiten, insbesondere beim Nachtrag zum Rahmenvertrag, bei der Genehmigung des Reglements für die Personalkommission des SVAR, bei der Vorprüfung des Finanzreglements des SVAR, bei den Kostenschätzungen für ausserkantonale Hospitalisationen wie auch bei den Vorbereitungsarbeiten zum Erlass der neuen Spitallisten und der Genehmigung der stationären Spitaltarife 2013.



Am 17. Januar 2012 haben der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden und die Ständekommission von Appenzell Innerrhoden die Anträge des Verwaltungsrates SVAR und des Spitalrates Appenzell Innerrhoden zur Kenntnis genommen und sich ebenfalls grundsätzlich zu einem gemeinsamen Spitalverbund ausgesprochen. Auf der Basis der Arbeiten von Lenkungsausschuss, Arbeitsgruppen und des Businessplans haben der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden und die Ständekommission von Appenzell Innerrhoden am 4. Dezember 2012 der Bildung eines gemeinsamen Spitalverbunds Appenzellerland im Grundsatz zugestimmt. Die rechtliche Vorbereitung dieses Entscheids und die nach erfolgtem Entscheid erforderlichen Arbeiten zum Erlass einer interkantonalen Vereinbarung fielen ebenfalls in die Zuständigkeit des Departementssekretariats.

Das Departementssekretariat war erneut mit der Beantwortung zahlreicher Mitberichte und Vernehmlassungen zuhauenden von Bund und Kanton beschäftigt. Im Laufe des Berichtsjahrs mussten diverse Rekurse, Stellungnahmen in Beschwerdeverfahren sowie zahlreiche, mitunter sehr komplexe Schweigepflichtentbindungen und aufsichtsrechtliche Verfahren bearbeitet werden.

Das Departementssekretariat begleitete die Sitzungen der vorberatenden parlamentarischen Kommission zur Volkssinitiative «Für gleich lange Spiesse beim Nichtraucherschutz». Der Kantonsrat befasste sich am 20. Februar in 1. Lesung und am 26. November in 2. Lesung mit der Volkssinitiative und entschied, diese dem Volk mit der Empfehlung zur Ablehnung zur Abstimmung zu unterbreiten.

Diverse Gesetzesprojekte konnten im Berichtsjahr aufgrund der hohen Arbeitsbelastung nicht wie geplant angegangen werden.

2. Spitalamt

2.1 Spitalplanung und Spitalliste 2012

Im Hinblick auf die per 1. Januar 2012 schweizweit eingeführte neue Spitalfinanzierung mittels leistungsbezogener Fallpauschalen nach dem System SwissDRG (Swiss

Diagnosis Related Groups) hat das Departement Gesundheit eine Spitalplanung durchgeführt. Gestützt darauf hat der Regierungsrat auf den 1. Januar 2012 die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden Akutsomatik und die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden Rehabilitation erlassen.

Aufgrund der auf den 1. Januar 2012 in Kraft getretenen gesetzlichen Grundlagen sind die öffentlichen und privaten Spitäler und Kliniken der kantonalen Spitalliste gleichgestellt; d.h. sie haben die gleichen Rechte und Pflichten und werden gleich finanziert. Die Spitalliste bezeichnet die öffentlichen und privaten inner- und ausserkantonalen Spitäler und Kliniken, mit denen der Kanton die akutstationäre Versorgung für seine Bevölkerung sicherstellen will und diese auch entsprechend finanziert. Der Listenplatz ist mit einem detaillierten Leistungsauftrag verknüpft. Für die Leistungserbringer gemäss Spitalliste besteht eine Aufnahmepflicht für alle KVG-versicherten Personen. Im Rahmen der kantonalen Spitalliste haben die Patientinnen und Patienten freie Spitalwahl. Die Patientinnen und Patienten haben aber auch freie Spitalwahl im Rahmen der Spitallisten anderer Kantone. Hier finanziert der Kanton die Hospitalisation aber nur im Rahmen des kantonalen Referenztarifs.

Für die Aufnahme in die Spitalliste wurde ein umfassendes Bewerbungs- und Evaluationsverfahren durchgeführt. Dabei waren die vom Bundesgesetz über die Krankenversicherung vorgegebenen Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Qualität zu berücksichtigen.

Da per 1. Januar 2012 weder genehmigte noch festgesetzte Tarife für die Spitäler und Kliniken vorlagen, wurden die Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2012 Akutsomatik und Rehabilitation befristet für ein Jahr erlassen.

Aufgrund längerer krankheitsbedingter Abwesenheit haben sich der Aufbau des Controllings über die Spitäler, das Psychiatriekonzept und die Psychiatrieplanung verzögert.

2.2 Kantonsanteil

Mit Einführung der neuen Spitalfinanzierung sind die Kantone und die Krankenversicherer verpflichtet, die

akutstationäre Versorgung gemeinsam zu finanzieren. Während einer Übergangsphase von fünf Jahren können Kantone, deren Prämien unter dem schweizerischen Durchschnitt liegen, den Kantonsanteil zwischen 45 und 55 % festlegen. Appenzell Ausserrhoden hat 2012 mit einem Kantonsanteil von 47 % gestartet. Dieser Anteil wird bis 2017 kontinuierlich auf die gesetzliche Mindesthöhe von 55 % ansteigen.

2.3 Spitäler und Kliniken

Die Aufsicht über die Spitäler und Kliniken mit Standort in Appenzell Ausserrhoden obliegt dem Regierungsrat bzw. dem Departement Gesundheit. Das Departement Gesundheit evaluiert periodisch die erbrachten Leistungen und erstattet dem Regierungsrat darüber Bericht. Das Departement Gesundheit strebt eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Spitälern und Kliniken an. Eine erste Massnahme bildete ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch zwischen dem Departement und den Leistungserbringern über die nach den neuen bundesrechtlichen Grundlagen durchgeführte Spitalplanung 2012.

3. Amt für Gesundheit

3.1 Allgemeines

Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 4. Juni 2012 den ersten Gesundheitsbericht für Appenzell Ausserrhoden genehmigt. Er beschreibt das kantonale Gesundheitswesen erstmals umfassend. Dabei zeigt er Auswertungen aus eigenen Datenquellen, die in dieser Form neu sind. Er stützt sich zudem auf den im Jahr 2010 publizierten Obsan-Zwischenbericht sowie auf weitere Datenquellen von Bund und Krankenversicherungen. Mit den 14 strategischen Positionen des Regierungsrates werden die wichtigsten politischen Rahmenbedingungen für das Ausserrhoder Gesundheitswesen transparent festgehalten.

Die Gesundheitsversorgung in Appenzell Ausserrhoden ist, wie im Gesundheitsbericht 2012 ausgeführt, gut bis sehr gut. Appenzell Ausserrhoden ist Standortkanton diverser privater und öffentlich-rechtlicher Kliniken und

Spitäler, die auch Patienten in grosser Zahl aus den Nachbarkantonen akquirieren können. In fast allen Bereichen der Gesundheitsversorgung sind qualifizierte Gesundheitsfachpersonen in ausreichender Quantität und Qualität vorhanden. Die Zahl der Grundversorgerinnen und Grundversorger blieb im Berichtsjahr erfreulicherweise konstant. Abgänge von langjährigen Grundversorgern (z.B. infolge von Pensionierungen) konnten mit Praxisnachfolgerinnen und -nachfolgern kompensiert werden. Der ambulante ärztliche Versorgungsbereich bleibt weiterhin unter genauer Beobachtung.

Mit dem Projekt «Praxisassistenten» werden junge Ärztinnen und Ärzte an den Beruf des Hausarztes oder der Hausärztin herangeführt. 2012 konnte erneut eine Halbjahresstelle mit einer Ärztin als Praxisassistentin besetzt werden. Leider konnte die zweite Praxisassistentenstelle, wie schon im Vorjahr, mangels Interessentinnen und Interessenten nicht besetzt werden.

Im Bereich «Gesundheitsförderung und Prävention» ist vor allem das kantonale Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht» prägend. Im Jahr 2012 konnten verschiedene Teilprojekte erfolgreich durchgeführt werden. Der erste «Guet druf Tag» in Speicher, welcher Bewegung, Ernährung und Erleben miteinander verband, war ein Erfolg. Das Projekt «Open Sunday» konnte in Teufen probeweise eingeführt werden und bietet den Kindern von sechs bis zwölf Jahren kostenlose, betreute Bewegungsmöglichkeiten in einer am Sonntagnachmittag nicht benutzten Turnhalle. Zusammen mit der Caritas St.Gallen-Appenzell und Pro Juventute Appenzell Ausserrhoden ist das Projekt «Miges Balú» gestartet worden, das vor allem Migrantinnen und Migranten mit Kleinkindern direkt erreichen möchte. Das Vorprojekt konnte im Bereich der Volksschulen ebenfalls gestartet werden. Die im Jahr 2012 durchgeführten zwei Netzwerktreffen sind für den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren sehr wertvoll und haben sich etabliert.

Der Verein «Ostschweizer Forum für psychische Gesundheit» konnte im 4. Quartal 2012, gemeinsam mit den Kantonen Appenzell Innerrhoden und St.Gallen, gegründet werden. Der Verein wird die in den Mitgliedskantonen bereits umgesetzten oder sich in Umsetzung befindenden



den «Bündnisse gegen Depression» in angepasster Form weiterführen.

Die 2012 publizierten Ausgaben des Gesundheitsmagazins sind aufgrund der Verselbständigung des Spitalverbunds erstmals ohne dessen Mitbeteiligung erschienen. In der Frühjahrsausgabe «Spenden – ein wichtiger Dienst im Gesundheitswesen» bildete das Thema «Organspenden» den Schwerpunkt. Die Herbstausgabe widmete sich mehrheitlich dem Thema «Impfen». Neu wird Magazin direkt an alle Ausserrhoder Haushalte verteilt.

3.2 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen getroffen. Er hat zum einen den Erstellungsprozess des Gesundheitsberichts 2012 fachlich begleitet. Zum anderen brachte er sein Wissen zu Entwicklungen im Gesundheitswesen auf nationaler und internationaler Ebene ein. Diese Rückmeldungen ermöglichten eine breit abgestützte und vorausschauende Diskussion. Der Gesundheitsrat hat zudem die Vorbereitungsarbeiten für das kantonale Geriatriekonzept begleitet.

3.3 Kantonsärztlicher Dienst

Die Umstellung der Spitalfinanzierung auf DRG (Fallpauschalen) hat einen erheblichen Zusatzaufwand für die Administration zur Folge. Insbesondere beschäftigt die Kontrolle der grossen Zahl von Einzelrechnungen das Sekretariat. Bei den ausserkantonalen Hospitalisationen konnte eine erhebliche Zunahme der Gesuche festgestellt werden. Dank des Wegfalls von Verlängerungsgesuchen (die Entschädigung wird mit DRG pro Fall und unabhängig von der Aufenthaltsdauer erteilt) hat sich das Arbeitsvolumen gegenüber dem Vorjahr nicht erhöht.

E-KoGu, die Software für die Einreichung von Kostengutsprache gesuchen, wird bereits von zwölf Kantonen verwendet und läuft in hohem Masse zuverlässig. Von grosser Bedeutung ist der Ausbau der Software in den Bereichen «automatische Wohnsitzprüfung» und «Rechnungskontrolle».

Im Berichtsjahr sind keine aussergewöhnlichen Häufungen von Infektionskrankheiten festgestellt worden. Erneut sind vier Fälle von Tuberkulose aufgetreten, die von der Lungenliga Appenzell Ausserrhoden betreut werden mussten. Generell lässt sich sagen, dass sexuell übertragbare Krankheiten schweizweit wieder zugenommen haben. Dieser Entwicklung konnte sich auch der Kanton Appenzell Ausserrhoden nicht entziehen. Im Jahr 2012 sind zudem zwei neue HIV-Infektionen gemeldet worden.

3.4 Kantonszahnärztlicher Dienst

Zu den wichtigsten Aufgaben des Kantonszahnarztes zählten 2012 die Information und Beratung von Behörden, Schulen sowie Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen «Zahnbüchleins» hat der Kantonszahnarzt sämtliche Gemeinden besucht. Dabei konnten mit den verantwortlichen Personen auch die bestehenden Massnahmen im Bereich der Zahnprophylaxe und diverse weitere Fragen zum schulzahnärztlichen Untersuchungsbesuch besprochen werden. Bisherige Leistungsunterschiede bei den schulzahnärztlichen Untersuchungen zwischen den einzelnen Gemeinden konnten angesprochen und reduziert werden.

3.5 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Die Anzahl an Gesundheitsfachpersonen, die in Appenzell Ausserrhoden eine Tätigkeit aufnehmen wollen, ist weiterhin im Zunehmen begriffen. Dank der Datenbank über die Gesundheitsfachpersonen und Heilmittel ist eine effiziente Bearbeitung der Gesuche möglich. Insgesamt sind 865 Personen und 2'890 Heilmittel im System registriert. Die grösste Berufsgruppe bilden die Ärztinnen und Ärzte. Trotz der Zunahme der Zahl der Gesundheitsfachpersonen besteht bei bestimmten Berufsgruppen weiterhin ein Mangel an Fachpersonen. Nach wie vor sind Hausärztinnen und Hausärzte sowie Psychiaterinnen und Psychiater gesucht. Eine sehr gute Versorgungslage besteht in Appenzell Ausserrhoden bei der Zahnmedizin, bei den Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern sowie bei den Physiotherapeutinnen und -therapeuten.

Im November 2012 wurden zum fünften Mal kantonale Prüfungen für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker nach dem Prüfungsreglement 2008 durchgeführt. Von sechs Teilnehmenden haben drei Personen die Prüfung bestanden.

Am 7. November 2012 hat der Bundesrat die Vorschläge zur Revision des eidgenössischen Heilmittelgesetzes (2. Etappe) an die eidgenössischen Räte überwiesen. Der vom Bundesrat verabschiedete Revisionsentwurf ist für den Kanton Appenzell Ausserrhoden erfreulich. Die Tradition der Heilmittel mit kantonaler Zulassung könnte weitergeführt werden.

Im Jahre 2012 wurden insgesamt 85 Inspektionen (Vorjahr 101) durchgeführt. Dabei kann den Ausserrhoder Gesundheitsfachpersonen überwiegend ein positives Zeugnis ausgestellt werden. Aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen und Personalwechsel im Sekretariat war eine Verschiebung der Aufgaben nötig, was zu einem Rückgang bei den Inspektionen führte.

3.6 Beratungsstelle für Suchtfragen

Die Zahl der Beratungen ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 10 % angestiegen. Insgesamt wurden von den Mitarbeiterinnen und vom Leiter der Beratungsstelle 175 länger dauernde Beratungen durchgeführt (2011: 160 Beratungen). Zusätzlich konnten 98 Kurzberatungen (mit weniger als 3 Stunden Arbeitsaufwand) angeboten werden. Die Beratungsstatistik ist 2012 ausgebaut worden. Zum ersten Mal kann eine Auswertung der Klientinnen und Klienten nach Berufsgruppen vorgenommen werden. Die meisten Ratsuchenden gehören der Berufsgruppe Handwerk (27 %) an. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden betrug 14 %.

Die Beratungsstelle für Suchtfragen bietet nebst ihrer Beratungstätigkeit verschiedene Präventionsprojekte an. Unterschiedlichen Personengruppen wird die Möglichkeit geboten, sich mit ihren Suchtgewohnheiten und ihrem Substanzkonsum auseinander zu setzen. Im Rahmen des Präventionsprogramms «freelance», welches die Oberstufenklassen als Zielgruppe anspricht, konnte ein neues Themenpaket erarbeitet werden. Das Projekt «freelance» wird in enger Zusammenarbeit mit anderen Kantonen

weiterentwickelt. Die Beratungsstelle für Suchtfragen stellt den im Projekt involvierten Lehrpersonen, ergänzend zu den Präventionsmaterialien für die Themen «Alkohol», «Tabak» und «Cannabis», neu Unterlagen zum Thema «neue Medien» zur Verfügung.

Die Beratungsstelle hat 2012 fünf Elternveranstaltungen zu den Themen «neue Medien» oder «Prävention in der Familie» organisiert.

Ein weiteres, erfolgreiches Projekt ist die «rauchfreie Lehre». Über 100 Lernende und 15 Betriebe haben sich für ein Engagement in diesem Projekt ausgesprochen. Noch erfolgreicher war das «Märchen – Schlüssel zum Leben» für Kindergärten und Unterstufen. Insgesamt beteiligten sich über 100 Schulkassen am Projekt und profitierten von der Magie der Märchen. Märchen leisten einen wichtigen Beitrag während der Entwicklung von Kindern und helfen dadurch, Entwicklungsstörungen, welche ein erhöhtes Risiko zu Suchtverhalten darstellen, zu mindern.

Im Bereich Spielsucht wird eng mit den Kantonen St.Gallen, Thurgau, Graubünden, Glarus und Appenzell Innerrhoden zusammengearbeitet. Gemeinsam wird ein professionelles Angebot zur Verfügung gestellt (siehe www.sos-spielsucht.ch).

Nach der QuaTheDA-Zertifizierung (Qualität Therapie Drogen Alkohol) im September 2008 wurde die Beratungsstelle für Suchtfragen im September 2012, im Rahmen eines Aufrechterhaltungsaudits, kontrolliert. Die Zertifizierungsstelle hat der Beratungsstelle eine sehr hohe Qualität attestiert.

Im Jahr 2012 hat die Beratungsstelle für Suchtfragen zudem zwei Zufriedenheitsbefragungen durchgeführt. Die Vernetzungspartner und -partnerinnen sind mit der Arbeit sehr zufrieden (58.5 % = Note 6) oder zufrieden (39 % = Note 5). In einer zweiten Befragung der Klientinnen und Klienten haben 95 % der Befragten angegeben, dass sie die Beratungsstelle weiterempfehlen werden: ein klarer Ausdruck der grossen Zufriedenheit mit den von der Beratungsstelle erbrachten Leistungen.

3.7 Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission

Im Berichtsjahr beschäftigte sich die Kommission mit vier Verfahren, wobei ein Verfahren bereits im Jahre 2011 anhängig gemacht wurde. Ein Verfahren konnte abgeschlossen werden, weil sich Zahnarzt und Patient geeinigt haben. Ein weiteres Verfahren ist gegenstandslos geworden. Ein Verfahren ist noch pendent, steht aber vor dem Abschluss. Das Ende 2011 noch pendente Verfahren wurde mit einer Empfehlung abgeschlossen. Die betroffene Zahnärztin war mit der Empfehlung nicht einverstanden und rekurrierte an den Regierungsrat. Gegen den Entscheid des Regierungsrates hat die Zahnärztin beim Obergericht Beschwerde eingereicht.

4. Amt für Lebensmittelkontrolle (Interkantonales Labor)

Nebst der herkömmlichen Kontrolle von Lebensmitteln befasst sich das Amt für Lebensmittelkontrolle auch mit Lebensmitteln, die über das Internet bezogen werden können. Im Internet wännen sich manche Händler im rechtsfreien Raum und bieten so manches nicht verkehrsfähige Produkt an. Bei sogenannten Speziallebensmitteln, wie beispielsweise Nahrungs-Ergänzungsmitteln, ist die Versuchung gross, über das Internet den zahlreichen Vorschriften zu entkommen. Nahrungs-Ergänzungsmittel enthalten Vitamine, Mineralstoffe oder andere Substanzen in konzentrierter Form. Sie werden als Kapseln, Tabletten oder Pulver mit entsprechender Werbung angeboten. Dadurch sind sie Medikamenten oft zum Verwechseln ähnlich. Die Rechtsgrundlagen verlangen, dass sich Lebensmittel eindeutig von Heilmitteln unterscheiden. Ist diese Unterscheidung nicht vorhanden, schreitet das Amt für Lebensmittelkontrolle ein und verlangt eine Anpassung der Deklaration oder verbietet den Verkauf. Bei vielen Spezialpräparaten sind aufwändige Abklärungen und Recherchen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit notwendig. Es gilt abzuklären, ob einzelne Wirkstoffe zugelassen sind und wenn ja, in welcher Konzentration. In den letzten Jahren stellte das Amt für Lebensmittelkontrolle eine Zunahme von Firmen fest, die mit solchen Produkten handeln. Der Vertrieb erfolgt oft über andere Kantone oder über das benachbarte

Ausland. Dadurch sind die Verantwortlichen nicht immer einfach zu finden, was zeitaufwändige Recherchen zur Folge hat.

Die Betriebskontrollen und Probenuntersuchungen wurden im üblichen Rahmen abgewickelt. Ein Betrieb musste wegen schwerwiegenden Hygienemängeln vorübergehend geschlossen werden. Bei den Lebensmitteln sind die Beanstandungen leicht angestiegen. Die Zahl der bearbeiteten Baugesuche ist gegenüber dem letzten Jahr wiederum angewachsen.

5. Amt für Soziale Einrichtungen

Im Frühjahr wurden alle Pflegeheime zur 2011 erstmals umgesetzten neuen Pflegefinanzierung schriftlich befragt. Zusätzlich prüfte das Amt für Soziale Einrichtungen stichprobenweise die Einstufungen in die zwölfstufige Pflegebedarfsskala sowie die Monatsrechnungen, welche an die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die für die Restfinanzierung der Pflege zuständigen Gemeinden versandt wurden. Die Analyse der Daten zeigte auf, dass die Pflegeheime im Jahr 2011, mit wenigen Ausnahmen, gut bis sehr gut ausgelastet waren. Es kann insbesondere festgestellt werden, dass der im interkantonalen Vergleich sehr hohe Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern aus anderen Kantonen im Vergleich zum Vorjahr nicht zurückgegangen ist. Diese erfreuliche Tatsache hängt wesentlich damit zusammen, dass Appenzell Ausserrhoden die von der öffentlichen Hand zu finanzierenden, pflegestufenabhängigen Restkosten der Pflege auf ein tieferes Niveau festgelegt hatte als die umliegenden Kantone; von den am 1. Mai 2011 gezählten 1'151 Bewohnerinnen und Bewohnern 94 (8,2%) keinen Pflegebedarf aufweisen. 637 (72,8%) waren in den Pflegestufen 1-7 und 220 (19%) in den Pflegestufen 8-12 eingeteilt. Mit Blick auf den allgemein anerkannten Grundsatz «ambulant vor stationär» drängt sich die Frage auf, ob die 94 Bewohnerinnen und Bewohner ohne Pflegebedarf auch ambulant (Spitex, Pro Senectute, Angehörige) hätten betreut werden können. Der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner mit Einteilung in den Pflegestufen 8-12 war mit 19% überraschend tief und relativiert die Aussage, wonach Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner immer

pflegebedürftiger würden und dass deshalb Heime, die nur für die Pflege bis maximal Pflegestufe 7 zugelassen sind, keine Zukunft hätten; die Leistungen Betreuung und Pflege in allen geprüften Fällen korrekt abgerechnet worden waren; die Tarife für die Pension erwartungsgemäss sehr stark variierten und offensichtlich die grossen Unterschiede beim baulichen Komfort, der gestalteten Umgebung und der Restauration spiegelten; die meisten Pflegeheime Investitions- oder ähnliche Zuschläge erhoben hatten. Das Amt für Soziale Einrichtungen konnte deren Berechtigung und Verwendung wegen einer fünfmonatigen Vakanz im Controllingdienst im Berichtsjahr nicht überprüfen.

Für die Finanzierung der stationären Pflege im Jahr 2013 beschloss der Regierungsrat nach einer konferenziellen Anhörung der Pflegeheime und der Gemeinden, die durch den schweizweit vorgenommenen Abgleich («Kalibrierung») der zwei wichtigsten Pflegeeinstufungssysteme (BESA und RAI RUG) drohenden Einnahmenverluste der Heime mittels Anpassung der Leistungsabgeltungen für die Pflege und die Betreuung zu kompensieren und auf die neuen Tarife einen Zuschlag von 2 % zu gewähren.

Im Bereich der Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung wurden im Sommer durch externe Spezialisten geleitete Schulungen durchgeführt. Vertreterinnen der Einrichtungen und des Amtes für Soziale Einrichtungen wurden auf den Einsatz einer im Kanton Thurgau entwickelten Software vorbereitet, mit der das System der Leistungsabgeltung nach individuellem Betreuungsbedarf (IBB) und die Verwaltung von Kostenübernahmegarantien effizient gehandhabt werden können. Geplant war der Ersatz der heutigen Leistungsabgeltung nach der Methode Restdefizitabrechnung (Akonto-Zahlungen mit Nach- oder Rückzahlungen im Folgejahr) durch die Leistungsabgeltung mit Pauschalen unter Berücksichtigung des IBB per 1. Januar 2013. Erfahrungsberichte aus anderen Kantonen, welche die in Appenzell Ausserrhoden geplanten Umstellungen bereits ein Jahr früher vorgenommen hatten, zeigten auf, dass der Aufwand und die zu lösenden Probleme grösser als erwartet waren. Deshalb wurde im Spätherbst beschlossen, die neuen Instrumente im Jahr 2013 zunächst im Sinne einer Schattenrechnung einzuführen und die definitive Umstellung um ein Jahr zu verschieben. Die Einrichtungen haben diesen Entscheid ausdrücklich begrüsst.

Im Projekt Spitextwicklung und -regionalisierung, das im Oktober 2011 lanciert wurde, engagieren sich die in den Gemeinden Herisau, Schwellbrunn, Waldstatt, Urnäsch, Stein, Speicher, Trogen und Wald tätigen Spitex-Organisationen. Alle Teilprojekte sind sehr gut auf Kurs; die neue Spitex Appenzellerland wird am 1. Juni 2013 gegründet werden. Die Spitex-Organisationen Teufen und Gais-Bühler haben ihre Fusion zur Spitex Rotbachtal angekündigt. Zusammen mit der schon seit einigen Jahren erfolgreich tätigen Spitex Vorderland werden künftig drei grössere, von Vereinen getragene, Spitex-Organisationen zeitgemässe und vielfältige Dienstleistungen in guter professioneller Qualität anbieten. Damit wird ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel demnächst erreicht sein.

6. Ethikkommission

2012 hat sich die Ethikkommission lediglich zu einer, allerdings sehr intensiven Sitzung getroffen. Die Zukunft der Kommission selbst war neben einer Studienbeteiligung das Traktandum. Auf nationaler Ebene ist ein neues Humanforschungsgesetz (HFG) verabschiedet worden, welches den Tätigkeitsbereich der kantonalen Ethikkommissionen nochmals ausdehnt und gleichzeitig entscheidende zusätzliche organisatorische und qualitative Anforderungen stellt. Ab Inkrafttreten des HFG (wohl im Herbst 2013) müssen Ethikkommissionen zwingend über ein professionelles wissenschaftliches Sekretariat verfügen. Ein solches ist angesichts der bescheidenen Auftragsdichte in unserem Kanton und angesichts der beschränkten finanziellen Ressourcen unverhältnismässig. Deshalb hat die Ethikkommission (wie andere Ethikkommissionen kleinerer Kantone auch) der Regierung den Antrag gestellt, ihre vom Bundesrecht übertragenen Aufgaben regional zu lösen und sie an die Ethikkommission des Kantons St.Gallen zu übertragen. Regierung und St.Galler Ethikkommission haben den Antrag positiv aufgenommen, er wird auf Departementsebene weiter verfolgt. Die Aufgaben der Kommission aus kantonalem Recht, vorab betreffend Patientenrechte und Beratungsaufgaben, würden so bestehen bleiben.



Departement Bau und Umwelt

Direktor: Regierungsrat Jakob Brunnschweiler

Die Umnutzung des Zeughauses auf dem Herisauer Ebnet war erfolgreich. Rund 100 Mitarbeitende der Kantonspolizei, der kantonalen Notrufzentrale, der Staatsanwaltschaft, des Departementsekretariates Sicherheit und Justiz, des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz sowie des Staatsarchivs erhielten Ende November einen neuen Arbeitsplatz. Das in nur eineinhalb Jahren realisierte Bauprojekt konnte bei vorgegebenen Kosten termingerecht umgesetzt werden. Der Umzug wurde bis Ende Jahr vollzogen; die Notrufzentrale konnte fristgerecht dem Betrieb übergeben werden.

Die Aufnahme der N25 ins Nationalstrassennetz war für Appenzell Ausserrhoden ebenfalls ein wichtiger Meilenstein. Nach jahrelangen Bemühungen wurde das Geschäft am 18. Januar durch den Bundesrat verabschiedet. Der heutige Hauptstrassenabschnitt Winkel-Herisau-Appenzell wird vom Bund definitiv übernommen.

Bis Ende 2018 muss der Gewässerraum von den Kantonen festgelegt werden. Bis dieser Schritt erfolgt ist, gelten restriktive Übergangsbestimmungen. Auf den 1. Oktober hat der Regierungsrat für die Einführung eine vorläufige Verordnung erlassen und den Gewässerraum innerhalb der Bauzone festgelegt. Auf dieser Basis ist das Tiefbauamt in der Lage, innerhalb der Bauzonen und auf aktuellen Grundlagen Baubewilligungen und Ausnahmen zu erteilen. Ausserhalb der Bauzonen kommen bis auf weiteres die Übergangsbestimmungen zur Anwendung. Eine Änderung ausserhalb der Bauzonen, nämlich die Inkraftsetzung der auch für diese Bereiche vorhandenen Karten, ist erst vorgesehen, wenn die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Gewässerräume im Rahmen der Agrarpolitik geregelt ist.

Im November schickte der Bundesrat ein erstes Massnahmenpaket für den schrittweisen Umbau der schweizerischen Energieversorgung in die Vernehmlassung. Die umfangreiche Vernehmlassungsvorlage beinhaltet die strategische Ausrichtung der Schweizer Energiepolitik bis 2050, ein erstes Massnahmenpaket sowie diverse Gesetzesrevisionen; insbesondere eine Totalrevision des Energiegesetzes. Das Amt für Umwelt war mit der Erarbeitung der kantonalen Stellungnahme zuhanden des Regierungsrates stark gefordert. Es gilt jetzt abzuwarten, in welche Richtung sich die Energiezukunft der Schweiz entwickeln wird.

Mit dem Ziel, die nukleare Stromproduktion durch erneuerbare Energie zu ersetzen, haben die beiden Appenzeller Kantone eine Windpotenzialstudie in Auftrag gegeben. Die Grobauswertung zeigte, dass die Hochalp das vielversprechendste Windgebiet ist. Ab Mai 2013 werden dort während eines Jahres die Windverhältnisse gemessen. Ob im Kanton je Windkraftanlagen gebaut werden oder nicht, bleibt offen.

1. Departementssekretariat

Der Rechtsdienst arbeitete vor allem an der Teilrevision des Baugesetzes (inkl. Verordnung) und an der Umsetzung der Bestimmungen der eidg. Gewässerschutzgesetzgebung betreffend Festlegung des Gewässerraums (vorläufige Übergangsbestimmung zum Gewässerraum).

53 Rekurse zu Entscheiden von Gemeindebehörden, Planungsamt sowie Amt für Umwelt sind eingegangen; behandelt wurden 62, darunter auch Rekurse aus den Vorjahren. Die Bearbeitung von Rechtsanfragen von Privaten, Gemeinden und Ämtern sowie die Vorprüfungen von

Gemeindereglementen forderten den Rechtsdienst stark. Beim Baukoordinationsdienst gingen 956 Baugesuche ein (Vorjahr 931, Durchschnitt der letzten zehn Jahre 827), womit im abgelaufenen Jahr die meisten eingegangenen Gesuche seit 1991 gezählt werden konnten. Fast 70 % der Gesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt; die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug 3,7 Wochen (2011: 4,01). Gegen 6,4 % der Bauvorhaben wurde Einsprache erhoben.

Am 5. Dezember fand zum vierten Mal eine Zusammenkunft der Bausekretärinnen und Bausekretäre der Ausserrhoder Gemeinden statt. An dem vom Departement

mentssekretariat organisierten Anlass wurde u.a. über Fragen zum Baubewilligungsverfahren diskutiert und über aktuelle Rechtsfälle informiert.

2. Planungsamt

2.1 Ortsplanungen

Periodisch oder aufgrund einzelner Bedürfnisse werden die Zonenpläne durch die Gemeinden regelmässig aktualisiert. Das Schwergewicht lag im Bereich der Teilzonenpläne (24 Vorprüfungen, 13 Genehmigungen) sowie der Sondernutzungspläne (16 Vorprüfungen, 13 Genehmigungen). Die gesamtheitlichen Ortsplanungsrevisionen der Gemeinden Schwellbrunn, Grub und Wald sind genehmigt; vorgeprüft wurde der kommunale Richtplan der Gemeinde Schönengrund.

Die Statistik über die Bauzonengrösse und deren Erschliessungsgrad zeigt, dass im Berichtsjahr über den ganzen Kanton gesehen eine Fläche von rund 14,6 ha neu in die Kategorie «überbaut bzw. weitgehend überbaut» kam (Vorjahr rund 8,6 ha). Insgesamt sind 1'481,8 ha als Bauzone ausgeschieden.

2.2 Kantonalplanung

Der Bundesrat hat die Nachführung 2010 des kantonalen Richtplans im März mit einem Vorbehalt bezüglich Agglomerationsprogramm genehmigt. Die Nachführung beinhaltete die Bereiche Siedlung, Verkehr- und Landschaft. Mit den vorgenommenen Anpassungen konnte das Agglomerationsprogramm behördenverbindlich im Richtplan verankert werden. Weiters wurde der Bereich Naturgefahren stark überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

2.3 Zusammenarbeit und übergeordnete Raumplanung

Zur Agglomeration St.Gallen / Arbon-Rorschach gehören gemäss Bundesamt für Statistik von Ausserrhoder Seite

die fünf Gemeinden Waldstatt, Herisau, Teufen, Speicher und Lutzenberg. Die Gemeinderäte und die Regierungen haben das Agglomerationsprogramm der zweiten Generation genehmigt. Damit erhalten Region und Kantone weitere Gelder aus dem Infrastrukturfonds des Bundes. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Agglomerationsprogramms St. Gallen / Arbon-Rorschach der zweiten Generation liegen bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs sowie punktuellen Ergänzungen des Strassennetzes und bei Entlastungen für verkehrsgeplagte Zentren.

In einem mehrjährigen kooperativen Prozess, in dem sich auch Appenzell Ausserrhoden beteiligt hat, wurde das «Raumkonzept Schweiz» erarbeitet. Es legt eine gemeinsame Strategie für eine nachhaltigere Raumentwicklung unter Berücksichtigung des ländlichen Raumes dar. Es ist kein verbindliches Instrument, sondern versteht sich als Orientierungsrahmen und Entscheidungshilfe.

2.4 Baubewilligungen und Stellungnahmen

Die Anzahl der behandelten Baugesuche ausserhalb Bauzonen und in national bedeutenden Ortsbildschutzzonen lag mit 563 über dem Mittel der letzten drei Jahre (517). Die Zahl der Baugesuche mit Einsprachen (15) ist im Vergleich zum letzten Jahr (12) leicht gestiegen. Die Anzahl der ausgefertigten schriftlichen Stellungnahmen zu Bodenrechtsgesuchen, Strassenbauprojekten, Wasserbauprojekten und anderen bewegte sich mit 108 im Bereich der letzten Jahre.

Bis anhin erstellte das Planungsamt auf Antrag der Bodenrechtskommission bei Abparzellierungs- und Zerstückelungsgesuchen von Grundstücken eine raumplanerische Stellungnahme. Aufgrund von Obergerichtsentscheiden, die auf der aktuellen landwirtschaftlichen Bundesgesetzgebung basieren, müssen neu wesentlich aufwendigere raumplanerische Verfügungen erstellt werden. Wie der Mehraufwand von geschätzten 330 Arbeitsstunden im Planungsamt abgedeckt werden soll, ist unklar.



2.5 Natur- und Landschaftsschutz

Am 14. Februar hat der Regierungsrat mit dem Bund die neue Programmvereinbarung im Umweltbereich 2012- 2015 abgeschlossen. Für den Bereich Natur- und Landschaftsschutz stellt der Bund für die formulierten Ziele und Leistungen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als in der ersten Periode 2008-2011. Appenzell Ausserrhoden versucht, zusammen mit den anderen Kantonen über Gremien wie der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz Einfluss auf den Bund zu nehmen und Verbesserungen herbeizuführen.

Abgestützt auf die Biodiversitäts-Strategie des Bundes wird in der Programmvereinbarung 2012-2015 der Artenförderung mehr Gewicht beigemessen. Dementsprechend konzentrierten sich die realisierten Naturschutzmassnahmen im Berichtsjahr auf Tier- und Pflanzenarten, für die Appenzell Ausserrhoden eine überkantonale Verantwortung trägt. Es sind dies Vogelarten wie Auer- und Birkhühner, Amphibienarten wie Geburtshelferkröte und die Pflanzenarten der Hoch- und Flachmoore.

Als Naturschutzarbeit konnten das national bedeutende Hoch- und Flachmoor Burketmoos in Urnäsch aufgewertet und Amphibienlaichgebiete in Stein und Teufen erstellt werden.

2.6 Fuss- und Wanderwege, Radwander- und Bikerouten

Planungsamt und Verein Appenzell Ausserrhoder Wanderwege haben alle bestehenden Wanderwege überprüft und die Routenbereinigung den Gemeinden zur Vernehmlassung unterbreitet. Das Wanderwegnetz wird in der gesamtschweizerisch genutzten EDV-Anwendung «gow@lk» aktualisiert und steht für eine effiziente und schlanke Wanderweg-Signalisation zur Verfügung.

In Zusammenarbeit mit SchweizMobil, Appenzellerland Tourismus, den betroffenen Gemeinden und den angrenzenden Nachbarkantonen St.Gallen und Appenzell Innerrhoden, hat das Planungsamt die «Appenzeller Aussichtsrouten 998» als neue Radroute signalisiert. Der

Routenverlauf ist auf www.schweizmobil.ch aufgeschaltet und wird international veröffentlicht.

3. Hochbau

3.1 Kantonale Hochbauten

Erneuerung und Optimierung der Mensa im Konviktsgebäude, Kantonsschule Trogen

Mit dem Bezug der neuen Mensa wurden die letzten Arbeiten fertiggestellt. Die sich in schlechtem Zustand befindende Zufahrtsstrasse zum Kantonsschul-Areal wurde mit neuer Koffierung und neuem Belag versehen.

Umnutzung Zeughaus Herisau

Die Bauarbeiten für die Umnutzung des Zeughauses auf dem Herisauer Ebnet waren umfang- und kostenmässig sehr intensiv. Nach anfänglichen Schwierigkeiten im Bereich der statischen Massnahmen im Kopfbau ist der Umbau im Laufe des Jahres termin- und kostengerecht erstellt worden. Nach dem «Tag der offenen Tür» Anfang November wurde das Zeughaus schrittweise durch die Verwaltungsstellen bezogen. Der Umzug der Kantonspolizei erfolgte Ende November.

Gleichzeitig erfolgte in der Kantonalen Notrufzentrale (KNZ) die aufwändige Implementierung des Einsatzleitsystems. Die Migration wird im Januar 2013 erfolgen. Dann wird die KNZ in Trogen abgeschaltet und die neue KNZ im Zeughaus Ebnet in Herisau in Betrieb genommen. Damit werden die Bauarbeiten für dieses grosse kantonale Bauprojekt abgeschlossen sein.

Strafanstalt Gmünden, Niederteufen

Die Duschen im 1. UG und 2. OG wurden saniert. Für die Entwässerung im Bereich des Schnitzelbunkers wurde ein Entwässerungskonzept erarbeitet und umgesetzt. Für die Sanierung von Schadstellen an der Fassade wurde die Zustandsanalyse mit Sanierungsvorschlag erarbeitet.

Neubau und Sanierung kantonaler Werkhof Bissau, Heiden

Die Sanierung und der Neubau der Einstellhalle mit Werkstatt und Bürotrakt konnten im Dezember fertiggestellt und bezogen werden. Die Umgebungsarbeiten werden im Frühjahr 2013 abgeschlossen.

Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA), Herisau

Im Wohnheim Haus II wurden im 1. und 2. OG die Nasszellen erneuert. Die Boden- und Wandbeläge sind mit einer PU-Beschichtung ausgeführt; sämtliche Apparate wurden ersetzt. In Absprache mit dem Spitalverbund wurden beim Haus I und Haus IV ungedeckte Veloabstellplätze erstellt. Im Dachgeschoss mussten zusätzlich einige Räume gedämmt werden. In den Abstandszimmern der Akutpsychiatrie wurde mit einer Fussbodenheizung die Behaglichkeit verbessert. Entgegen dem Terminplan in der Vorlage an den Kantonsrat wird auf Wunsch des Spitalverbundes die Erneuerung des Verwaltungsgebäudes Haus IX vorgezogen.

Spital Herisau

Nachdem die vom Spitalverbund realisierte Ausstattung fertig wurde, konnte der Anbau der Zentral-Sterilisation dem Betrieb übergeben werden. Bei der kantonseigenen Parkgarage wurde eine Betonsanierung umgesetzt. Ebenfalls wurden die Notstromanlage und der separate Niederspannungsanschluss in der GOPS realisiert.

Spital Heiden

Die Liegenschaft «Brauerei», Asylstrasse 4, wurde umgebaut und dem Spitalverbund als Bürogebäude zur Nutzung übergeben. Im Projekt «Verbesserung Ambulatorium, Umbau Erdgeschoss» wurde die 1. Etappe im vorgegebenen Rahmen ausgeführt. Die Planung für die Etappen zwei bis fünf wurde in Angriff genommen und deren Realisierung im Zusammenhang mit den nötigen Investitionen des Spitalverbundes auf Sommer 2013 terminiert. Die Kältemaschine OP wurde erneuert und die Servicearbeiten an den Aufzügen weitergeführt. Der Belag der Zufahrtsstrasse zum Personalhaus im Bad 2

wurde saniert. Für die Erdbebenbeurteilung Phase I bis III ist die Konzeptoptimierung fertiggestellt.

Rathaus Trogen

Nach dem Umzug der Polizei nach Herisau konnte der Umbau des Rathauses fristgerecht im Dezember gestartet werden. Das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag wurde bereits im Frühjahr erstellt.

3.2 Liegenschaften: Unterhalt und Verwaltung

In den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens wurden diverse Erneuerungen umgesetzt. Im Regierungsgebäude ist der Konferenzraum erneuert und im Sitzungszimmer eine Multimedia-Anlage eingebaut worden. Im Haus Tannenbaum, Herisau, ist die Gastro-Spülmaschine des Restaurants ersetzt und Büros der Berufsberatung saniert worden. In Trogen wurde das Rathaus für den Anschluss an den Wärmeverbund vorbereitet.

In den Liegenschaften des Finanzvermögens wurde folgender baulicher Unterhalt gemacht: eine Renovation des Badezimmers in der Huebstrasse 49, Herisau; Anpassungsarbeiten im Zusammenhang mit den Umbauten der UBS-Filiale in Gais; Renovation der Wohnung nach einem Mieterwechsel im Zaun 55, Speicher; Fernwärmeanschluss der Liegenschaft Kirchplatz 4, Heiden; Renovation der Fassaden im Dorf 4, Hundwil sowie nach einem Mieterwechsel eine Gesamtrenovation der Liegenschaft Gmünden 1191, Niederteufen.

Für die gewünschten Büroanpassungen im Departement Inneres und Kultur im Obstmarkt 1, Herisau, mussten neue Zwischenwände eingebaut und die Schliessanlage angepasst werden. In der Mietliegenschaft Kasernenstrasse 17 wurde das Sitzungszimmer mit Multimedia-Installationen ergänzt.

Für die Stiftung Pro Appenzell wurde bei der Alp Böheli eine Baueingabe für einen Neubau des Unterstandes eingereicht. Auf der Alp Hölzli wurde die Dachrinne saniert und die neue Mistplatte vorbereitet.



3.3 Subventionen an Bauten, Beratungen

Der Bereich des Gesetzes der Wohnbausanierung im Berggebiet wurde mit dem zuständigen Bundesamt neu abgestimmt. Auf Wunsch des Gemeinderates Walzenhausen hat das Hochbauamt die Vorprüfung von vier im Einladungsverfahren eingereichten Studienprojekten für einen neuen Werkhof vorgenommen und mit einem Bericht zuhanden der Gemeinde abgeschlossen. Für die Stiftung Pro Appenzell ist für den Alpstall Grossbalmen ein Studienauftrag im Einladungsverfahren durchgeführt worden.

Zuhanden des Departements Gesundheit wurden die Gesuche der Gemeinden Bühler, Urnäsch, Waldstatt und Schönengrund für pauschale Kantonsbeiträge an die Sanierung der Altersheime bearbeitet.

Der bauliche Zivilschutz hat 157 Verfügungen erstellt, davon sieben Schutzraum-Bewilligungen mit 227 Schutzplätzen und 150 Dispensationen vom Schutzraumbau. Zehn Schutzräume sind mit 215 Schutzplätzen abgenommen worden. In zwei Zivilschutzanlagen wurde die Telematik aufgerüstet. Die Periodische Anlagekontrolle (PAK) wurde in drei Anlagen durchgeführt. In Herisau wurde der ehemalige Teil Militärstützpunkt im ASUAR (Atomsicherer Unterstand Appenzell Ausserrhodens) im Zeughaus Ebnet zu einem Kulturgüter-Schutzraum umgebaut.

4. Tiefbauamt

4.1 Allgemeines

Nach jahrelangem Ringen verabschiedete der Bundesrat am 18. Januar die Botschaft zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz und zu deren Finanzierung zuhanden des Parlaments. Darin enthalten ist die von den Appenzeller Kantonen geforderte neue Nationalstrasse Winkeln-Herisau-Appenzell als A25. Es ist vorgesehen, dass die Netzergänzung und die damit verbundene Eigentumsübertragung per 1. Januar 2014 stattfindet. Die Vorarbeiten dafür starteten im Sommer.

Am 26. Oktober fand das Richtfest im Neubau des Werkhofes Heiden statt. Der Bezug erfolgte vor den Weihnachtsferien.

Mit der Inkraftsetzung des kantonalen Geoinformationsgesetzes und der zugehörigen Verordnungen, verfügt der Kanton über zeitgemässe Rechtsgrundlagen für alle Herausforderungen in der Geoinformation. Im Sommer wurde das Agglomerationsprogramm St.Gallen / Arbon-Rorschach, 2. Generation, von den zuständigen Gremien verabschiedet und beim Bund eingereicht. Darin enthalten sind drei namhafte Ausserrhoder Strasseninfrastrukturprojekte: die neue Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Herisau, der Radweg Winkeln-Herisau und die Sanierung der Ortsdurchfahrt Waldstatt.

Weniger erfreulich verlief die Entwicklung beim Projekt «Sanierung Ortsdurchfahrt Hundwil». Bereits im Vorfeld der Planaufgabe regte sich Widerstand gegen die «Verschandelung» des Kirchenumfeldes. Am 7. Februar reichte ein Komitee «Petition Ortsdurchfahrt Hundwil» eine von 650 Personen unterschriebene Petition ein mit dem Kernanliegen, der Regierungsrat möge das Projekt zurückziehen und überarbeiten. Leider distanzierte sich auch der Gemeinderat Hundwil in Teilen vom gemeinsam erarbeiteten Projekt und ist nicht mehr bereit, die für die Behandlung der Einsprachen notwendigen Studien für alternative Gestaltungen des Kirchenumfeldes zu finanzieren. Somit sieht das Tiefbauamt keine Möglichkeit mehr, dem Bund – als zukünftigem Eigentümer der Durchfahrtsstrasse – ein konsensfähiges Projekt zu übergeben.

Zeit und Aufwand forderte die Sanierung der Bahnübergänge der Appenzeller Bahnen AG. Die Planaufgabe des Loses Speicher mit der gleichzeitigen Projektentwicklung der Klinikneubauten in der Vögelinsegg war anspruchsvoll. Ohne Widerstände verlief die Auflage des Loses Urnäsch. Insgesamt ist die Sanierung der Bahnübergänge in Verzug.

Hohe Priorität hatte die Festlegung des Gewässerraumes. Im Herbst wurde die Einführungsverordnung erlassen, und dank guter Vorbereitung der Abteilung Wasserbau konnte der Gewässerraum innerhalb der Bauzonen umgehend festgelegt werden. Ausserhalb der Bauzonen wird wegen Zielkonflikten in der Landwirtschaft die Agrarpolitik 2014 und die angestrebte Konsenslösung der BPUK abgewartet.

Die jährliche Baubehördenexkursion wurde in diesem Jahr vom Tiefbauamt mit Schwerpunkt Wasserbau durchgeführt. Die Themen waren Renaturierung, Wasserbau im

Siedlungsgebiet, Hochwasserschutz und Raumbedarf. Das Tiefbauamt beschäftigte sich stark mit der Einführung der neuen Rechnungslegung HRM2 und der damit verbundenen Umstellung der Kontenpläne und Abschreibungsmodalitäten. Als Amt mit dem absolut grössten Anteil an den kantonalen Investitionen und mit eigener Kostenrechnung im Strassenunterhalt waren die Änderungen und Anpassungen aufwändig.

4.2 Allgemeines im Strassenbau

Die Jahresziele konnten erreicht werden. Wegen des Netzbeschlusses Nationalstrassen, der nun mit dem Stichtag 1. Januar 2014 konkret wird, wurden alle Projekte auf der zukünftigen Nationalstrasse forciert, um dem Bund möglichst fortgeschrittene Planungen zu übergeben, so dass in den ersten Jahren unter neuer Zuständigkeit Bauinvestitionen im Kanton ausgelöst werden.

Im Herbst startete die Umfrage unter den Gemeinden zum Strassenbauprogramm 2015–2018. Es wurden nur wenige zusätzliche Ausbauwünsche eingegeben.

Ein kleiner Rückschlag war beim Projekt Neugestaltung Landsgemeindeplatz Trogen zu verzeichnen. Gegen das Teilprojekt Speicherstrasse sind fünf Einsprachen eingegangen, die sich gegen die Pflasterung bzw. die daraus resultierenden höheren Lärmimmissionen richten. Es konnte nur der Teil der zweiten Ausbaustufe realisiert werden, der ausserhalb der Pflasterung liegt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Ebenfalls formiert sich lokaler Widerstand gegen die beiden Projekte auf der Kantonsstrasse von Wolfhalden nach Thal, der Haslistrasse. Die Lesegesellschaft Hasli und einige Anwohner wehren sich gegen das Ausbauprojekt. Die Gemeinde Wolfhalden, welche anfänglich den Ausbau noch befürwortet hat, will jetzt nur noch Werterhaltung oder einen Ausbau mit reduzierter Ausbaubreite. Das Angebot der Kantonalen Tiefbaukommission, die Strasse an die Gemeinde abzutreten, lehnte der Gemeinderat Wolfhalden ab. Die Diskussion wird fortgesetzt.

Vorderland

Der Abschnitt Gruenholz–Ortseingang Wald, konnte fertiggestellt werden, der Abschnitt Oberstall–Gruenholz wurde in Angriff genommen. In der Gemeinde Reute konnte die erste Etappe des Ausbaus Steingocht–Knollhusen erstellt werden. Anspruchsvolle Felsabbauarbeiten und Ortsbetonmauern auf Spezialfundationen haben die erste Ausbaustufe geprägt.

Mittelland

Problemlos verlief der Bau der ersten Etappe des Abschnitts Egg–untere Rüti zwischen Bühler und Trogen. Die zweite Etappe folgt in der Bausaison 2013.

Die zweite Instandsetzungsetappe der Gmündertobelbrücke verlief ohne Schwierigkeiten. Wiederum gab es einige Führungen vor interessiertem Publikum.

Hinterland

Das Aushubmaterial der Baustellen Sommertal – Glatt und Glattberg – Säntisblick wurde mehrheitlich in der Schüttung beim Hirschen, Schwellbrunn, eingestellt. Nach der Fertigstellung der Schüttung konnte die erste Etappe des Strassenausbaus in der vergangenen Bausaison realisiert werden.

5. Amt für Umwelt

5.1 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Die kantonale Grundwasserkarte wurde erarbeitet. Sie enthält die meist genutzten Lockergesteinsgrundwasserleiter und dient als eine der Grundlagen für die neue Erdwärmesondenkarte. Diese im GIS zur Verfügung stehende Karte ermöglicht es Planenden und Bauherrschaften, die Zulässigkeit von Bohrungen zu ermitteln.

Im Rahmen der Fliessgewässerüberwachung konnten u.a. an der Sitter die fischereibiologische Untersuchung fertiggestellt sowie erste Dotierversuche als Grundlage für



Sanierung der Wasserentnahmen durchgeführt werden. Der im Frühjahr veröffentlichte Bericht der Glattkommission zur Untersuchungsperiode 2009–2011 zeigte, dass das Gewässer die Qualitätsziele der eidg. Gewässerschutzgesetzgebung nicht einhält. Als wichtige Massnahme wurde von der Gemeinde Herisau das Baugesuch für eine zusätzliche Verfahrensstufe mit Pulveraktivkohle auf der ARA Bachwis eingereicht.

Im Fachbereich Gewässerschutz Industrie/Gewerbe wurde die Gewässerschutzkonformität der öffentlichen/grossen Tankstellen im Kanton kontrolliert. In Käsereien konnten diverse Abnahmen von Neutralisationsanlagen u.ä. durchgeführt werden. Am Rotbach wurde die von den betreffenden Textilveredlungsbetrieben maximal abzuleitende Polyvinylalkohol-Fracht verfügt und die Einhaltung kontrolliert. Die Limitierung soll stärkeres Schaumaufkommen im Rotbach verhindern. Einwandige, erdverlegte Tankanlagen müssen bis Ende 2014 saniert oder ausser Betrieb gesetzt werden. Das Amt hat die rund 50 Besitzer solcher Tanks im Frühjahr nochmals darauf hingewiesen.

Im Bereich landwirtschaftlicher Gewässerschutz wurde das gemeinsam mit Bauernverband und Landwirtschaftsamt angestossene Projekt für die periodische Kontrolle der Jauchegruben fertig ausgearbeitet. Auf Testbetrieben konnten die beiden für Ausserrhoden ausgebildeten Kontrolleure zeigen, dass das Kontrollkonzept praxistauglich ist. Ende Jahr wurden alle Landwirtschaftsbetriebe und die Öffentlichkeit über den Start der Kontrollen im Frühjahr 2013 orientiert.

Im Bereich Invasive Neophyten lag der Schwerpunkt auf der Erfolgskontrolle. Es wurden systematisch behandelte Flächen auf ein Wiederaufkommen von Neophyten überprüft. Fazit: Die Bekämpfung des Drüsigen Springkrauts verläuft erfolgreich. Nach Abschluss der vom Bundesamt für Gesundheit veranlassten, mehrjährigen Radon-Messkampagne, wurden die in 600 Häusern vorgenommenen Messungen ausgewertet und die Resultate veröffentlicht. Es wurde nur geringe Belastung festgestellt.

Der Kataster der belasteten Standorte (KbS, «Altlastenkataster») wurde per Ende Jahr fertiggestellt. Im kommenden Jahr ist die Aufschaltung im Internet

geplant. Wichtiger Schwerpunkt im Sachbereich Altlasten war zudem die anstehende Sanierung der Schiessanlagen. Mittels Informationsveranstaltung und weiterer Öffentlichkeitsarbeit wurde den Schützenvereinen und Gemeinden das Vorgehen vorgestellt und die Fristen erläutert. Nachdem erste Projekte massiv höhere Kosten prognostizierten, wurden die Gemeinden angewiesen, die Projektierung bis spätestens 2014 umzusetzen, damit anschliessend aufgrund der Kostenschätzungen eine kantonale Sanierungsplanung erfolgen kann. Rechtzeitig abgeschlossen werden konnte die Sanierung der in der Grundwasserschutzzone liegenden Anlage in Schwellbrunn.

Der Einsatz des Pikettdienstes bewegte sich mit 21 gemeldeten Schadenfällen und 15 Einsätzen über dem Vorjahresniveau. Es kam im Falle einer nicht gewässerschutzkonformen Baustellenentwässerung zu einer Beeinträchtigung der kommunalen Kläranlage; Fischsterben wurden keine bekannt.

5.2 Luft

Auf Baustellen gilt neu für alle Baumaschinen mit einer Leistung von mehr als 37kW und Baujahr ab 2000 eine Partikelfilterpflicht. Damit kann der Ausstoss von krebs-erregenden Russpartikeln massiv verringert werden. Bei den Kontrollen stellte das Amt für Umwelt einen guten Erfüllungsgrad fest.

Turnusgemäss wurde 2012 in Heiden die Luftqualität mit einer Messstation von OSTLUFT überwacht. Die Luftbelastung mit Stickstoffdioxid, Feinstaub und Ozon lag im Schwankungsbereich der letzten 10 Jahre. Beim Ozon und Feinstaub wurden die Kurzzeit-Grenzwerte mehrfach überschritten.

Ergänzende Erhebungen zur Flechtenuntersuchung von 2010 bestätigten die schleichende Verschlechterung der Flechtenvegetation in den siedlungsfernen Gebieten, die in der ersten Untersuchung 1991 noch eine gesunde Flechtenvegetation aufwiesen. In einer Publikumsbroschüre hat das Amt für Umwelt die Ergebnisse der Flechtenuntersuchung journalistisch aufgearbeitet. Die Statements aus Industrie und Gewerbe und weiterer be-

troffener Kreise verdeutlichen die Anstrengungen, die für eine gesunde Luft in Appenzell Ausserrhoden unternommen werden.

5.3 Lärm

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt und Energie des Kantons St.Gallen und der Fachvereinigung Wärmepumpen Schweiz (FWS) wurden für die Vollzugsbeauftragten der Gemeinden in den beiden Kantonen vier Kurse «Lärmschutz bei Wärmepumpen» angeboten. Insgesamt haben weit über 100 Gemeindevertretende diese Kurse besucht. Für Planer von Heizanlagen wurden durch die FWS im gleichen Zeitraum Kurse angeboten.

5.4 Energie

Der Kanton fördert seit 1. Januar 2009 Photovoltaikanlagen mit einem Investitionsbeitrag. Da sich die Kosten für solche Anlagen innerhalb kurzer Zeit halbiert haben und sehr viele Beitragsgesuche eingingen, wurde eine Halbierung des Förderbeitrages notwendig. Neben dem bereits 2011 aufgeschalteten Solarkataster im Geoportal wurden mehrere Energiekarten neu zugänglich gemacht.

2012 führte das Amt für Umwelt die Erfolgskontrolle des 2008 erlassenen Energiekonzepts zum dritten Mal durch. Folgende Trends zeichnen sich ab: Die Ziele «Energieverbrauch Wärme (- 10 %)» und «Wärmeproduktion aus neuen erneuerbaren Energien (+ 5 %)» liegen in realistischer Reichweite. Verhalten positiv ist der Trend für das Ziel «Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien (+ 2 %)». Ein gegenläufiger Trend zeichnet sich bei den beiden Zielen «Energieverbrauch Mobilität (- 5 %)» und «Elektrizitätsverbrauch (max. + 5 %)» ab. Beide Ziele sind auf kantonaler Ebene nur schwer beeinflussbar. Ob das Ziel «Energieverbrauch kantonale Bauten (- 10 %)» bis Ende 2015 erreichbar ist, lässt sich aufgrund der bestehenden Datenlage noch nicht prognostizieren.

Zusammen mit Appenzell Innerrhoden wurde eine Windpotenzialstudie durchgeführt und mögliche Standorte für die Erstellung von Grosswindanlagen grob beurteilt. Die Hochalp, der Hochhamm und der Suruggen sind

vielversprechende Gebiete in Appenzell Ausserrhoden. In diesen könnte theoretisch Strom für gut 8'000 Haushalte produziert werden, was rund 12 % des gesamten kantonalen Stromverbrauchs ausmacht. Zur Abklärung der effektiven Windverhältnisse auf der Hochalp wurde die Durchführung einer Jahresmessung in Auftrag gegeben.



Departement Volks- und Landwirtschaft

Direktorin: Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl

Im Jahr 2012 prägten – nebst wirtschaftspolitischen Fragen – vor allem Themen der verkehrspolitischen Entwicklung und Ausrichtung des Kantons die Arbeit des Departements.

Nach jahrelanger und guter Zusammenarbeit verhalfen die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und St.Gallen dem Projekt Durchmesserlinie Appenzell-St.Gallen-Trogen (DML) zum Durchbruch. Dank der Aufnahme der DML ins Agglomerationsprogramm St.Gallen/Arbon-Rorschach wird das Vorhaben massgeblich durch den Bund mitfinanziert.

Mit seinem deutlichen Ja zum DML-Kredit von Fr. 23,492 Mio. hat der Kantonsrat im November klar zum Ausdruck gebracht, dass ein gut ausgebautes Verkehrssystem zu den wichtigen Erfolgsfaktoren für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort Appenzell Ausserrhoden gehört. Die DML ermöglicht ab 2017 auf der Strecke Appenzell-St.Gallen deutliche Angebotsverbesserungen und einen wirtschaftlicheren Bahnbetrieb.

Dem Kreditbeschluss gingen mehrjährige, intensive Planungs- und Projektierungsarbeiten voraus. Obwohl bis zur Inbetriebnahme der DML noch zahlreiche weitere Hürden zu nehmen sind, konnte mit der Genehmigung des Kredits ein wichtiger Meilenstein erreicht werden. Ausstehend ist noch die Zustimmung der Innerrhoder Landsgemeinde im kommenden April. Weil die Stimmberechtigten in Appenzell Ausserrhoden bei Bahnprojekten keine Mitsprache haben, wird es Aufgabe des Kantons sein, der Bevölkerung den Nutzen der DML weiterhin aktiv darzulegen. Im derzeit schwierigen finanzpolitischen Umfeld wird die nachhaltige Sicherstellung eines attraktiven Fahrplanangebots eine der entscheidenden Herausforderung darstellen.

Trotz attraktiven Rahmenbedingungen gingen im Berichtsjahr Unternehmensansiedlungen spürbar zurück. Dies zeigt, dass für Neuansiedlungen nebst attraktiven Steuern auch Faktoren wie die sofortige Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbebauland, hochwertige Büroflächen oder zeitgemässer Wohnraum wichtig sind. Im Sinne des Regierungsprogramms 2012 bis 2015 müssen im Bereich der Arealentwicklung und der aktiven Bodenpolitik verstärkt Anstrengungen unternommen werden.

Im vergangenen Jahr wurde die Agrarpolitik 2014 bis 2017 durch die Eidgenössischen Räte beraten. Das Kernstück der Revision – weg von den Tierbeiträgen hin zu flächenbezogenen Versorgungssicherheitsbeiträgen – wird sich für die Landwirtschaft in der Bergzone negativ auswirken. Zusammen mit dem Bauernverband hat das Departement deshalb im Frühjahr ein Seminar 'Zukunftsperspektiven der Ausserrhoder Landwirtschaft' durchgeführt. Dabei wurden Chancen und Risiken ermittelt und Ideen für die Zukunft entwickelt. Regierung und Departement werden die Landwirtschaft auch künftig in ihrem Entwicklungsprozess sowie im Rahmen der kantonalen Möglichkeiten unterstützen.

1. Departementssekretariat

1.1 Tourismusförderung

Im September hat der Kantonsrat in 2. Lesung der Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des Tourismus zugestimmt, die durch die «Motion Devos» ausgelöst wurde. Die Vorlage wird zusammen mit der teilrevidierten Tourismusverordnung auf den 1. Januar 2013 in Kraft ge-

setzt. Neu werden Gastgewerbebetriebe Förderbeiträge unabhängig davon beantragen können, ob die baulichen Massnahmen mit Fremd- und/oder Eigenkapital finanziert werden. Die Vorlage hat im Kantonsrat teils zu kritischen Stimmen geführt. Verlangt wurde insbesondere eine zeitnahe Totalrevision des Tourismusgesetzes, die eine Auseinandersetzung mit der Ausserrhodischen Tourismuspolitik ermöglicht. Der Regierungsrat beabsichtigt daher, das bereits mehrfach teilrevidierte Tourismusgesetz aus dem

Jahr 1976 bis 2015 einer Totalrevision zu unterziehen. Dabei wird zu prüfen sein, ob die Tourismusförderung in das Wirtschaftsförderungsgesetz integriert werden soll.

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat zwei Gastgewerbebetriebe mit kantonalen Förderbeiträgen von insgesamt Fr. 60'000 für bauliche Massnahmen unterstützt. Eine zeitgemässe und moderne Hotelinfrastruktur ist entscheidend für die Tourismusregion Appenzellerland, um dem gegenwärtigen Abwärtstrend im Bereich der Logiernächte nachhaltig entgegenzuwirken.

An die kantonale Tourismusmarketingorganisation Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) wurde im Berichtsjahr – wie im 2011 – ein Förderbeitrag von Fr. 990'000 ausgerichtet. Der kantonale Förderbeitrag bildet zusammen mit den Gemeindebeiträgen (Fr. 240'000), den Beiträgen der touristischen Leistungsträgern sowie den eigenerwirtschafteten Mitteln der ATAG die finanzielle Basis für das Tourismusmarketing in Appenzell Ausserrhoden. Der Kantonsanteil deckt rund die Hälfte der Ausgaben der ATAG. Eine Aussage über die Wirksamkeit des kantonalen Förderbeitrags ist nur bedingt möglich, da Marketingmassnahmen generell schwer messbar sind. Zudem sind die Tourismusmarketingaktivitäten in zentralen Bereichen von externen Faktoren wie Wetter, Wirtschaftslage, Frankenstärke sowie der ungenügenden Hotelinfrastruktur abhängig. Gerade in den für die Ausserrhoder Tourismusbranche schwierigen Zeiten, sind die touristischen Leistungsträger auf die Unterstützung der kantonalen Tourismusorganisation angewiesen, wofür Fördermittel von Kanton und Gemeinden unabdingbar sind.

Im Dezember hat der Regierungsrat die Leistungsvereinbarung mit der ATAG um ein weiteres Jahr verlängert. Die ATAG soll gemäss Leistungsauftrag einen verstärkten Fokus auf eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit legen; mit dem Ziel, das Tourismusbewusstsein in der einheimischen Bevölkerung und in den nichttouristischen Wirtschaftszweigen zu fördern.

1.2 Öffentlicher Verkehr

Das Departementssekretariat war im Berichtsjahr stark beschäftigt mit verschiedenen Bahninfrastrukturprojekten von regionaler und nationaler Bedeutung sowie weiteren ÖV-Vorlagen:

Am 26. November hat der Kantonsrat in 1. Lesung den Kredit von 23,492 Mio. Franken für die DML mit 57:4 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt. Die DML der Appenzeller Bahnen ermöglicht ab Ende 2016 auf der Strecke Appenzell-St.Gallen deutliche Verbesserungen im Angebot (15-Minuten-Takt von Gais nach St.Gallen / regelmässige Eilzüge von Appenzell nach St.Gallen) und einen wirtschaftlicheren Bahnbetrieb ohne Zahnrad. Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen und der Grosse Rat des Kantons Appenzell Innerrhoden haben ihren Kostenanteilen von Fr. 11,716 Mio. resp. Fr. 7,026 Mio. ebenfalls klar zugestimmt. Mit der Zustimmung der Innerrhoder Landsgemeinde im April 2013 wird der Weg frei für die Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund im Sommer 2013 und der rund zweieinhalbjährigen Bauzeit des 90 Millionen-Franken-Projekts. Die Inbetriebnahme der DML ist auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2016 geplant. Mit dem Kreditentscheid konnte eine langjährige und zeitintensive Planungs- und Projektierungsphase unter Federführung des Departementssekretariats erfolgreich abgeschlossen werden. Der gemeinsame politische Fahrplan der Regierungen der drei beteiligten Kantone wurde eingehalten.

Gemäss gültigem Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs entscheidet in Appenzell Ausserrhoden der Kantonsrat abschliessend über neue Ausgaben bei Bahninfrastrukturprojekten. Aus diesem Grund hat die SVP Ende Mai im Zusammenhang mit der DML-Kreditvorlage die Volksinitiative «Für mehr Mitsprache in der ÖV-Finanzierung» eingereicht. Die Initiative zielt unter anderem darauf, die Mitsprache der Stimmberechtigten zu erhöhen, indem die Finanzkompetenz des Kantonsrats bei neuen einmaligen Ausgaben auf Fr. 5 Mio. beschränkt wird. Für höhere Beiträge soll künftig die Zustimmung der Stimmberechtigten erforderlich sein. Die Initiative ist zu spät eingereicht worden, um den Beschluss des Kantonsrats über die DML zeitlich hinauszuschieben. Die Initiative wird 2013 im Kantonsrat behandelt werden.



Das Departement hat im Berichtsjahr das ÖV-Angebot im Appenzeller Vorderland gesamthaft überprüfen lassen. Ziel ist die Sicherstellung guter Anschlüsse der Postautolinien an das Bahnnetz im Hinblick auf die Einführung der S-Bahn St.Gallen und die Ermittlung von Effizienzsteigerungspotenzial. Im Sommer ist zum entsprechenden Bericht ein Vernehmlassungsverfahren bei den betroffenen Gemeinden, Kantonen und Transportunternehmen durchgeführt worden. Der Abschluss des Projekts hat sich verzögert und wird – entgegen der Zielsetzung – erst im ersten Quartal 2013 beendet sein.

In der Wintersession hat der Ständerat als Erstrat die Bahninfrastruktur-Vorlage 'Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur' (FABI) behandelt. Der Ständerat sprach sich dafür aus, statt Fr. 3,5 Mia. neu Fr. 6,4 Mia. in einen ersten Ausbau des Schienennetzes bis 2025 zu investieren. Damit unterstützt der Ständerat den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates im Grundsatz und lehnt die Volksinitiative des VCS «Für den öffentlichen Verkehr» ab. Beide Ansätze zielen darauf ab, die Kapazitätsengpässe im Bahnverkehr langfristig zu lösen. Im ersten Ausbauschnitt enthalten sind auch Projektierungen von weiteren wichtigen und dringlichen Projekten für den zweiten Ausbauschnitt bis 2030; so etwa für den zentralen Brüttener Tunnel, der für einen schnelleren Anschluss der Ostschweiz an die Metropolitanregion Zürich steht. Die Ostschweizer Vertreter in der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs haben sich stark dafür engagiert, dass dieses Projekt verbindlich in die FABI-Vorlage aufgenommen worden ist. Auch die Kantone beteiligen sich an den Kosten des Bahnausbaus. Sie sollen neu für die Publikumsanlagen zuständig sein. Dafür wird für den Privatbahn-Kanton Appenzell Ausserrhoden ab 2018 die Mitfinanzierung der Bahninfrastruktur der Privatbahnen AB und SOB entfallen. Die Finanzierung der Privatbahnen wird damit derjenigen der SBB gleichgestellt. Auch die ÖV-Benutzerinnen und -Benutzer sollen sich über erhöhte Billettpreise an den Kosten des Bahnausbaus beteiligen. Der Nationalrat wird in der Sommersession 2013 über die Vorlage beraten.

2. Amt für Wirtschaft

2.1 Wirtschaftsförderung

Bestandespflege

Austausch und direkter Kontakt mit Unternehmerinnen und Unternehmern sind sehr wichtig. So besuchten Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl und die Leiterin Amt für Wirtschaft im Berichtsjahr rund 20 Firmen. Zur Netzwerkpflge organisierte die Wirtschaftsförderung verschiedene Veranstaltungen wie z.B. «Beste Köpfe» (David Bosshart, CEO Gottlieb Duttweiler Institute / Michael Näf, Doodle AG).

Standortpromotion / Ansiedlung

Zur verbesserten Wahrnehmung der Ostschweiz in der internationalen Standortpromotion haben die Kantone St.Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden die Zusammenarbeit in der St.GallenBodenseeArea (SGBA) verstärkt. Mit einer Bevölkerung von rund 800'000 Menschen und 30'000 Firmen bilden die vier Kantone die drittgrösste Schweizer Region (nach GreaterZurichArea und GreaterGenevaBerneArea). Durch die verstärkte Zusammenarbeit konnte ein mehrsprachiges Akquisitionsportal (www.sgba.ch) aufgeschaltet werden. Die Präsenz an Osec-Anlässen wurde koordiniert sowie der Aufbau eines Partnernetzwerkes lanciert.

Die schwierige wirtschaftliche Lage im vergangenen Jahr machte sich bei den Ansiedlungen bemerkbar. Das Interesse an Appenzell Ausserrhoden mit der vorteilhaften Unternehmensbesteuerung und der interessanten Lage im Dreiländereck war nach wie vor gut. Aufgrund der politischen Lage ist die Situation im Hauptzielmarkt Deutschland aber angespannt. Ansiedlungen aus diesem Markt sind merklich zurückgegangen und Promotionsaktivitäten mussten äusserst vorsichtig geplant werden. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Anzahl Unternehmen und Privatpersonen, die durch die Wirtschaftsförderung beraten und begleitet wurden, leicht ab.

Für eine Ansiedlung sind neben tiefen Steuern auch andere Kriterien ausschlaggebend (Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbebauland, zeitgemässer Wohnraum,

hochwertige Büroflächen, Verkehrsinfrastruktur, schnelle Internetverbindung, Betreuungsmöglichkeiten für Kinder etc.). Deshalb besteht in diesen Bereichen auch in Zukunft erhöhter Handlungsbedarf.

Die mit der Volksabstimmung abgeschaffte Aufwandbesteuerung führte einerseits zu Wegzügen aus dem Kanton und bedeutet andererseits ein Wettbewerbsnachteil für Appenzell Ausserrhoden bei der Ansiedlung von finanziell interessanten Privatpersonen.

Standortmarketing / Wohnortmarketing

Der Gemeinschaftsstand «Wohnen in Appenzell Ausserrhoden», an dem sich 19 Ausserrhoder Gemeinden beteiligten, wurde an der Immo-Messe Schweiz in St.Gallen im März zum letzten Mal präsentiert. Die Wirtschaftsförderung hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den Auftritt im Wohnortmarketing überarbeitet und wird ab März 2013 mit einem neuen Stand auftreten.

Neue Regionalpolitik (NRP)

Nach Ablauf der ersten Umsetzungsperiode der Neuen Regionalpolitik hat Appenzell Ausserrhoden eine neue Programmvereinbarung für 2012 bis 2015 mit dem Bund abgeschlossen. Für innovative regionale Projekte und Infrastrukturvorhaben stehen für die kommenden vier Jahre leicht höhere Bundesmittel zur Verfügung als in der Periode 2008 bis 2011 (Fr. 1,5 Mio. à-fonds-perdu-Beiträge und Fr. 4,0 Mio. Darlehen). Im 2012 konnten einige interessante Projekte bearbeitet und begleitet werden (Textilland, E-Fitness, Energieholzpotential AR + AI, Asia Connect Center etc.).

Die Teilrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes wurde abgeschlossen (Inkraftsetzung 1. Januar 2013). Damit wird die Beteiligung von Appenzell Ausserrhoden an der NRP auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt.

2.2 Arbeitsinspektorat

2012 hat das Arbeitsinspektorat beider Appenzell 70 Betriebe besucht (AR: 55 / AI: 15), 205 Plangenehmigungen bzw. Planbegutachtungen bearbeitet (+26 % gegenüber

Vorjahr) und 33 Geschäfte im Rahmen des Vollzugs des Arbeits- und Unfallversicherungsgesetzes erledigt. Zudem wurden 257 Beratungsgespräche geführt.

Im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze von ausländischen Unternehmen (flankierende Massnahmen) gingen für beide Kantone 1'835 Meldungen ein (Vorjahr 1'488), was einer Zunahme um 23 % entspricht, resp. +110 % gegenüber 2009. Bei 119 Kontrollen wurden 352 Personen kontrolliert. Im Berichtsjahr wurden 32 Verfahren neu eröffnet und 134 Fälle, davon 27 Verfahren, abgeschlossen. 29 Verfahren sind beim Arbeitsinspektorat hängig. Für die Bekämpfung von Lohndumping in den Branchen ohne allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag fehlen griffige Vollzugsinstrumente.

Betreffend Schwarzarbeit sind im Berichtsjahr 23 Fälle hinzugekommen (AR: 19 / AI: 4). 2012 wurden 53 Schwarzarbeitskontrollen (AR: 46 / AI: 7) durchgeführt, dabei wurden 230 Personen überprüft. In 19 Fällen geht das Arbeitsinspektorat von Schwarzarbeit aus. 16 Fälle konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. In 24 Fällen muss auf eine Rückmeldung (Gerichtsentscheid, Information eines anderen Kantons etc.) gewartet werden. 61 Fälle sind per Ende Berichtsjahr pendent (AR: 59 / AI: 2).

2.3 Handelsregisteramt

Die Zahl der eingetragenen Objekte stieg 2012 um 5 % von 4'431 auf 4'652 Rechtssubjekte, was über dem Schweizer Schnitt von knapp 2 % liegt. Der Zunahme um 518 Rechteinheiten stehen 297 Löschungen gegenüber (vgl. Statistischer Anhang).

Die Neueintragungen sanken gegenüber dem Vorjahr um rund 4 %. In Relation zu den eingetragenen Rechtssubjekten liegt die Neueintragungsrate von Appenzell Ausserrhoden mit 8,6 % etwas über dem Schweizer Schnitt von 7,2 %. Da die Sitzverlegungen aus einem anderen Kanton stark zu- und die Wegzüge etwas abnahmen, lag die Nettoveränderung trotz mehr Löschungen mit einem Wachstum von 221 Rechtssubjekten etwas über dem Vorjahreswert (208). Verzeichnete Appenzell Ausserrhoden 2011 noch 38 Firmenkonkurse, nahm diese Zahl im Berichtsjahr um rund 60 % auf 15 ab. Auch die infolge Organisa-



tionsmängeln verfügten konkursamtlichen Liquidationen sanken von 30 um gut 40 % auf 17. Schweizweit sank die Zahl der Firmenkonkurse um rund 4 %; die verfügten konkursamtlichen Liquidationen nahmen um 18 % zu.

3. Landwirtschaftsamt

Agrarpolitik

Die eidgenössischen Räte haben im Rahmen der Agrarpolitik (AP) 2014 bis 2017 die Revision des Bundesgesetzes über Landwirtschaft beraten. Im Zentrum der Reform steht eine Neugliederung der Direktzahlungen, die gezielter auf die multifunktionalen Leistungen gemäss Art. 104 der Bundesverfassung abgestimmt werden sollen. Als neuer Beitragstyp sind Landschaftsqualitätsbeiträge vorgesehen. Mit dieser Massnahme sollen die vielfältigen Kulturlandschaften der Schweiz erhalten bleiben. Der Nationalrat hat sich für eine kantonale Kofinanzierung ausgesprochen. Der Ständerat will, dass der Bund die Finanzierung zu 100 % übernimmt. Die entstandenen Differenzen zwischen den beiden Räten werden in der Frühjahrssession 2013 behandelt.

3.1 Weiterbildung und Beratung

Im Berichtsjahr besuchten 883 Teilnehmende (TN) Kurse aus dem Weiterbildungsprogramm für Appenzeller Bäuerinnen und Bauern. Zusätzlich haben folgende Informationsanlässe stattgefunden:

- Informationsveranstaltungen für Bauern (188 TN)
- Beratungsabende für Bäuerinnen (79 TN)
- Älplerzusammenkunft (95 TN)

Einzelberatungen erfolgten zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen und von Betriebsvoranschlägen, bei Hofübergaben, zu Neuorientierungen (Strategieberatungen), zur überbetrieblichen Zusammenarbeit oder im Zusammenhang mit Naturschutzfragen. Die Nachfrage nach einzelbetrieblicher Beratung im Bereich Biodiversität blieb auf gleichem Niveau wie im Vorjahr; dies, weil verschiedene Labels einen Biodiversitätsnachweis erfordern.

3.2 Direktzahlungen, ÖQV- und Sömmerungsbeiträge und Ressourcenprogramm (Ammoniakverluste)

Im 2012 haben 658 Betriebe, davon 106 Biobetriebe (16,11 %), den ökologischen Leistungsnachweis erfüllt. Im Berichtsjahr hat das Amt Fr. 34'424'745 Direktzahlungen ausbezahlt. Infolge Nichteinhaltung von Auflagen gab es Kürzungen im Betrag von Fr. 98'310 (31 Landwirte).

Aufgrund der Bestimmungen der Ökoqualitätsverordnung erhielten 337 Betriebe (Vorjahr 305) Fr. 702'120 Beiträge. Die Ökoqualität umfasste 320 Hektaren und 3'025 Hochstammfeldobstbäume, die Vernetzung 312 Hektaren und 2'076 Hochstammfeldobstbäume.

113 Sömmerungsbetriebe erhielten insgesamt Fr. 897'735 Sömmerungsbeiträge. 4'431 Stück Vieh (Vorjahr 4'466) wurden gealpt, davon waren 1'421 Milch- und 98 andere Kühe (Vorjahr 1'370 bzw. 81). Der gesamte Rindviehbestand umfasste 3'946 Stück (Vorjahr 3'913).

234 Betriebe (Vorjahr 216) erhielten Fr. 535'643 Beiträge für die Verminderung von Ammoniakverlusten (Ressourcenprogramm). Es wurde eine Fläche von 7'924.19 ha mit Schleppschlauch begüllt.

3.3 Investitionshilfen

Kanton und Bund zahlten im Berichtsjahr Fr. 2,43 Mio. à-fonds-perdu-Beiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft. 58 % der Beiträge wurden für landwirtschaftliche Ökonomiegebäude verwendet. Für Tiefbauprojekte (v.a. Erneuerung oder Sanierung von Hofzufahrten) wurden 11 % der Mittel verwendet. Weiter wurden Beiträge an gewerbliche Milchverarbeitungsbetriebe sowie an die Verbesserung von Wasserversorgungen geleistet.

Die Landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte Darlehen im Umfang von Fr. 5'951'000. Gefragt waren neben Krediten für Wohnbauten und Ökonomiegebäuden auch Kredite für Anlagen zur Energieproduktion (Photovoltaik, Wärmeverbund mit Schnitzelheizungen).

3.4 Boden- und Pachtrecht

Die Bodenrechtskommission behandelte an zehn Sitzungen 124 Gesuche (Vorjahr 161), 62 Zerstückelungen, neun Realteilungen, 39 Erwerbsgesuche und 14 Feststellungsverfügungen. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen muss die Bodenrechtskommission die Verfahren jeweils mit dem kantonalen Planungsamt koordinieren und die Grundstücksgrösse bei den Abparzellierungen anpassen.

Die Pachtkommission hat 13 Gesuche behandelt und zehn Pachtzinsschätzungen vor Ort vorgenommen.

3.5 Pflanzenschutz

Feuerbrand

Während der Feuerbrandinfektionsgefahr war die Blütezeit der Apfel- und Birnenbäume im Appenzellerland erst im Anfangsstadium. Die wenigen Feuerbrandinfektionen führten zu fünf Rodungen von Birnbäumen und zu Rückschnitten in sechs Fällen.

Invasive Neophyten

Die Springkraut-, Japanknöterich-, Riesenbärenklau- und Goldrutenbestände wurden wie in den Vorjahren bekämpft. Die Zahl der Mitarbeitenden im Feld wurde auf 18 Personen (Gruppenleiter und Hilfskräfte) reduziert.

4. Veterinäramt

4.1 Schweinekrankheit 'Porcines reproduktives und respiratorisches Syndrom' (PRRS)

Ende November war das Veterinäramt beider Appenzell mit PRRS konfrontiert. Es musste davon ausgehen, dass virushaltiger Schweinesamen in die Schweiz importiert wurde und in Schweinebeständen des Kantons zum Einsatz kam. Das Amt hat in Koordination mit dem Bundesamt für Veterinärwesen und anderen betroffenen Kantonen sämtliche verdächtigten Betriebe gesperrt und untersucht. In Appenzell Ausserrhoden waren fünf

Betriebe betroffen. Das Virus konnte in keinem dieser Bestände nachgewiesen werden. Aufgrund eines PRRS-Seuchenfalls in Appenzell Innerrhoden stand die Tierseuchengruppe St. Gallen-Appenzell-Liechtenstein (TSG) erstmals im Ernstfall-Einsatz. Ihre Aufgabe war es, den Hof zu reinigen und zu desinfizieren. Die TSG war für den ausserordentlichen Auftrag gut ausgerüstet und vorbereitet. Sie hat sich bewährt.

4.2 Ausrottung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD)

Im Berichtsjahr führte der Bund das BVD-Überwachungsprogramm ein. Während eines Jahres wurden die Bestände parallel zur Kälberbeprobung mittels Blut- oder Tankmilchproben auf BVD-Abwehrstoffe untersucht. Im Februar haben das BVET und die Veterinärämter entschieden, die flächendeckende Untersuchung der Kälber mittels Gewebeohrmarken per 31. Dezember einzustellen. 2012 ist der Anteil BVD-positiver Kälbergeburten im Verhältnis zu den Geburten schweizweit von 0,05 % (Januar) auf 0,03 % (Dezember) gesunken. In Appenzell Ausserrhoden wurden 20 BVD-positive Kälber entdeckt und ausgemerzt. Ende Jahr waren sechs Betriebe von tierseuchenpolizeilichen Sperrmassnahmen (Verbringungssperre) betroffen.

4.3 Veterinärkontrolle Primärproduktion

2012 hat der Bund die geänderte Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben in Kraft gesetzt. Diese verlangt von den Veterinärämtern der Kantone, dass sie die Primärproduktion («blaue Kontrolle») neu alle vier Jahre durchführen (bisher alle 12 Jahre). Zudem werden von den Kontrolleuren neue Ausbildungsnachweise verlangt. Die Übergangsfrist beträgt zwei Jahre. Aufgrund der Verordnungsänderung muss das Veterinäramt seine Ressourcen überprüfen und gegebenenfalls aufstocken. Auch dieses Jahr konnte – wegen personellen Wechsels – die vom Bund vorgegebene Anzahl zu kontrollierender Betriebe nicht erreicht werden.



4.4 Personelle Wechsel im Landwirtschaftlichen Inspektionsdienst Appenzell (LIA)

Nach 12-jähriger Tätigkeit hat Leiter Robert Gantenbein das LIA verlassen. Er hat eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft angenommen. Als Nachfolger hat das Veterinäramt Franz Studerus, Meisterlandwirt und langjähriger Kontrolleur im Kanton Thurgau, bestimmt.

5. Oberforstamt

5.1 Kantonaler Waldplan

Das Jahresziel des Oberforstamtes bildete der Abschluss der kantonalen Waldplanung. Das Ausserrhoder Waldgesetz schreibt die Erarbeitung eines Waldplans vor. Dieser bildet für den Forstdienst eine wichtige Grundlage bei der Beratung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer, für die Pflege und Bewirtschaftung des Waldes, die Sicherung der öffentlichen Interessen am Wald und die Gewährleistung einer transparenten forstrechtlichen Bewilligungspraxis. Der Waldplan dient ausserdem der Kontrolle der Nachhaltigkeit. Das Oberforstamt hat den Plan unter einer breit abgestützten Mitwirkung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer sowie der interessierten Amtstellen und Verbände erarbeitet. Vom 17. September bis zum 17. Oktober wurde er öffentlich bekannt gemacht. Die Bevölkerung war eingeladen, zu den Entwürfen Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat hat den kantonalen Waldplan am 18. Dezember genehmigt. Er ist damit als Planungsinstrument behördenverbindlich. Die Umsetzung der Waldplanung wird mehrheitlich unter Federführung des Forstdienstes erfolgen. Die Unterlagen sind unter www.ar.ch/ofa einsichtbar.

5.2 Holznutzung und Holzmarkt

In der Holzerntesaison 2011/2012 wurden etwa 42'000 m³ Holz (Vorjahr 47'000 m³) zum Aushieb angezeichnet. Damit war die zur Nutzung vorgesehene Holzmenge gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Sie bildet die Entwicklung auf dem Holzmarkt ab, welche momentan

stagniert. Im Privatwald wurde in der vergangenen Holzerntesaison sehr zurückhaltend abgeholzt.

5.3 Walderhaltung / Naturgefahren

Das Oberforstamt bewilligte im vergangenen Jahr vier (Vorjahr 8) Rodungen mit einer Rodungsfläche von 26,8 Aren (Vorjahr 118). Das Oberforstamt hat zu 120 (Vorjahr 107) Baugesuchen am oder im Wald sowie zu 120 (Vorjahr 126) Baugesuchen im Naturgefahrenbereich Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und Zonenplanung wurden 35 (Vorjahr 13) Mitberichte zu Händen des Planungsamtes verfasst. Die grossen Schäden des Unwetters vom 10. Juli 2010 konnten unter der Federführung der Assekuranz AR weitgehend behoben werden. In 34 Schadenfällen hat das Amt öffentliche Beiträge aus der NFA-Programmvereinbarung «Schutzbauten WaG» für Sofortmassnahmen zur Schadensminderung und für Massnahmen zur Sanierung von Schutzbauten zur Sicherung von Menschen und hohen Sachwerten bewilligt. Noch nicht abgeschlossen sind zwei Schadenfälle. Die definitive Schlussabrechnung kann voraussichtlich im Laufe des kommenden Frühjahres erfolgen. Die Windwurfschäden bewegten sich im Rahmen des Üblichen, und die Borkenkäferschäden blieben weiterhin auf sehr tiefem Niveau stabil.

5.4 Programmvereinbarungen und Projekte

2012 war das erste Jahr der zweiten NFA-Programmperiode, die bis 2015 dauert. Das Amt hat die Schlussberichte zur ersten Programmperiode 2008 bis 2011 zu Händen des Bundesamtes für Umwelt eingereicht. Die Programmziele konnten mit zwei Ausnahmen erreicht werden. Der Forstdienst hat die Ziele der Programmvereinbarung Waldwirtschaft betreffend Jungwaldpflege ausserhalb des Schutzwaldes sowie Holzlogistik nicht ganz erfüllt. Hier waren im Berichtsjahr Nachbesserungen notwendig. Das Projekt Waldstandortkartierung wurde nach einer dreijährigen Laufzeit programmgemäss abgeschlossen. Damit stehen für das gesamte Kantonsgebiet detaillierte Karten der Waldstandorte zur Verfügung, die auch im Internet abrufbar sind (www.geoportal.ch).

6. RAV / Arbeitsvermittlung / Arbeitslosenversicherung

Die Euro-Krise und ihre Auswirkungen sorgten im Berichtsjahr für Verunsicherung auf dem Arbeitsmarkt. Die im Frühjahr erwartete Zunahme der Arbeitslosigkeit blieb vorerst aus. Erst im letzten Quartal verschlechterte sich die Lage rasant; 179 Personen mussten sich neu bei der Arbeitslosenversicherung einschreiben. Bezogen auf die Zahl der Stellensuchenden Ende September 2012 entspricht dies einer Zunahme von 23 %. Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-jährige) verlief etwa analog. Sie gab insofern keinen Anlass zur besonderen Besorgnis, als die monatliche Arbeitslosenquote in dieser Altersklasse häufig unter der Gesamtquote blieb. Einzig in den Sommermonaten mit vielen Schul- und Ausbildungsabschlüssen lag die Jugendarbeitslosenquote höher.

Von Massentlassungen blieb das RAV im Berichtsjahr verschont. Die erwähnten Zunahmen der Arbeitslosigkeit lässt sich keinem bestimmten Ereignis zuordnen. Hinsichtlich der Branchen oder des Qualifikationsniveaus waren – im Gegensatz zu früheren Situationen mit stark steigender Arbeitslosigkeit – ebenfalls keine Tendenzen erkennbar.

Die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt war teilweise dafür verantwortlich, dass dem RAV gegenüber dem Vorjahr 40 % weniger offene Stellen gemeldet wurden. Als Folge dessen konnte das Amt in ähnlichem Ausmass weniger Vermittlungen erfolgreich abschliessen (vgl. Statistischer Anhang). Neue Umsetzungs- und Kontrollauflagen seitens des Bundes führten zu einer massiven administrativen Mehrbelastung. Das Kerngeschäft wird damit immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Die Zusammenarbeit mit dem Bund hat sich erschwert; denn im Rahmen seiner grossangelegten Prozess-, Qualitäts- und Controllingsysteme gesteht er den Kleinkantonen immer weniger Spielraum für verhältnismässige Vollzugslösungen zu.

Im Berichtsjahr wurde deutlich, dass die gewachsenen Strukturen im RAV den zunehmenden Anforderungen seitens des Arbeitsmarktes und des Bundes nur noch

bedingt gerecht werden können. Als erste Gegenmassnahme wurde die Aufgabenverteilung innerhalb des Teams überarbeitet und neue Funktionen definiert. Alle Änderungen konnten ohne Personalaufstockung durchgeführt werden.

In verschiedenen Fachbereichen (Finanzen, Fallführung, Arbeitsmarktliche Massnahmen und Interinstitutionelle Zusammenarbeit) wurde die Arbeit des RAV durch das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO überprüft. Es attestierte dem RAV Appenzell Ausserrhoden eine gute Vollzugsarbeit.

Die Kurzarbeit hat im Berichtsjahr mit durchschnittlich 185 Bezüglern pro Monat um ca. 50 % zugenommen (Vorjahr 118 Bezüglern). Das Winterhalbjahr (Oktober bis März) war mit durchschnittlich 155 Bezüglern (2011) und 255 Bezüglern (2012) gegenüber dem Sommerhalbjahr (April bis September) mit durchschnittlich 81 Bezüglern (2011) und 116 Bezüglern (2012) stärker von Kurzarbeit betroffen.



Departement Sicherheit und Justiz

Direktor: Landammann Hans Diem

Im Berichtsjahr wurde das Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom Kantonsrat verabschiedet; ebenso in 1. Lesung das teilrevidierte Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Der mit der Teilrevision verbundenen Verschärfung der möglichen Massnahmen gegen Hooligans wurde klar zugestimmt. Diese Häufung von Genehmigungen (rechtsetzender) interkantonalen Vereinbarungen zeigt, dass in den bei den Kantonen verbleibenden Bereichen wie dem Polizeirecht immer mehr überkantonale, meist gesamtschweizerische Regelungen erarbeitet werden müssen. Dies, um einerseits die überregionalen Probleme gemeinsam zu lösen und andererseits dem Bund keine Argumente für eine Zentralisierung zu liefern.

Die von der staatswirtschaftlichen Kommission (StwK) aufgeworfene Frage zur Aufsicht über die Staatsanwaltschaft konnte unter Begleitung eines externen Gutachters erst im 4. Quartal 2012 angegangen werden. Die Ergebnisse werden der StwK im ersten Quartal 2013 präsentiert. Bei den Gefängnissen Gmünden empfahl die StwK in ihrem Bericht 2011 eine grundsätzliche Überprüfung der Situation. Diese ist mit dem Projekt «Perspektive Gmünden» im Berichtsjahr initiiert worden. Mit ersten Ergebnissen wird im Laufe des Jahres 2013 gerechnet.

Landammann Hans Diem fiel wegen gesundheitlicher Probleme während längerer Zeit aus. Ebenso waren zwei Amtsleiter während einiger Zeit aus gesundheitlichen Gründen nicht einsatzfähig. Dies führte teilweise zu erheblichen Mehrbelastungen der anderen Mitarbeitenden bzw. der Stellvertretenden. Schliesslich fand für einen Grossteil des Departements der Umzug von Trogen nach Herisau statt. Damit konnte sowohl in organisatorischer Hinsicht als auch infrastrukturell eine markante Verbesserung erreicht werden.

1. Departementssekretariat

Im Berichtsjahr gingen 32 Rekurse und Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr 19), wovon 24 erledigt werden konnten. Die Zahl schwankt aus nicht immer nachvollziehbaren Gründen von Jahr zu Jahr stark. Die Zahl der zu beantwortenden Vernehmlassungen und Anhörungen seitens des Bundes indes verharrten auf einem hohen Niveau. Ferner befasste sich das Sekretariat neben den eingangs erwähnten Konkordaten mit folgenden Gesetzgebungsarbeiten: Revision Hundegesetz (Federführung neu beim DVL), Sanktionenvollzugsgesetz, Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr, Verordnung über die teilweise Steuerbefreiung emissionsarmer Personenwagen, Gebührentarif der Kantonspolizei, Bussenkatalog zur Bussenerhebung auf der Stelle durch die Kantonspolizei.

2. Strafverfolgung

2012 stand einerseits im Zeichen der Anpassungen, welche seit der Einführung der schweizerischen Strafpro-

zessordnung erforderlich geworden waren. Andererseits war das Jahr aber auch geprägt vom Umzug der Staatsanwaltschaft von Trogen nach Herisau. Damit ist die enge und wichtige Zusammenarbeit mit der Polizei weiterhin gewährleistet, umgekehrt aber diejenige mit den Gerichten erschwert worden. Dies wird sowohl im Bereich der Zwangsmassnahmen als auch bei den Gerichtsverfahren zu einem Mehraufwand führen. In den vergangenen zwei Jahren konnten die Anpassungen, welche durch die neuen strafprozessualen Vorgaben erforderlich waren, fortlaufend vorgenommen werden. Es hat sich dabei bestätigt, was bereits von Anfang an offensichtlich war: die formellen Anforderungen an den Strafprozess haben sowohl im Erwachsenenstrafrecht als auch im Jugendstrafverfahren massiv zugenommen. Die Staatsanwaltschaften der ganzen Schweiz haben allein durch die neuen formalen Vorschriften einen Mehraufwand von 15 bis 20 % zu bewältigen. Darüber hinaus werden immer wieder Forderungen laut, welche einen weiteren Ausbau der Verfahrensrechte der Parteien verlangen. Wenn etwa dem Anliegen entsprochen würde, allen Verfahrensbeteiligten bei einem hängigen Verfahren eine Eingangsbestätigung zukommen zu lassen, wäre dafür – bei rund 4'000 Verfahren und doppelt so vielen Verfahrensbeteiligten

– eine zusätzliche Sekretariatsstelle erforderlich. Die Staatsanwaltschaft ist darum bemüht, bei der Umsetzung der Strafprozessordnung das notwendige Augenmass zu wahren und pragmatisch vorzugehen.

Im Erwachsenenstrafrecht hat die Zahl der neu eingegangenen Verfahren nochmals spürbar zugenommen. Neben einigen umfangreichen Verfahren aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität waren keine besonders spektakulären oder medienträchtigen Verfahren zu registrieren. Die Mehrbelastung konnte bewältigt werden, weil einerseits der Leiter der Jugendanwaltschaft auch als Staatsanwalt eingesetzt werden konnte und andererseits für einige Monate eine Ausbildungsstelle mit einem Praktikanten zur Verfügung stand. Nebst den Wirtschaftsdelikten waren auch viele Delikte aus dem Bereich des Schuld- und Betreibungsrechts zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit den Straftaten rund um das Zentrum für Asylsuchende Landegg ist ein Mitglied der Staatsanwaltschaft als Sonderermittler eingesetzt worden. Jene Delikte sind nach wie vor lästig, störend und verbunden mit politischem Druck. Anlass zu mehr Sorge gab die massive Zunahme der Zahl der Einbruchdiebstähle durch unbekannte Täterschaft. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse liegt der Verdacht nahe, dass es sich bei der Täterschaft um so genannte Kriminaltouristen handelt. Wenn dagegen noch effizienter vorgegangen werden soll, bedarf es einerseits mehr Angestellte bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei; andererseits ist aber auch die vermehrte Aufmerksamkeit und Vorsicht der Bevölkerung erforderlich. Weiterhin hoch ist die Zahl von Strafverfahren mit Beschuldigten, die psychisch auffällig sind. Inzwischen ist diese Problematik seitens des PZA erkannt worden. Mit der Anstellung eines Forensikers sind dort die Voraussetzungen geschaffen worden, um die Betreuung von Straftätern sowohl im Strafuntersuchung als auch im Strafvollzug zu gewährleisten.

Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge gesunken; nicht allerdings die Zahl jener Straftäter, die präventiv betreut werden müssen, schon massnahmebedürftig sind oder eine Massnahme absolvieren. Die Anstellung einer Sozialarbeiterin hat sich in diesem Zusammenhang bestens bewährt. Nun ist eine engmaschige Betreuung auch jener Jugendlichen möglich, die mit gezielten Massnahmen wieder in die Gesellschaft

integriert werden können, ohne dass sie in eine geschlossene Institution eingewiesen werden müssen. Das stimmt zuversichtlich, dass auch der Kanton als Kostenträger der kostspieligen Schutzmassnahmen mittelfristig entlastet wird.

3. Straf- und Massnahmenvollzug

In den letzten Jahren musste ein massiver Anstieg von Verfahren des Vollzugs von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen festgestellt werden. Immer mehr Verurteilte bezahlen Bussen oder Geldstrafen gar nicht oder erst im letzten Moment. Nach einer Verdreifachung in den Vorjahren konsolidierte sich die Fallzahl auf hohem Niveau. So wurden 328 Fälle erledigt. In 28 Fällen musste die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden, was zu Kosten von Fr. 58'000 führte. In den restlichen 300 Fällen ging die Busse oder Geldstrafe noch ein. So hat das Justizsekretariat nach Androhung der entsprechenden Ersatzfreiheitsstrafen insgesamt Fr. 133'431 an Geldstrafen (Fr. 41'415) und Bussen (Fr. 92'016) eingetrieben. Dies vor allem von Personen, bei welchen das Betreibungsverfahren nicht zum Erfolg geführt hatte. Hierfür wurden zahlreiche Ratenzahlungsvereinbarungen und 204 Aufgebote zum Strafantritt erlassen, welche in 77 Fällen polizeilich zugestellt werden mussten und zu 83 Haftbefehlen und 24 schweizweiten Ausschreibungen führten. Für die Jugendanwaltschaft erledigte die Vollzugsbehörde die Durchführung des Vollzuges von Freiheitsentzügen sowie der persönlichen Arbeitsleistungen. Es wurden 110 Arbeitsleistungen (Vorjahr 101) und fünf Freiheitsentzüge (Vorjahr drei) vollzogen.

Im automatisierten Strafregister des Bundesamtes für Justiz in Bern (VOSTRA) wurden im vergangenen Jahr für die Behörden des Kantons total 1'233 Strafregisterauszüge (Vorjahr 1'069) eingeholt und für die hiesigen Gerichtsinstanzen insgesamt 405 Urteile (Vorjahr 322) erfasst. Privatpersonen können nach wie vor bei allen Poststellen einen Strafregisterauszug bestellen und sich per A-Post nach Hause senden lassen.



4. Gefängnisse

Die Auslastung der Strafanstalt Gmünd im offenen Strafvollzug war im Berichtsjahr mit 102 % überdurchschnittlich hoch. Zeitweise lag die Belegung bei 112 %. Die Kapazitätsgrenze wurde kurzfristig um sieben Haftplätze erhöht. Grössere Zimmer wurden in Doppelzellen umgerüstet. Die Belegung in den Gefängnissen war schweizweit sehr hoch. Im kantonalen Gefängnis wurden zeitweise vermehrt Freiheitsstrafen vollzogen. Die geschlossene Spezialvollzugsabteilung, die als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard für Gefangene bestimmt ist, reichte über längere Zeit nicht aus. Immer wieder mussten Gefangene im offenen Vollzug aus Sicherheitsgründen ins kantonale Gefängnis versetzt werden. Die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur haben durch renitente und schwierige Insassen weiter zugenommen. Wie in den vergangenen Jahren mussten Häftlinge, die sich selbst verletzt haben, notfallmässig unter schwierigen Sicherheitsbedingungen verarztet werden. Nicht nur die Zahl der psychisch kranken Insassen, sondern auch die Komplexität der Krankheitsbilder war nach wie vor hoch. Belastend für das Personal war neben der hohen Belegung die zunehmende Respektlosigkeit, teilweise verbunden mit massiven Drohungen und aggressivem Verhalten der Insassen. Freizeitaktivitäten auf dem Anstaltsgelände mussten intensiver überwacht werden. Vorsätzliche und grobfahrlässige Verstösse gegen die Hausordnung haben zugenommen, und die Zahl der Disziplinarverfügungen hat sich weiter erhöht. Die Auftragslage in den Werkstätten war sehr gut, weniger hingegen die Wirtschaftlichkeit. Die Preise mussten unter dem Druck der Kunden reduziert und neu ausgehandelt werden.

5. Geschäftsstelle Bewährungshilfe

Die Fälle mit Bewährungshilfe wurden in bewährter Weise – gestützt auf die Vereinbarung zwischen den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden und gegen entsprechende Verrechnung – durch die Bewährungshilfe des Kantons St. Gallen geführt. Die Fallzahlen bewegten sich im Ausmass der Vorjahre. Die Zusammenarbeit mit der Bewährungshilfe St. Gallen bewährt sich in jeder Beziehung bestens.

6. Verwaltungspolizei

6.1 Gastgewerbe

Das Gesetz über das Gastgewerbe regelt die Voraussetzungen zur Erteilung einer wirtschaftspolizeilichen Bewilligung, nicht jedoch die Beendigung einer gastgewerblichen Tätigkeit. Durch die fehlende Meldepflicht werden oftmals Betriebe, die vorübergehend oder definitiv geschlossen bleiben, der Verwaltungspolizei nicht gemeldet. Eine bei sämtlichen Ausserrhoder Gemeinden durchgeführte Erhebung hat ergeben, dass im Laufe der letzten Jahre 52 Gastgewerbebetriebe für immer geschlossen wurden. Die per Ende Jahr registrierten 411 Gastgewerbebetriebe verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Gemeinden: Urnäsch 25, Herisau 113, Schwellbrunn 17, Hundwil 14, Stein 13, Schönengrund 7, Waldstatt 11, Teufen 31, Bühler 15, Gais 25, Speicher 20, Trogen 14, Rehetobel 18, Wald 7, Grub 6, Heiden 35, Wolfhalden 15, Lutzenberg 3, Walzenhausen 13, Reute 9.

Ein immer grösseres Problem stellen die unerlaubten Spiel- und Sportwetten in einzelnen Gastgewerbebetrieben dar.

6.2 Wirtschaftliche Landesversorgung

Der im Rahmen der Jahresziele 2011 in Herisau durchgeführte Praxistest wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Ergebnisse der einzelnen Kantone haben aber auch aufgezeigt, dass die Vollzugsproblematik nicht unterschätzt werden darf. Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) hat an der Jahreskonferenz 2012 die Heizölbewirtschaftung als grundsätzlich durchführbar beurteilt. Hingegen wurde das Prinzip der Selbstdeklaration mit anschliessender Plausibilisierung in Frage gestellt. Es werden daher sämtliche Kantonalen Zentralstellen für wirtschaftliche Landesversorgung beauftragt, die Datenverfügbarkeit und die technischen Aspekte von Heizölanlagen zu erheben. Das bisherige Konzept über die Lebensmittelrationierung ist sehr komplex und im heutigen Umfeld nicht mehr umsetzbar. Das BWL ist beauftragt worden, ein neues, einfacheres Rationierungssystem auszuarbeiten. Der an der Jahreskonferenz 2012 präsentierte Konzeptentwurf «Nahrungsmittelrationie-

rung (NARA)» wird bis 2014 verfeinert und die notwendigen rechtlichen Grundlagen erstellt. Anschliessend werden die Kadermitglieder der einzelnen Kantone und Gemeinden informiert und ausgebildet.

6.3 Preisbekanntgabeverordnung (PBV)

Unter der Koordination des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) haben die zuständigen kantonalen Stellen unter anderem Kontrollen über die Preisanschrift in einzelnen Branchen durchgeführt. In der deutschsprachigen Schweiz wurde die Preisanschrift in Textilreinigungen überprüft. Die durch die Verwaltungspolizei durchgeführten Kontrollen in Appenzell Ausserrhoden gaben keinen Anlass zu Beanstandungen.

6.4 Alkoholgesetz

Am 25. Januar hat der Bundesrat die Botschaft zur Totalrevision des Alkoholgesetzes verabschiedet. Derzeit beschäftigen sich die Eidgenössischen Räte mit den entsprechenden Gesetzgebungsarbeiten. Sofern das Parlament nicht grosse Abweichungen beschliessen wird ist absehbar, dass die Kantone vom Vollzug des künftigen Bundesrechts in beträchtlichem Ausmass betroffen sein werden.

6.5 Messwesen

Die Eichmeister sind seit rund 25 Jahren zuständig für die Eichung von Immissionsmessgeräten in Garagenbetrieben. Diese «Abgastester» werden eingesetzt für Fahrzeuge, die ohne ein Fahrzeugdiagnosesystem ausgerüstet sind. Die Anzahl der Messungen in den Garagenbetrieben nimmt jährlich ab. Damit wird sich künftig die Anzahl der eingesetzten Messgeräte ebenfalls reduzieren, was sich auch entsprechend auf die Prüfgebühren für Immissionsmessgeräte auswirken wird.

7. Migrationsamt

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in Appenzell Ausserrhoden belief sich Ende Dezember auf 7'634 Personen (Vorjahr 7'542). Davon waren 3'591 Personen (47 %) im Hinterland, 1'976 Personen (25,9 %) im Mittelland und 2'067 Personen (27,1 %) im Vorderland wohnhaft. 2'170 Ausländerinnen und Ausländer oder 28,4 % besaßen eine Aufenthaltsbewilligung und 5'464 Personen oder 71,6 % eine Niederlassungsbewilligung. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus den EU- und EFTA-Staaten umfasste insgesamt 5'334 Personen. Dies entspricht 69,9 % des Gesamtbestandes der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Den grössten Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung machten die deutschen Staatsangehörigen mit 31,1 % aus, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen mit 12,1 % und den serbischen Staatsangehörigen mit 8,5 %. Von den 7'634 Ausländerinnen und Ausländern stammten 7'150 Personen oder 93,6 % aus Europa und lediglich 484 Personen oder 6,4 % aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen aus 93 Staaten zusammen.

Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Beim Bestand der Angehörigen aus den EU-Staaten ist hingegen – wie in den vergangenen Jahren – wiederum ein Anstieg zu verzeichnen (+2 %), währenddem derjenige der Drittstaatsangehörigen praktisch unverändert blieb. Die deutschen Staatsangehörigen machten wie bereits in den Vorjahren den Hauptanteil der zugewanderten Personen aus. Gesamthaft hat der Ausländerbestand um 1,2 % zugenommen. Mit 14,3 % liegt der Ausländeranteil in Appenzell Ausserrhoden weiterhin deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 22,8 %.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 41 Personen (Vorjahr 32 Personen) in ihre Heimatländer oder in Drittstaaten ausgeschafft. Bei vier Personen erfolgte eine polizeilich begleitete Ausschaffung, davon zwei mittels Sonderflug. Insgesamt wurden 38 Ausschaffungshaft (+9), eine Vorbereitungshaft (-1), eine Durchsetzungshaft (+1) sowie eine Eingrenzung (-5) angeordnet. Die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen betrafen hauptsächlich

lich Personen aus dem Asylbereich, die im Rahmen des Dublin-Abkommens in Drittstaaten zurückgeführt werden konnten oder aufgrund der Verletzung ihrer Ausreise- und Mitwirkungspflicht in ihre Heimatländer ausgeschafft werden mussten. Der Wegweisungsvollzug, insbesondere bei Personen aus dem Asylbereich, gestaltete sich erneut schwierig und sehr aufwändig, da sich die betroffenen Personen meistens unkooperativ verhielten und in fünf Fällen den Abflug mit teils physischer Gewalt verweigerten. Erschwerend kam hinzu, dass sich einzelne Staaten weigerten, der zwangsweisen Rückübernahme ihrer Angehörigen zuzustimmen.

8. Strassenverkehrsamt

Per 4. Dezember waren im Kanton insgesamt 44'319 (Vorjahr 43'343) Strassenfahrzeuge immatrikuliert. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr beträgt 2.25 %. Den grössten Anteil des Gesamtbestandes weisen die 29'906 (Vorjahr 29'233) Personenwagen auf.

Mit Inkrafttreten der Chauffeurzulassungsverordnung per 1. September 2009 werden an Fahrerinnen und Fahrer der Kategorien C/C1 und D/D1 neue Anforderungen gestellt. Sie benötigen neben dem Führerausweis auch einen Fähigkeitsausweis, der als separate Karte in Ergänzung zum Führerausweis erstellt wird. Der Fähigkeitsausweis (auch «Ausweis 95» genannt) ist fünf Jahre gültig. Für die Erneuerung des Fähigkeitsausweises müssen fünf Weiterbildungstage nachgewiesen werden. Ende Berichtsjahr waren in Appenzell Ausserrhoden 47 Halterinnen und Halter der Fahrzeugkategorien C/C1 und D/D1 im Besitze dieses Fähigkeitsausweises.

Gestützt auf das Schweizerische Strassenverkehrsrecht musste gegen 1'157 im Kanton wohnhafte Lenkerinnen und Lenker (Vorjahr 992) eine administrative Massnahme eingeleitet und vollzogen werden. In diesem Zusammenhang wurden 596 Führerausweise und Lernfahrausweise (Vorjahr 454) verfügungsweise entzogen sowie 364 Verwarnungen (Vorjahr 315) ausgesprochen. In 197 Fällen (Vorjahr 223) mussten Aberkennungen des ausländischen Führerausweises, Fahrverbote und Auflagen verfügt werden.

9. Kantonspolizei

9.1 Kommando

Das Berichtsjahr war für die Kantonspolizei mit dem Bezug des neuen Polizeikommandos, der Inbetriebnahme des neuen Funknetzes und wichtigen personellen Entscheidungen ein «Schlüsseljahr». Als Quantensprung darf der Einzug des Polizeikommandos ins Zeughaus Ebnet, und damit der Umzug von Trogen nach Herisau, betrachtet werden. Dabei waren auch diverse komplexe Unterprojekte zu bewältigen; so die Neukonzeptionen der Kantonalen Notrufzentrale, der Labors des Kriminaltechnischen Dienstes, der IT-Forensik, der digitalen Videobefragung und der Sicherheitsberatung. Organisatorisch wurde der Regionalpolizei-posten Herisau ins Zeughaus integriert und die Verkehrsgruppe als Stützpunkt in Trogen zurückgelassen. Die Kantonspolizei hat den Betrieb im Zeughaus erfolgreich aufgenommen; ausstehend ist noch der Einzug der KNZ, der am 15. Januar 2013 stattfinden wird. Ab diesem Zeitpunkt werden rund 2/3 der Mitarbeitenden des Polizeikorps ihren Arbeitsplatz in Herisau haben.

Der Betrieb des neuen Funknetzes «POLYCOM» konnte im Juni – nach einer erfolgreichen Schulung – termingerecht und plangemäss aufgenommen werden.

Im operativen Bereich war das Jahr geprägt von vielen Einbrüchen und Auswirkungen von Migrationsbewegungen. Die präventive Kontrolldichte rund um das Asylzentrum Landegg war nach wie vor hoch. Ressourcenmässig zu Buche schlugen auch die begleiteten Ausschaffungen.

Gesamtschweizerische Analysen zeigen, dass die im Jahr 2011 eingeführte schweizerische Strafprozessordnung zu einem administrativen Mehraufwand von rund 10 bis 15 % geführt hat.

Schliesslich hat die Kantonspolizei auch der Ausserrhoder Vorsitz der Internationalen Bodensee Konferenz gefordert. Insgesamt waren neun – teilweise zweitägige – Anlässe mit hochkarätig besetztem Teilnehmerfeld zu begleiten.

9.2 Support und Personelles

Der Chef Stabsdienste musste aus gesundheitlichen Gründen kürzer treten. Er wird sich bis zur ordentlichen Pensionierung mit einem reduzierten Pensum von 50 % ausschliesslich auf die Führung der Jagdverwaltung konzentrieren. Die Nachfolge wurde neu in Umsetzung der Erkenntnisse des Berichts «Uster» in die Abteilung Support und Personelles eingegliedert. Somit sind im Stabsbereich alle rückwärtigen Aufgaben zusammengefasst. Ende September konnten zwei Polizistinnen und vier Polizisten vereidigt werden. Um die anstehenden Pensionierungen und Abgänge zu ersetzen und die vom Regierungsrat bewilligte Korpserhöhung abzuschliessen, konnten per 1. Oktober nochmals sechs Aspiranten in die Polizeischule geschickt werden.

9.3 Kriminalpolizei

Die Kriminalpolizei, welche die Dienststellen Ermittlung (inkl. Jugendkontaktpolizei) und kriminaltechnischer Dienst beinhaltet, hatte sich mit unterschiedlichsten Straftatbeständen – von Gewalt- über Sexual-, Eigentums- und Betäubungsmittel- bis hin zu Wirtschaftsdelikten – zu befassen.

Auch Appenzell Ausserrhoden war während des ganzen Jahres von Einbruchdiebstählen betroffen. Durch die gute Zusammenarbeit im Ostschweizer Konkordat resultierten diesbezüglich mehrere Festnahmen. Im August kam es in Herisau zu mehreren Schussabgaben zwischen zwei Gruppierungen. Die umfangreichen Ermittlungen führten zu sieben Festnahmen. Zu Beginn des Jahres kam es aufgrund des kalten Winters zu mehreren Brandfällen infolge falscher Beschickung von Kachelöfen. In Trogen verursachten vier Jugendliche einer Institution vorsätzlich einen Brand ihres Heimes. Video-Einvernahmen und IT-Ermittlungen nahmen stark zu.

9.4 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten direkt unterstellte Nachrichtendienst erledigte 142 Personenüberprüfungen (Vorjahr 199) für den Bund. Im Bereich «Extremismus» hat sich

die Lage im Kanton kaum verändert. Gemäss der polizeilichen Einschätzung leben in Appenzell Ausserrhoden zwei bis fünf Personen, welche Sympathisanten der rechten Szene sind und ca. sechs Personen, welche bei ausserkantonalen Anlässen in der linken Szene festgestellt wurden. Je nach Informationsstand werden solche Personen polizeilich kontaktiert und befragt sowie über die Risiken ihres Verhaltens informiert.

9.5 Regional- und Verkehrspolizei

Im Berichtsjahr wurden 450 Verkehrsunfälle gezählt. Im Gegensatz zum Vorjahr (keine Todesopfer) mussten drei Verkehrstote beklagt werden. Auf der anderen Seite konnte mit 114 verletzten Personen ein deutlicher Rückgang verzeichnet werden (Vorjahr 142). 93 Personen (Vorjahr 108) mussten ihren Führerausweis wegen schweren Verkehrsregelverletzungen auf der Stelle abgeben. Insgesamt wurden 587 mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (Vorjahr 615). Bei den Geschwindigkeitsmessungen überschritten insgesamt 39'016 Lenkerinnen und Lenker (Vorjahr 34'256) die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Es erfolgten 764 Verzeigungen (Vorjahr 717) an die Staatsanwaltschaft. Die Regional- und Verkehrspolizei musste 478 Personen (Vorjahr 423) den Betreibungsämtern zuführen und in 1'652 Fällen (Vorjahr 1'233) Betreibungsanzeigen und Zahlungsbefehle persönlich zustellen.

9.6 Kommandodienste

Das Sicherheitsfunknetz POLYCOM SG / AR / AI wurde am 18. Juni durch die Kantonspolizei in Betrieb genommen und ersetzte das 20-jährige Motorola-Funknetz. Nach der Polizei gingen auch die anderen POLYCOM-Nutzenden wie Tiefbauamt, Sanität, Zivilschutz usw. in Betrieb. Der Aufbau der neuen Kantonalen Notrufzentrale in Herisau bildete einen weiteren Schwerpunkt der Kommandodienste.



9.7 Sicherheitspolizei

Die Einsätze haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert: Es waren 15 Grenadier- und Ordnungsdiensteinsätze (Vorjahr 18) zu verzeichnen. Stark zugenommen haben die Gesuche für Waffenerwerbsscheine. Es wurden 159 Gesuche für Waffenerwerbsscheine behandelt (Vorjahr 125). Durch die Zentrale Waffen-datenbank des Bundes konnten über Gesuchstellende mehr Informationen eingeholt werden. Die Gesuche für Mitarbeitende von privaten Sicherheitsfirmen haben mit 138 erteilten Bewilligungen (Vorjahr 93) ebenfalls stark zugenommen.

9.8 Jagdverwaltung

Die Reh- und Rotwildbestände haben sich auf einem hohen Niveau stabilisiert. Währenddem der Gamsbestand im Hinterland stagnierte, entwickelte er sich in den Jagd-bezirken Mittel- und Vorderland erfreulich. Die Abschuss-vorgaben wurden sehr gut erfüllt. Der Raubwildbestand stieg weiterhin, hingegen waren die Wildkrankheitsfälle durch Räude und Staupe glücklicherweise rückläufig. Fünf Personen, die bereits über einen ausserkantona-len Fähigkeitsausweis für die Jagdausübung verfügten, haben die Teilprüfung «Jagdgesetzgebung» erfolgreich absolviert und sind nun in Appenzell Ausserrhoden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen jagdberechtigt.

10. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

10.1 Zivilschutz

Die Zivilschutzpflichtigen leisteten ihre Dienstage in Aus- und Weiterbildungsanlässen, in Wiederholungskursen, bei Arbeiten zu Gunsten der Gemeinschaft und bei Ernstfal-leinsätzen. Über mehrere Wochen mussten Arbeiten für den Umzug des Staatsarchivs ins Zeughaus, für Instand-stellungsarbeiten aus dem Unwetterereignis 2011 sowie bei der Sanierung von Schiessanlagen geleistet werden. Gesamtschweizerisch – und damit auch für den Kanton – wurde für den Zivilschutz neues Material und persönliche Ausrüstung beschafft. Die Teilrevision des Zivilschutzge-

setzes führte zu einer neuen Weisung für die Steuerung des Schutzraumbaus und der Zuweisungsplanung. Sie tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Damit verbunden ist die Schutzraumkontrolle, welche nun alle 10 Jahre, statt wie bis anhin alle fünf bis sieben Jahre, durchgeführt werden muss. Eine grosse Herausforderung war die Auflösung des Ausbildungszentrums für Bevölkerungsschutz, welches während 44 Jahren für Ausbildungszwecke und als Logistikzentrum diente. Im Zeughaus Ebnet wurden als Ersatz neue zweckdienliche Schulungs- und Theorieräu-me erstellt. Geeignete Lagerstandorte für Fahrzeuge und Gerätschaften konnten nur teilweise gefunden werden. Für das Care Team AR AI (CT) musste die fachliche Lei-tung neu gewählt werden. Momentan besteht das CT aus dem Leiter CT, einer fachlichen Leitung, zwei fachtechni-schen Beratern, vier Einsatzleitern/innen, und 17 Mitglie-dern. Gegenüber dem Vorjahr wurde das CT vermehrt aufgeboten bei Brandfällen, Todesfällen, Unfällen mit Todesfolge, Suizid oder Suizidversuchen.

Sicherheitsbeauftragter für die Kantonale Verwaltung (SIBE): Mit der Fertigstellung des Zeughauses und dem Einzug aller Nutzenden wird das Pilotprojekt «Verwal-tung» gestartet. Aufgegleist ist die Ausbildung des SIBE zum Sicherheitsfachmann.

10.2 Bevölkerungsschutz

Mitte Dezember kam die Tierseuchengruppe AR AI SG FL (TSG) auf einem Schweinebetrieb in Appenzell Innerrho-den zum Einsatz. Die inzwischen durch den Beitritt Liech-tensteins international gewordene Gruppe desinfizierte und reinigte den von der Schweineseuche PRRS befallenen Stall. Die personell vor allem durch Zivilschutzangehörige alimentierte TSG hat sich damit als Solidaritätswerk im Ernstfall bewährt.

Der vom Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBS) betreute Zivilschutz ist mit dem Führungsfunk POLYCOM TPH700 ausgestattet worden. Für diese kantonal tätige Organisation mit Stützpunkten in allen Regionen bedeu-tet das neue Funkmittel einen Quantensprung – vor allem wegen der lückenlosen Abdeckung weit über die Kantons-grenzen hinaus. Pro Gemeindeführungsstab (GFS) hat das MBS ein TPH700 reserviert. Verschiedene GFS haben

das für sie reservierte Gerät eingefordert, um damit ihre Feuerwehr auszustatten.

Der Bund wechselt im Rahmen des nationalen Projektes Polyalert die in die Jahre gekommenen Zivilschutz-Sirenen aus. Im zweiten Semester erfolgten die Planungs-, Abklärungs- und Vorbereitungsarbeiten an den einzelnen Standorten. Die neuen Sirenen sind leistungsfähiger und in der Schallausbreitung elliptisch statt kreisförmig. Dies erlaubt eine den topografischen Gegebenheiten angepasste Ausrichtung.

Im Sinn einer Standortförderung unterstützte das MBS auch dieses Jahr die Berufsunteroffiziersschule in Herisau in der Thematik Bevölkerungsschutz.

Das kontinuierliche Coachen der GFS trägt Früchte. Letztes Jahr nahmen sieben Stäbe an Stabsübungen teil, und in Walzenhausen und Stein fanden kombinierte Übungen mit Mannschaft teil. Damit verbunden ist ein Schulterschluss mit dem Zivilschutzausbildungsverbund SG AR AI.

10.3 Militär

Seit Jahren weist Appenzell Ausserrhoden mit über 70 % eine der höchsten Quoten der Militärdiensttauglichkeit der Schweiz aus. Das Kreiskommando organisiert jährlich die Orientierungstage für die Stellungspflichtigen beider Appenzell. Während elf Tagen wurden die Jugendlichen im AZB Teufen über die Armee, den Zivilschutz, den Zivildienst, die Rekrutierung und über Rechte und Pflichten orientiert. Die Anzahl der Dienstverschiebungen blieb stabil. Die Nähe zu den Militärdienstpflichtigen und den Arbeitgebenden im Kanton ist von Vorteil. So können immer wieder individuelle Lösungen für die Betroffenen gefunden werden.

Die heutige Form der Entlassungsfeier wird von den aus der Militärdienstpflicht zu entlassenden Personen geschätzt. Die Abrüstung inklusive Entlassungsakt und Fest fand im Berichtsjahr in Heiden statt.



Departement Inneres und Kultur

Direktor: Regierungsrat Jürg Wernli

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht führt für den Kanton Appenzell Ausserrhoden insbesondere zu zwei einschneidenden Veränderungen: Zum einen wurden die 20 kommunalen Vormundschaftsbehörden auf Ende des Berichtsjahres aufgehoben und in eine einzige – vom Kanton getragene und finanzierte – Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde überführt. Zum anderen wurden die bisherigen Amtsvormundschaften in drei regionale Berufsbeistandschaften zusammengefasst, bleiben jedoch in der kommunalen Zuständigkeit. Diese vom Gesetzgeber gewählte Aufgabenteilung entspricht einem gesamtschweizerisch festzustellenden Trend: Kommunale Aufgaben werden wegen zunehmender Komplexität und/oder bundesrechtlicher Vorgaben entweder dem Kanton übertragen (und von diesem finanziert) oder von den Gemeinden gemeinsam erfüllt. Eine gut funktionierende Zusammenarbeit unter den Gemeinden und mit dem Kanton ist entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung solcher Prozesse.

Die aufgrund eines erheblich erklärten Postulats vom Regierungsrat in Auftrag gegebene «Analyse der Gemeindestrukturen in Appenzell Ausserrhoden» sieht keinen akuten, jedoch mittelfristigen Handlungsbedarf. Der Regierungsrat will mit seiner im Hinblick auf die Veröffentlichung des Berichts eingenommenen strategischen Position eine aktive Rolle einnehmen und den Weg für freiwillige Strukturanpassungen ebnen. In einem nächsten Schritt wird es darum gehen, die vom Regierungsrat favorisierten Handlungsoptionen durch eine aus Kantons- und Gemeindevertretungen paritätisch zusammengesetzte Kommission vertieft prüfen zu lassen und dem Regierungsrat Vorschläge für das weitere Vorgehen zu unterbreiten.

Die vom Regierungsrat beschlossene Zusammenführung der drei Fachstellen Familien und Gleichstellung, Asyl und Integration sowie Bürgerrecht und Zivilstand im Amt für Gesellschaft erweist sich als sachgerecht und zukunftsweisend. Zum einen sind die einzelnen Fachbereiche personell nur mit Teilpensen dotiert, zum anderen können die meisten Handlungsfelder nicht einem Fachbereich allein zugeordnet werden. Auch können Synergien besser genutzt und die Teilbereiche insgesamt gestärkt werden. In einem innovativen Prozess, u.a. unter Einbezug der Bevölkerung im Rahmen einer Denkwerkstatt, wurden zudem gemeinsame Richtlinien und eine 4-Jahres-Strategie 2013-2016 für die drei Förderbereiche Chancengleichheit von Frau und Mann, Familien sowie Integration von Migrantinnen und Migranten entwickelt.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Über die Situation bei der Behandlung von Beschwerden und Rekursen orientiert die Übersicht im statistischen Anhang (vgl. S. 105).

1.2 Gesetzgebung

Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht: Im Jahr 2012 wurde die kantonale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) als Nachfolgebehörde der 20 kommunalen Vormundschaftsbehörden aufgebaut; dies geschah gestützt auf die entsprechende Änderung des

Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und die vom Kantonsrat am 20. Februar erlassende Teilrevision des Einführungsgesetzes zum ZGB.

Bis zur Aufnahme der operativen Tätigkeit der KESB am 1. Januar 2013 wurden umfangreiche Vorbereitungsarbeiten geleistet: Bis zum Herbst wurden die Mitglieder der KESB und die Mitarbeitenden der Fachdienste (total 15 Personen) angestellt. Ein weiterer wegweisender Entscheid war die Auswahl des Informatikprogramms «CaseNet». Die Übernahme der rund 1'000 Dossiers von den bis 31. Dezember zuständigen Vormundschaftsbehörden erfolgte bereits mit «CaseNet». Die KESB holte einen Grossteil der Akten in den Gemeinden ab und führte, wo nötig, Übergabegespräche. Sodann begann sie, sich organisatorisch wie inhaltlich einen Überblick zu verschaffen.

Analyse Gemeindestrukturen: Am 1. Juni wurde der Bericht des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern zu den Gemeindestrukturen im Kanton Appenzell Ausserrhoden veröffentlicht. Gleichzeitig wurde auch die strategische Position des Regierungsrates zu den im Bericht vorgestellten Handlungsoptionen bekannt gegeben. Anlass für den Bericht bildete ein im Jahr 2010 erheblich erklärtes Postulat, mit dem der Regierungsrat beauftragt wurde, die heutigen Gemeindestrukturen von Appenzell Ausserrhoden zu analysieren. Der Regierungsrat wird sich mit dem Thema nochmals eingehend im Rahmen der Berichterstattung zum Postulat, welche für das Frühjahr 2013 in Aussicht gestellt wurde, auseinandersetzen.

1.3 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

Grundbuch: Im Jahr 2012 wurden neun Grundbuchämter inspiziert. Infolge einer Änderung des Grundbuchrechts des Bundes und einer Zunahme der Einsatzmöglichkeiten von EDV für das Grundbuch wurde im Berichtsjahr eine Revision des kantonalen Immobiliarsachenrechts verwaltungsintern eingeleitet.

Beurkundungen: Im Berichtsjahr fanden in neun Gemeinden Inspektionen zur Beurkundungstätigkeit statt. Damit fanden seit dem Inkrafttreten des Beurkundungsgesetzes im Februar 2010 Inspektionen auf allen 20 Gemeinden im Turnus von zwei Jahren statt. Die Inspektionen zeigten, dass das auf den Gemeinden vorhandene Fachwissen genügt, um alltägliche einfachere Fälle abwickeln und die Parteien richtig beraten zu können. Es wurde aber auch deutlich, dass komplexe Fälle eine Gemeinde, in der kein fundiertes juristisches Wissen vorhanden ist, an die Grenzen ihrer Möglichkeiten bringt.

1.4 Stiftungsaufsicht

Im Jahr 2012 wurden durch die Stiftungsaufsicht 69 (Vorjahr 69) klassische Stiftungen beaufsichtigt. Auch hatte die Stiftungsaufsicht die Jahresrechnungen 2011 der Stiftungen zu beurteilen. Zur Einreichung der Jahresrechnung haben diese sechs Monate Zeit, nach Ende des Rechnungsjahres, in der Regel also bis Ende Juni. Im

Weiteren wurden Beratungen und Vorprüfungen für Neugründungen und Statutenänderungen vorgenommen.

Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen betrug im Jahr 2011 Fr. 277,8 Mio. (Vorjahr Fr. 283,7 Mio.) und hat sich gegenüber 2010 um Fr. 5,9 Mio. (2,1 %) reduziert. Der Hauptanteil dieser Reduktion resultiert aus den tieferen Marktkursen der Anlagen. Insgesamt wurden von diesen Stiftungen im Jahr 2011 Fr. 30 Mio. (Vorjahr Fr. 22,5 Mio.) im Sinne des Stiftungszweckes aufgewendet (Beiträge, Spenden, Aufwendungen im Rahmen der gemeinnützigen Tätigkeit).

Der Gebührenertrag für die Tätigkeit der Aufsicht über diese Stiftungen betrug im Jahr 2012 Fr. 17'975 (Vorjahr Fr. 19'975). Der Minderertrag gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf das Ausbleiben von Neugründungen zurückzuführen. Ende 2012 waren – bis auf eine – alle Stiftungsrechnungen des Rechnungsjahres 2011 durch die Stiftungsaufsicht beurteilt.

2. Amt für Gesellschaft

2.1 Reorganisation im Amt für Gesellschaft

Per 1. Juni sind die drei Fachstellen Familien und Gleichstellung, Asyl und Integration sowie Bürgerrecht und Zivilstand im Amt für Gesellschaft (AfG) zusammengeführt worden, um Synergien optimal zu nutzen. Für die Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann, der Familien und der Integration von Migrantinnen und Migranten wurden gemeinsame Richtlinien erarbeitet, ebenso eine für alle drei Förderbereiche gemeinsame Strategie für die nächsten vier Jahre. Letztere erfolgte unter Einbezug der Bevölkerung (öffentliche Denkwerkstatt), der Gemeinden und weiteren wichtigen Anspruchsgruppen. Ausserdem wurde die Öffentlichkeitsarbeit vorangetrieben sowie die Vernetzungs-PLATTFORM konzipiert und im Berichtsjahr schon zwei Mal erfolgreich durchgeführt.



2.2 Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann, der Familien und der Integration von Migrantinnen und Migranten

Chancengleichheit von Frau und Mann

Folgende beiden Projekte verfolgten Ziele des Schwerpunktthemas «Vereinbarkeit von Beruf und Familie»:

- Was wollen junge Leute? Ende März trafen sich rund 30 Frauen und Männer im Alter von 22 bis 35 Jahren zu einem Workshop. Die Diskussionsergebnisse zeigten, dass ein Umdenken zur Rollenaufteilung in Familien stattfindet, es allerdings viel Einsatz braucht, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Männer und Frauen gelingt.

- Bereits zum zweiten Mal konnte im Herbst die Auszeichnung PlusPlusAR verliehen werden. Nebst der Siegerin, der Rico Sicherheitstechnik AG, Herisau, wurden fünf weitere hinsichtlich Grösse und Branchenzugehörigkeit unterschiedliche Firmen ausgezeichnet. Gemeinsam ist ihnen, dass sie bei den Anstellungs- und Arbeitsbedingungen auf die Familiensituation der Mitarbeitenden besonders Rücksicht nehmen.

Ein innovatives Kommunikationsprojekt «Vätergeschichten» entstand im Rahmen des Schweizer Vätertages. Im öffentlichen Raum und in Appenzeller Unternehmen wurden Vätergeschichten gesammelt. Mittlerweile ist zusammen mit anderen Ostschweizer Kantonen ein Archiv mit 74 Geschichten entstanden. Das Projekt verfolgt das Anliegen, eine öffentliche Debatte über das Vater-Sein als gesellschaftliches und betriebliches Thema auf positive Art und Weise zu lancieren.

Familien

Das am 1. Januar lancierte Pilotprojekt «Netzwerk Elternbildung» verfolgt das Ziel, die Elternbildungsangebote im Kanton bekannt zu machen und so den Zugang zu erleichtern, die Qualität der Elternbildungsangebote zu fördern und Eltern in ihren Erziehungsaufgaben zu stärken. Im Herbst erschien der erste Elternbildungskalender für den ganzen Kanton.

Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit wurde auf die Vernetzung und den Austausch fokussiert. Auf kantonaler Ebene stand dabei das vom AfG organisierte Netzwerktreffen mit den Ansprechpersonen für Kinder- und Jugendfragen in den Ausserrhoder Gemeinden im Zentrum.

Integration

Im Vordergrund stand im Berichtsjahr die Erarbeitung des Kantonalen Integrationsprogrammes (KIP), welches die Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten für vier Jahre inhaltlich besetzt und die Grundlage bilden wird für die ab 2014 geltende Vereinbarung zwischen Bund und Kanton.

Das zusammen mit der Caritas St.Gallen/Appenzell durchgeführte Pilotprojekt «Deutsch und Arbeit» ermöglichte einer beschränkten Anzahl vorläufig aufgenommener Personen während sechs Monaten an fünf Tagen pro Woche an einem intensiven Deutschunterricht, einer Einführung in die schweizerische Arbeitswelt und einer Schulung für die Suche nach einer Erwerbstätigkeit teilzunehmen.

Die Vermittlungsstelle für interkulturelle Übersetzungsdienste «verdi» nahm im Auftrag der Kantone St.Gallen, Thurgau, Graubünden und Appenzell Ausserrhoden den operativen Betrieb auf.

Das für drei Jahre angelegte Pilotprojekt «Miges Balù» ermöglicht Eltern mit Migrationshintergrund einen besseren Zugang zur Mütter- und Väterberatung. Das Projekt ist eingebettet in die Kampagne «Gesundes Körpergewicht» des Bundes, läuft entsprechend unter der Federführung des Amtes für Gesundheit und wird vom Amt für Gesellschaft finanziell unterstützt.

Asyl

Im Berichtsjahr hat der Bund dem Kanton Appenzell Ausserrhoden 224 Asylsuchende zur Unterbringung und Betreuung zugewiesen (+ 42 % gegenüber dem Vorjahr). Zugenommen haben auch die abgeschlossenen Asylverfahren (166 Personen; + 37 %) sowie die Zahl der Asylsuchenden, welche den Kanton bzw. die

Schweiz verlassen haben (123 Personen; + 76 %). Ende 2012 lebten in Appenzel Ausserrhoden 228 Asylsuchende und 70 vorläufig Aufgenommene aus 24 Herkunftsländern. 15 abgewiesene Asylsuchende bezogen im Berichtsjahr Nothilfe.

In dem vom Kanton St.Gallen geführten Zentrum für Asylsuchende (Durchgangszentrum Landegg, Eggersriet/Lutzenberg) stehen dem Kanton Appenzel Ausserrhoden 40 Plätze zur Verfügung. Die effektive Belegung des Zentrums lag im Durchschnitt unter der vertraglich festgelegten Höchstgrenze von 85 %. Die Zusammenarbeit der Kantone mit den umliegenden Gemeinden ist eng und konstruktiv. Regelmässig finden Informations- und Koordinationstreffen statt, an denen die Sozialhilfe- und Polizeibehörden der Kantone, aber auch Delegationen der umliegenden Gemeinden teilnehmen. Zudem wurde ein «runder Tisch» mit Vertretungen der Bevölkerung aus der Nachbarschaft ins Leben gerufen.

Die dem AfG angegliederte (kommunale) Beratungsstelle für Flüchtlinge betreut derzeit rund 270 Personen. Im Berichtsjahr wurden personelle und organisatorische Massnahmen mit Blick auf eine definitive Entflechtung der Stelle vom Kanton umgesetzt. Um eine umsichtige Planung zu ermöglichen, erklärte der Regierungsrat bereits im Herbst den Rücktritt vom bestehenden Zusammenarbeitsvertrag mit den Gemeinden auf Ende 2013.

Zivilstand

Die im Frühling durchgeführte Inspektion der drei regionalen Zivilstandsämter in Herisau, Bühler und Rehetobel ergab ein überaus positives Bild hinsichtlich der Qualität der Register- und Amtsführung. Aus aufsichtsrechtlicher Sicht liegt keinerlei Handlungsbedarf vor.

Auf wenig Verständnis in der Öffentlichkeit stiess der Entscheid des Regierungsrates vom Mai, Zivilstandsereignisse ab 1. Juni nicht mehr zu veröffentlichen, obwohl sich auch die Gemeinden vorausgehend mehrheitlich dafür ausgesprochen hatten. Der Entscheid wurde in der Folge vom Regierungsrat korrigiert: Mit Ausnahme der Todesfälle, welche zwingend zu veröffentlichen sind, steht es den Gemeinden ab 1. Januar 2013 frei, ob und in welchen

Medien sie künftig Geburten sowie Eheschliessungen und eingetragene Partnerschaften veröffentlichen.

Bürgerrecht

Die Zahl der neuen Einbürgerungsgesuche sowie der Einbürgerungsentscheide hat sich seit 2008 auf etwa gleichem Niveau eingependelt. Im Berichtsjahr gingen 76 neue Gesuche ein, und 106 Personen wurde das Landrecht von Appenzel Ausserrhoden und damit gleichzeitig das Schweizer Bürgerrecht verliehen. Ungefähr die Hälfte der eingebürgerten Personen stammt aus den Balkanstaaten sowie der Türkei; rund ein Viertel aus Deutschland.

Am 14. Februar führte das AfG in Gais eine Fachtagung für die kommunalen Einbürgerungsbehörden durch. Der Vormittag war mit verschiedenen Fachreferaten belegt; der Nachmittag stand für den Austausch über die Einbürgerungspraxis im Kanton zur Verfügung. Erfreulicherweise waren fast alle Gemeinden an der Veranstaltung vertreten.

3. Kultur

3.1 Amt für Kultur

Kulturkonzept 2012: Nach einer positiven Bilanz des ersten Kulturkonzeptes von Appenzel Ausserrhoden von 2008 ist im Frühling ein neues Kulturkonzept erschienen. Dieses beinhaltet einen Rückblick und in grossen Teilen eine Fortschreibung der bewährten Grundlagen und Grundsätze der Kulturförderung und legt sieben neue Ziele für die nächsten Jahre vor.

Schwerpunkt Museumsstrategie: Am 1. April nahm die neue Museumskoordinatorin ihre Tätigkeit auf. Als erstes besuchte sie die rund ein Dutzend musealen Institutionen im Kanton, verschaffte sich in Gesprächen mit den operativen Leiterinnen und Leitern einen Überblick über die Projekte, Probleme, Bedürfnisse und Wünsche. Den Ideenwettbewerb für ein neues Erscheinungsbild für die Museen im Appenzellerland gewann der Vorschlag von Sarah Graf, der auf Zeichnungen von Eva Rekade aufbaut. Die Museumskoordinatorin knüpfte erste Kontakte mit



Kulturverantwortlichen der Region und nahm auch am Jahrestreffen der Arbeitsgruppe «Regionale Museumsverbände Schweiz» im Zeughaus Teufen teil. Öffentlichkeitsarbeit: Wie in den Vorjahren hat das Amt für Kultur wiederum drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben. Seit Frühling ergänzt eine Webversion (obacht.ch) die gedruckte Ausgabe. Ein längeres Interview mit der Amtsleiterin in der Sendung Reflexe von Radio DRS 2 hat viele positive Echos ausgelöst und u.a. auch über 60 neue Abonnentinnen und Abonnenten von «Obacht Kultur» gebracht.

Veranstaltungen: Die Kulturlandsgemeinde widmete sich am 5./6. Mai in Wienacht-Tobel und Lutzenberg dem Thema Freiheit. Besondere Beachtung fand das Referat von Gottfried Honegger und die künstlerische Arbeit von Annina Frehner im Alpenblick. Der traditionelle Jahreskulturanlass des Amtes für Kultur fand am 28. November im Kursaal Heiden statt: Heidi Eisenhut und Iris Blum gaben einen vielbeachteten Einblick in die Sammlung der Collectio Magica et Occulta. Im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2013 war die Amtsleiterin stark mit den Vorbereitungen für die «Ledi - Die Wanderbühne» beschäftigt.

Überkantonale und überregionale Kooperationen: Die jährlichen Förderpreise der Internationalen Bodensee Konferenz wurden 2012 an Schauspielerinnen und Schauspieler ausgerichtet. Mit der Durchführung war das Amt für Kultur von Appenzell Ausserrhoden betraut. Jeanne Devos gewann einen der acht Förderpreise. Diese wurden in feierlichem Rahmen und unter zahlreichem Publikum am 7. November im Kursaal Heiden verliehen.

3.2 Fachstelle Kulturförderung

Im Jahr 2012 sind 180 Gesuche (Vorjahr 179) behandelt worden; 130 davon wurden positiv beurteilt (72 % gegenüber 76 % im Vorjahr) und mit einem Beitrag unterstützt. Insgesamt wurden Fr. 697'231 an Förderbeiträgen gesprochen, das entspricht einer durchschnittlichen Beitragssumme von Fr. 5'363 (Vorjahr Fr. 4'714). Der Kulturrat hat sich zu vier Sitzungen getroffen, er hat dabei u.a. 22 Gesuche behandelt und bei 18 Projekten eine Unterstützung empfohlen. Der Regierungsrat ist diesen Empfehlungen gefolgt. Mit insgesamt Fr. 1'093'000 wurden 26 Institu-

tionen (Museen, Regionalbibliotheken und Kulturinstitutionen von kantonaler und überregionaler Bedeutung) mittels Leistungsvereinbarungen mit jährlichen Betriebsbeiträgen unterstützt. Für die kantonale Kunstsammlung wurden neun Werke angekauft.

3.3 Kantonsbibliothek

2012 war das «Jahr der Publikationen» mit zwei Höhepunkten: der Veröffentlichung von Heft 40 der Reihe «Das Land Appenzell» unter dem Titel «Von Tür zu Tür. Geschichten rund um Just-Berater und Handelsreisende» und Heft 139 der Appenzellischen Jahrbücher mit dem Schwerpunktthema «Bürgerinnen und Bürger in der Res publica». Die Publikationen zeugen von einem Teil des Auftrags, den die Kantonsbibliothek (KBAR) zu erfüllen hat: Forschungsarbeiten zu Appenzeller Themen anzuregen, zu begleiten und selbst aktiv mitzuwirken.

Folgende Kooperationsprojekte im Rahmen der Vermittlungsarbeit standen 2012 im Zentrum:

- Ausstellung zu Peter Morger und Abschluss der Publikationsserie von Rainer Stöckli;
- Ausstellung «Herbert Hoffmann» an der Tattoo-Convention in Memmingen (D);
- Online-Veröffentlichung der Appenzellischen Jahrbücher seit 1854 in Zusammenarbeit mit der ETH Bibliothek Zürich (RetroSeals) im Rahmen von e-lib.ch;
- Öffentliche kulturhistorische Führungen zur Textilhandelsfamilie Zellweger;
- Ausstellung «Hans Krüsi zurück im Appenzellerland» in den Geschäftsstellen der Raiffeisenbanken und im Museum für Lebensgeschichten in Speicher;
- Ausstellungen mit Werken von Gertrud Schwyzer im Museum im Lagerhaus St.Gallen und in Gent (B).

36 (Vorjahr 29) kulturhistorische Führungen mit 729 (Vorjahr 643) Personen wurden durchgeführt, darunter für internationale Delegationen im Rahmen des Ständeratspräsidialjahres von Dr. Hans Altherr und der IBK. Neben den erwähnten Veranstaltungen fanden u.a. Zusammenarbeiten mit dem Handbuch der Historischen Buchbestände Schweiz, der Universität Zürich, dem Projekt «AR·AI 500», der Frauenbibliothek Wyborada, dem Zeughaus Teufen, der Stiftsbibliothek St.Gallen,

dem Gallus-Jubiläumjahr, verschiedenen Amtsstellen der Kantonalen Verwaltung, dem Verein Saiten (und dem Verein Buchstadt St.Gallen) statt.

Erschliessung: Die elektronische Erschliessung des Familienarchivs Zellweger umfasste zu Jahresende 8'300 Datensätze (Vorjahr 7'700). Dank des Transkriptionsprojekts mit zwölf Personen wurden seit Projektbeginn 1'023 Briefe und 200 Seiten Autobiographien im Volltext erschlossen. Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 74'180 (Vorjahr 65'582) Einheiten verzeichnet. Im Bereich des Bildgedächtnisses wurde eine von Herbert Maeder getroffene Auswahl von ca. 3'600 Fotografien aus seinem rund 200'000 Einzelaufnahmen umfassenden Fotoarchiv digitalisiert und erschlossen. Alle Erschliessungs- und Restaurierungsarbeiten der Bilder und Kunstobjekte des Spitalverbunds SVAR wurden abgeschlossen. Auch das Archiv der Collectio Magica et Occulta ist seit Ende 2012 vollständig verzeichnet.

Bestandeszuwachs: Von Nachfahren der Familie Zellweger konnten Briefe, Fotos und Objekte übernommen werden. Der Nachlass von Gertrud Schwyzer (1896-1970) wurde vom Kunstmuseum St.Gallen in die Kunstsammlung Appenzell Ausserrhoden zurückgeführt. Im Dezember wurde eine Wappenscheibe «Land Appenzell. 1526» aus Privatbesitz in Krefeld (D) erworben. Die Appenzeller Bibliographie zählt 288 (Vorjahr 458) neue Einheiten (Zwischenstand). 31 (Vorjahr 29) Personen und Institutionen haben der KBAR Dokumente geschenkt.

Dienstleistungen: Die KBAR erteilte durchschnittlich sechs (Vorjahr acht) Auskünfte pro Arbeitstag. Hinzu kommen monatlich durchschnittlich 15 externe Termine in den Bereichen Beratung, Auskunft und Vermittlung. Die Nachfrage nach digitalisierten Materialien steigt kontinuierlich. Die KBAR wurde im Jahr 2012 von 712 (Vorjahr 681) Personen besucht (ohne Führungen), 243 (Vorjahr 330) neue Benutzerausweise konnten ausgestellt werden. Im Lesesaal wurden 408 (Vorjahr 863) Medien benutzt. 726 (Vorjahr 589) Medien wurden nach Hause ausgeliehen. Die Benutzerzahlen von www.dibiost.ch sind für die Appenzeller Bibliotheken auf 3'577 (Vorjahr 1'686) Downloads gestiegen.

3.4 Denkmalpflege

Beiträge und Stellungnahmen: Die Anzahl der eingereichten Beitragsgesuche betrug 75, womit der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2007 (71) überschritten wurde. Insgesamt wurden 193 Stellungnahmen zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben. 43 Stellungnahmen zu Bewilligungsverfahren und Rekursen wurden schriftlich verfasst. Bei umfangreichen Projekten wurden die denkmalpflegerischen Anliegen durch eine temporäre Mitarbeit in den jeweiligen Arbeitsgruppen sichergestellt.

Renovationen und Umbauten: Auch im Bereich der geschützten Ortsbilder und Kulturobjekte herrscht eine rege Bautätigkeit. Zunehmend präsentieren sich in verschiedenen Gemeinden Einzelobjekte und Häuserzeilen frisch renoviert und in neuen Farben.

Hausanalysen: Die Liegenschaft Oberdorfstrasse 42 in Herisau wurde im Anschluss an eine Hausanalyse umfassend renoviert. Den Tag der offenen Tür haben mehr als 80 Personen genutzt. Fragen nach Aufwand und Nutzen beim Renovieren von historischen Liegenschaften konnten mit der Bauherrschaft, Unternehmern, Politikern und der Denkmalpflege besprochen werden.

Gmündertobelbrücke: Dank einem ausserordentlichen Beitrag des Bundesamtes für Kultur in der Höhe von Fr. 500'000 konnte das ingenieurtechnische Meisterwerk nach denkmalpflegerischen Grundsätzen renoviert und an die heutigen Bedürfnisse angepasst werden. Die im Jahr 1908 eingeweihte Gmündertobelbrücke war zur Bauzeit weltweit die weitestgespannte Betonbogenbrücke. Am 8. September 2012, dem Europäischen Tag des Denkmals, wurde das eingerüstete Grossbauwerk der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zeughaus Teufen: Im Sommer wurde das renovierte und umgebaute ehemalige Artilleriezeughaus eingeweiht und seiner neuen Nutzung übergeben. Die mit Brücken vergleichbare Dachkonstruktion aus dem Jahre 1855 gestattet es, Zwischengeschosse daran aufzuhängen und dadurch ein stützenfreies Erdgeschoss anzubieten. Dieses steht für Veranstaltungen verschiedenster Art zur Verfügung. Während im ersten Obergeschoss Platz für



Wechseleinstellungen und zwei Kabinette mit Zeller-Bildern zu finden sind, birgt das Dachgeschoss das neu konzipierte Grubenmann Museum.

Kommunale Ortsbildschutzzonen: Ein von 30 Kantonsrätinnen und Kantonsräten unterzeichnetes Postulat verlangte von der Regierung zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob die kommunalen Ortsbildschutzzonen abgeschafft und durch geeignetere Instrumente ersetzt werden könnten. Das Postulat wurde vom Kantonsrat erheblich erklärt.

4. Fachstelle für Sozialhilfe und Sozialarbeit

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik des Erhebungsjahres 2011 für die gesamte Schweiz sowie für Appenzell Ausserrhoden veröffentlicht. Während die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) bei 3.0 % stagnierte, stieg diejenige in Appenzell Ausserrhoden leicht von 1.7 % (2010) auf 1.8 % (2011). Diese Fälle umfassen in Appenzell Ausserrhoden insgesamt 965 Personen, was einer Zunahme von 5 % resp. 46 unterstützten Personen gegenüber dem Vorjahr entspricht (2010: 919 Personen). Der Anstieg fiel indessen geringer aus als der Anstieg von 10 % vom Jahr 2009 auf das Jahr 2010.

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war auch im fünften Berichtsjahr der Fachstelle eine der Kernaufgaben: Insgesamt wurde die Fachstelle 406 Mal (Vorjahr 409) von Sozialämtern oder Behörden zu Fach- oder Rechtsfragen der Sozialhilfe konsultiert. Die Auswertung der Beratungen zeigte unter anderem, dass der Vollzug der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung eine anhaltend anspruchsvolle Aufgabe für die Sozialämter darstellt. Um die Vernetzung und den fachlichen sowie persönlichen Austausch unter den Akteuren im Sozialbereich zu fördern, wurden insgesamt fünf Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei wurden Themen aus dem Bereich der Sozialhilfe-, des Verwaltungs- sowie des Mietrechts bearbeitet. Darüber hinaus wurde Einblick in die Arbeitsweise der

Jugendanwaltschaft, des Kinderdorfes Pestalozzi, der Caritas-Betriebe in St.Gallen sowie der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung gewährt.

Die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Frauenhaus St.Gallen lief auf Ende des Berichtsjahres aus. Alle 20 Gemeinden haben sich der Folgevereinbarung für 2013 bis 2015 angeschlossen. Im Berichtsjahr wurde das Angebot des Frauenhauses von total drei Frauen und sechs Kindern aus Appenzell Ausserrhoden genutzt.

5. Ausgleichskasse und IV-Stelle

Das Jahr 2012 begann für die Ausgleichskasse und IV-Stelle Appenzell Ausserrhoden mit dem Inkrafttreten der IV-Revision 6a. Diese brachte zahlreiche Neuerungen mit sich, insbesondere im Bereich der eingliederungsorientierten Renten. Eine besondere Herausforderung besteht darin, genügend Arbeitgebende zu motivieren, Personen mit einer gesundheitlichen Einschränkung eine Chance im ersten Arbeitsmarkt zu geben. Zudem galt es aufgrund von Übergangsbestimmungen zu prüfen, ob bestimmte Renten aufzuheben waren, da mit der Gesetzesänderung einige Begründungen für Rentenansprüche entfielen. Diese Arbeiten konnten im Verlaufe des Sommers mehrheitlich abgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit den verstärkten Integrationsbemühungen steht auch die Verlegung von zwei Ärzten (rund 150 Stellenprozente) des Regionalen Ärztlichen Dienstes St.Gallen nach Herisau. Eigene Untersuchungen ermöglichen eine raschere und gezieltere Integration von Personen, die sich bei der IV angemeldet haben.

In der Ausgleichskasse ist insbesondere eine Zunahme der prognostischen Rentenberechnungen zu vermerken: Diese haben gegenüber dem Vorjahr um fast ein Viertel zugenommen. Es scheint, dass sich Personen ab 50 vermehrt mit dem Ruhestand und den damit verbundenen Fragen befassen.

Statistischer Anhang

Kantonskanzlei

Passbüro

Monatsstatistik

	Pass		IDK		prov. Pass		Ausländerausweise		ISR		Leichenpass	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Jan	382	457	386	449	2	3	4	28	4	4	-	1
Feb	319	356	360	339	3	4	63	34	8	2	-	-
März	322	373	461	516	7	4	38	18	9	6	-	1
Apr	343	410	541	509	10	11	63	29	4	7	-	-
Mai	344	434	581	632	8	8	73	18	4	5	-	-
Jun	418	457	706	701	3	6	54	28	1	8	-	-
Jul	361	364	715	646	18	17	44	16	8	10	-	-
Aug	306	351	486	439	10	6	41	15	3	1	-	-
Sep	346	351	508	435	8	11	64	27	3	1	-	-
Okt	273	334	306	370	4	7	63	21	2	1	1	-
Nov	144	314	282	351	3	3	68	29	3	3	1	-
Dez	150	213	237	223	4	4	61	13	2	1	-	-
Total	3 708	4 414	5 569	5 610	80	84	636	276	51	49	2	2

IDK = Identitätskarte

ISR = Reisedokument für ausländische Personen



Ausweisstatistik

	2011	2012
Pass Kinder	1118	1 248
Pass Erwachsene	2590	3 166
ID Kinder	2062	2 006
ID Erwachsene	3 507	3 604

Rechtsdienst

Übersicht Rekurse

	Regierungsrat	Departemente	Gesamt
Pendenzen vom Vorjahr	25	10	35
Eingänge	20	26	46
Erledigungen	- 31	- 32	- 63
Pendent Ende Jahr	14	4	18

Stabsstelle Controlling

Massnahmen und Empfehlungen (Anzahl; Stichtag 31.12.)

	2008	2009	2010	2011	2012
offen bzw. in Bearbeitung Ende Vorjahr	32	29	31	31	36
Neueingänge Finanzkontrolle	5	5	16	5	7
Neueingänge Stabsstelle Controlling	4	11	16	19	7
erledigte	- 12	- 14	- 32	- 19	- 19
offen bzw. in Bearbeitung Ende Jahr	29	31	31	36	31

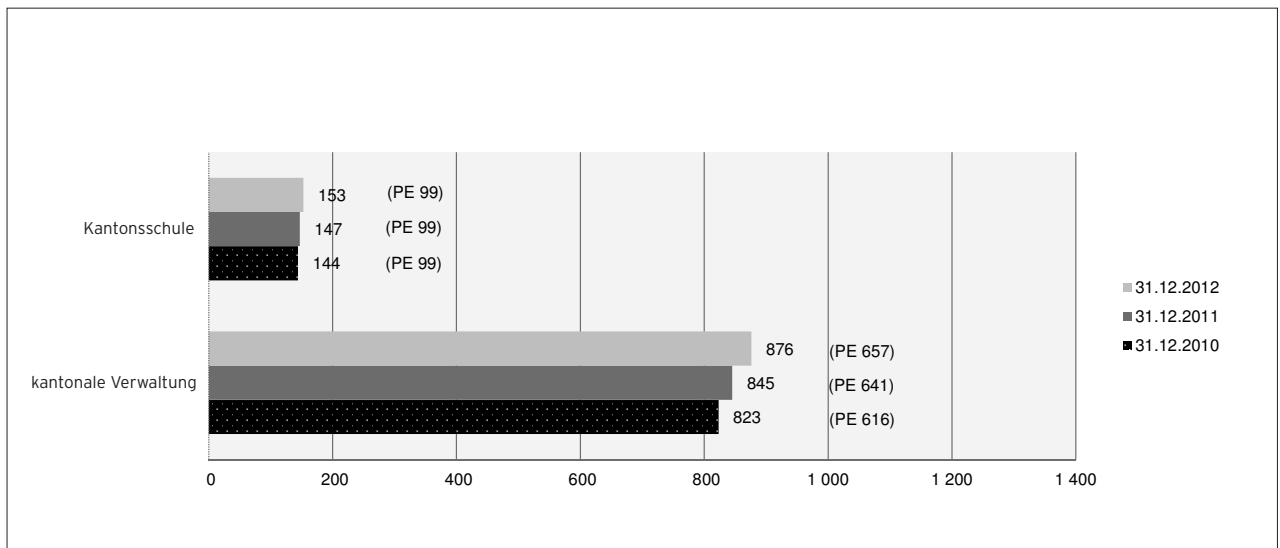
Jahresvergleich der Tätigkeiten (in Arbeitstagen)

	2009 - Ist	2010 - Ist	2011 - Ist	2012 - Ist	2013 - Plan
Controlling	293	274	275	150	100
Finanzausgleich Kanton-Gemeinden	14	9	6	4	6
Finanzaufsicht Kanton-Gemeinden	20	18	30	21	15
Stiftungsaufsicht ZGB	35	28	45	24	28
Revisionsstellenmandate	22	19	23	22	18
Gemeinde-Beratung	29	11	9	11	8
Planung / Reporting	26	19	14	11	8
Absenzen	68	70	49	41	17
Total	507	448	451	285	200

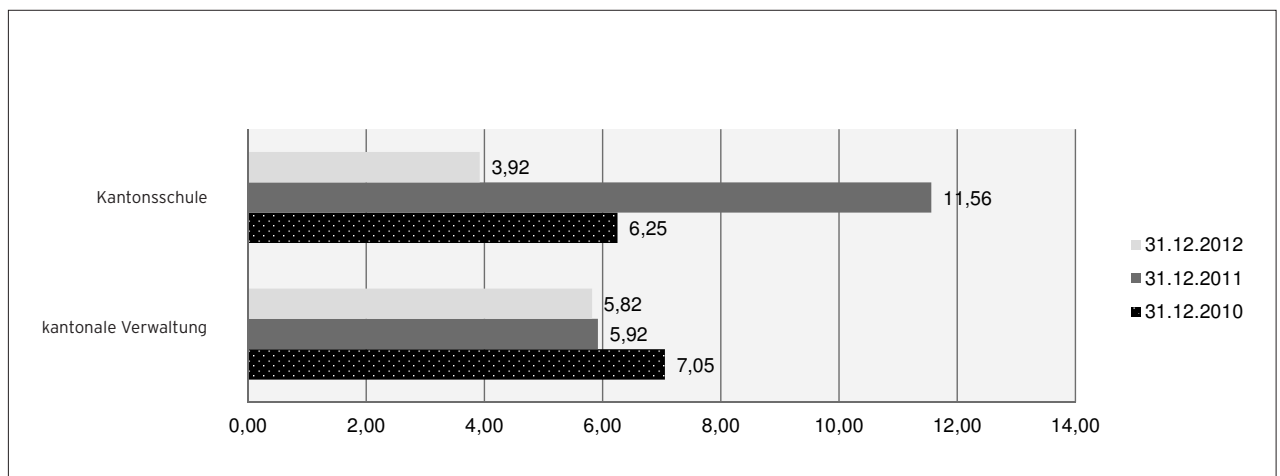
Departement Finanzen

Personalamt

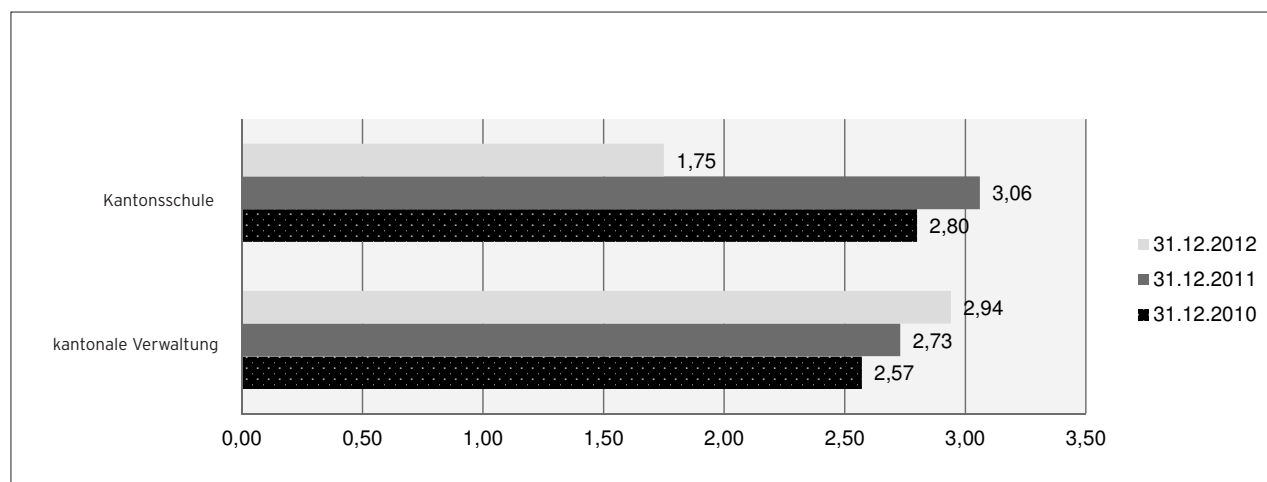
Zusammenzug der Abweichungen der Personalkennzahlen kantonale Verwaltung und Kantonsschule
Anzahl Mitarbeitende und Personaleinheiten (PE)



Fluktuation in %
(Austritte / Ø Anzahl Mitarbeitende x 100)



Absenzen in %
(Tagesansatz in Fr. / Jahreslohnsumme)



Steuerverwaltung

Übersicht Steuerertrag (in Mio. Fr.)

	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2011	Veränderung Rechnung 2012 : 2011
Total direkte Steuern	126,5	121,6	- 3,9 %	125,0	- 2,7 %
Total Spezialsteuern	8,5	7,4	- 12,9 %	6,3	+ 17,5 %
Total Bundessteuern	17,1	15,5	- 9,4 %	17,5	- 11,4 %
Gesamttotal	152,1	144,5	- 5,0 %	148,8	- 2,9 %

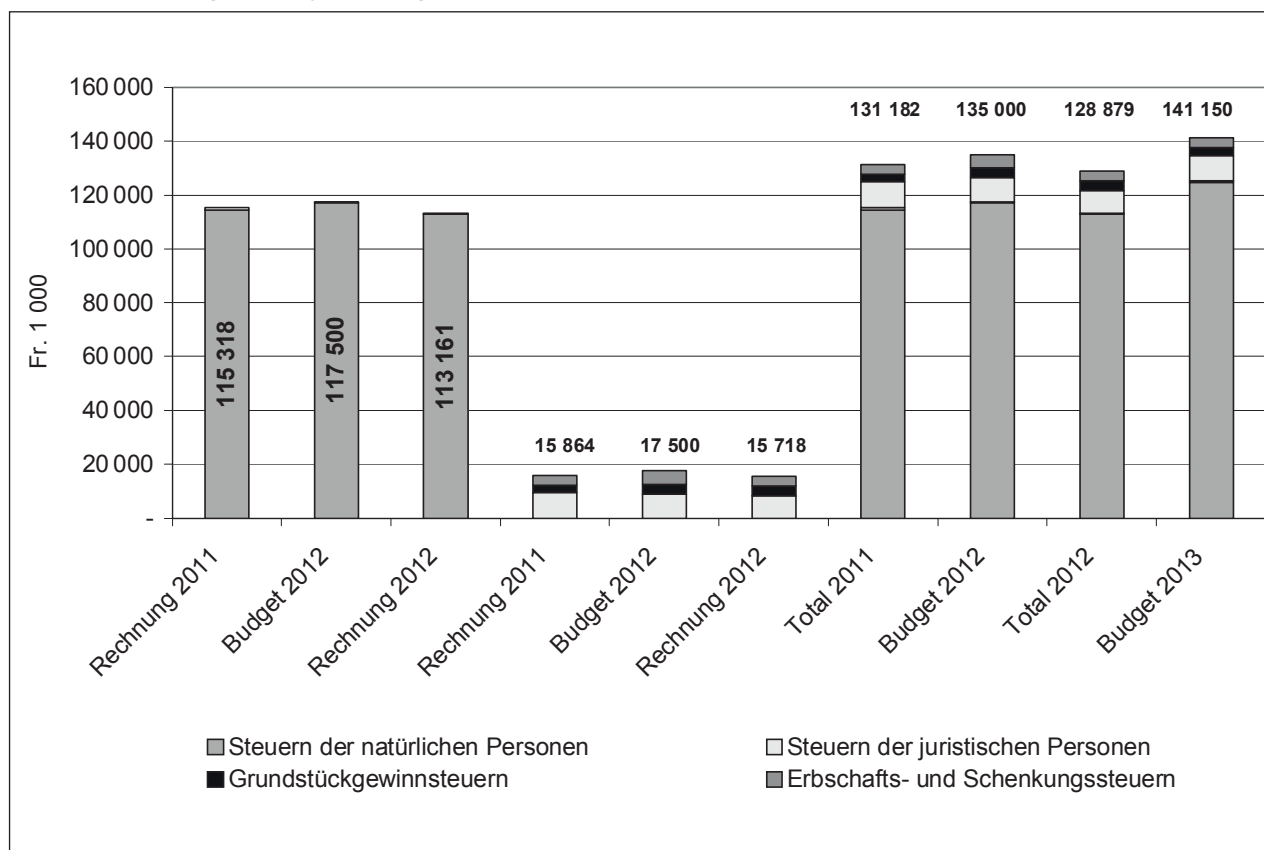
Einkommens- und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern (in Mio. Fr.); Steuerfuss 3,0 Einheiten

	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2011	Veränderung Rechnung 2012 : 2011
natürliche Personen	117,5	113,4	- 3,5 %	115,3	- 1,6 %
juristische Personen	9,0	8,2	- 8,9 %	9,7	- 15,5 %
Total direkte Steuern	126,5	121,6	- 3,9 %	125,0	- 2,7 %

Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts- und Schenkungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2011	Veränderung Rechnung 2012 : 2011
Grundstückgewinnsteuern	3,5	3,7	+ 5,7 %	2,6	+ 42,3 %
Erbschafts- und Schenkungssteuern	5,0	3,7	- 26,0 %	3,7	+ 0,0 %
Total Spezialsteuern	8,5	7,4	- 12,9 %	6,3	+ 17,5 %

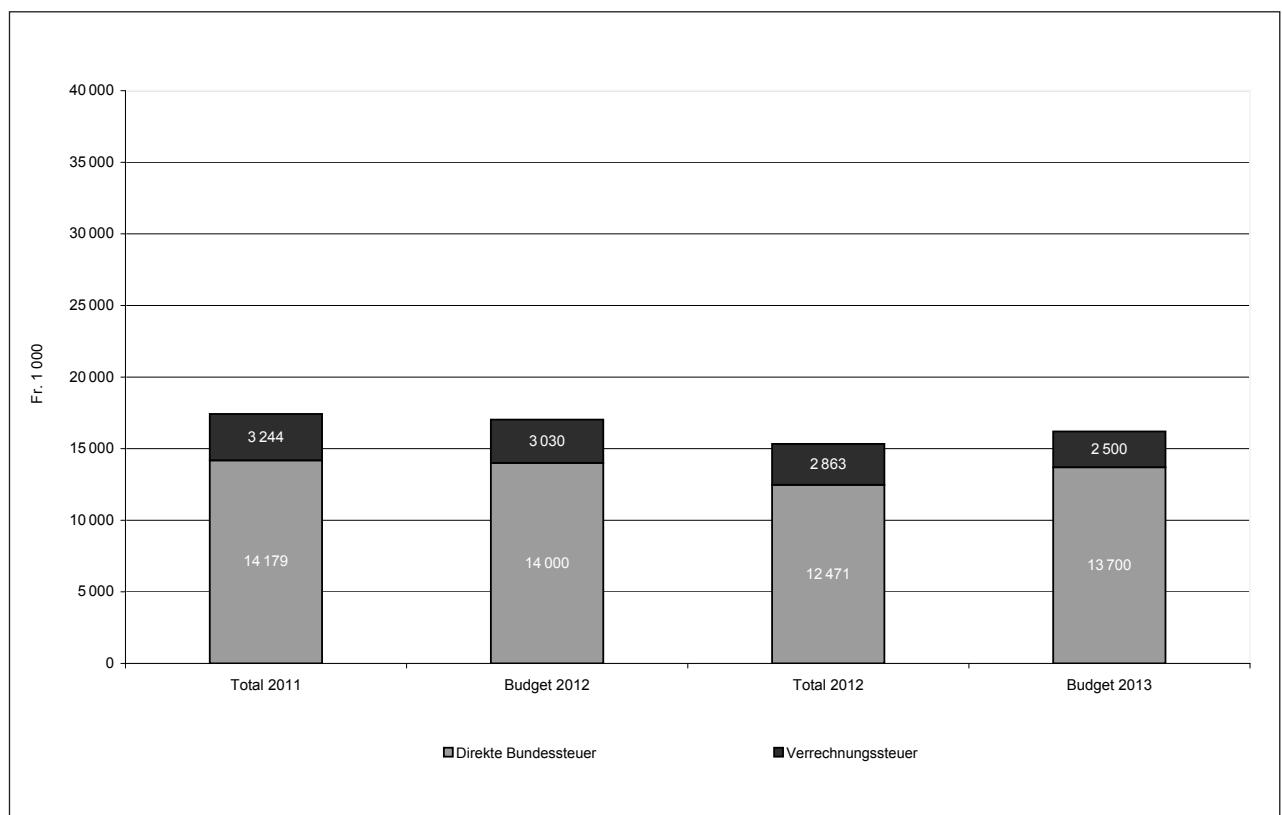
Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich



Direkte Bundessteuern und Verrechnungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung Rechnung-Budget	Rechnung 2011	Veränderung Rechnung 2012 : 2011
Direkte Bundessteuern	14,0	12,5	- 10,7 %	14,2	- 12,0 %
Verrechnungssteuern	3,0	2,9	- 3,3 %	3,2	- 9,4 %
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,1	0,1	+ 0,0 %	0,1	+ 0,0 %
Total Bundessteuer	17,1	15,5	- 9,4 %	17,5	- 11,4 %

Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich

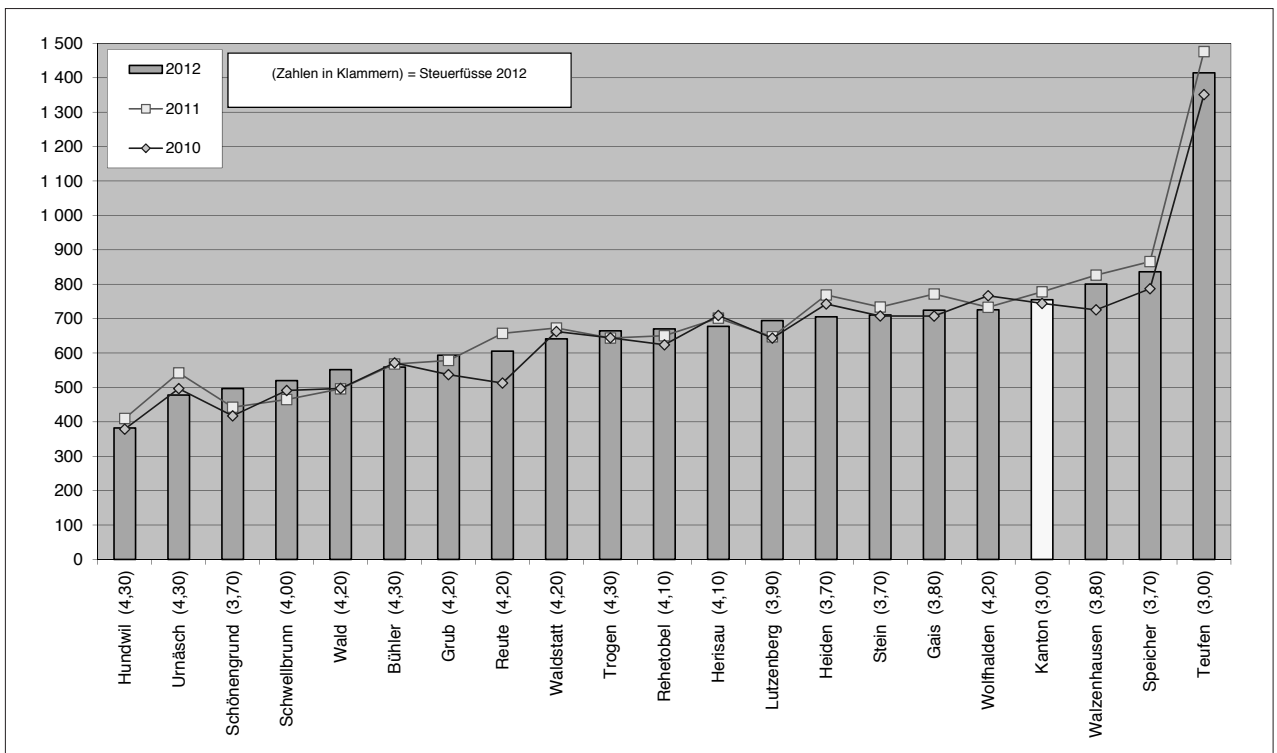


Steuerkraft der Gemeinden

	Steuersoll 3 (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit (in Fr.)	Einwohner 31.12.2012	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
Total	121 497 837	40 499 279	53 660	754,74	100,0 %	
Teufen	25 446 621	8 482 207	5 997	1 414,40	187,4 %	1
Speicher	10 523 385	3 507 795	4 196	836,00	110,8 %	2
Walzenhausen	5 092 656	1 697 552	2 121	800,40	106,0 %	3
Wolfhalden	3 754 591	1 251 530	1 725	725,50	96,1 %	4
Gais	6 601 702	2 200 567	3 038	724,30	96,0 %	5
Stein	2 894 679	964 893	1 358	710,50	94,1 %	6
Heiden	8 533 462	2 844 487	4 033	705,30	93,4 %	7
Lutzenberg	2 639 068	879 689	1 267	694,30	92,0 %	8
Herisau	31 077 067	10 359 022	15 290	677,50	89,8 %	9
Rehetobel	3 445 619	1 148 540	1 714	670,10	88,8 %	10
Trogen	3 357 025	1 119 008	1 684	664,50	88,0 %	11
Waldstatt	3 426 299	1 142 100	1 781	641,30	85,0 %	12
Reute	1 225 741	408 580	675	605,30	80,2 %	13
Grub	1 802 283	600 761	1 012	593,60	78,6 %	14
Bühler	2 889 745	963 248	1 723	559,10	74,1 %	15
Wald	1 396 765	465 588	844	551,60	73,1 %	16
Schwellbrunn	2 309 149	769 716	1 481	519,70	68,9 %	17
Schönengrund	736 220	245 407	494	496,80	65,8 %	18
Urnäsch	3 225 862	1 075 287	2 250	477,90	63,3 %	19
Hundwil	1 119 899	373 300	977	382,10	50,6 %	20

Steuerkraft der Gemeinden

gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2012 der natürlichen und juristischen Personen



Departement Bildung

Volksschule; Anzahl Lernende der Gemeinden

	2008	2009	2010	2011	2012
Kindergarten	980	951	918	909	955
Primarschule	3 807	3 675	3 510	3 322	3 127
Sekundarschule	1 968	1 914	1 860	1 853	1 802
Total	6 755	6 540	6 288	6 084	5 884

Berufsbildung; Lehrvertragswesen; Anzahl Lehrverträge per 31.12.

	2008	2009	2010	2011	2012
Gesamtbestand	1 310	1 386	1 392	1 394	1 390
neu abgeschlossene	546	537	563	544	553
aufgelöste	102	106	112	121	106

Berufsbildung; Lehrabschlussprüfungen; Anzahl der geprüften Kandidaten/Kandidatinnen

	2008	2009	2010	2011	2012
aus Ausserrhoden	386	445	457	458	470
aus Innerrhoden	47	42	59	82	68
aus St.Gallen	46	50	50	44	58
Total geprüfte	479	537	566	584	596
davon bestanden	449	506	538	560	571
davon nicht bestanden	30	31	28	24	25

Berufs- und Laufbahnberatung; Anzahl Ratsuchende

	2008	2009	2010	2011	2012
bis 15 Jahre	206	214	241	213	244
16 bis 24 Jahre	279	326	325	302	293
über 24 Jahre	136	156	207	206	202
Total	621	696	773	721	739

Berufsbildungszentrum Herisau; Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/2013
Attest Gesundheit und Soziales	-	-	-	-	14
Detailhandelsassistent/in	20	24	21	30	25
Detailhandelsfachmann/-frau	94	96	95	90	81
Elektroinstallateur/in	42	65	80	89	80
Elektromonteur/in	49	24	-	-	
Fachangestellte/r Gesundheit	74	83	94	83	105
Forstwart/in	45	51	48	51	48
Hauswirtschaftsjahr	18	13	12	13	10
Kaufmann/Kauffrau Profil B	-	11	22	31	26
Kaufmann/Kauffrau Profil E	146	131	117	116	124
Kaufmann/Kauffrau Profil M	84	88	92	85	85
Landwirte	22	32	32	41	31
Polymechaniker/in	86	90	90	92	85
Schreiner/in	98	92	94	92	104
Schreinerpraktiker/in	13	14	9	14	10
Zimmermann/Zimmerin	141	124	122	125	142
Brücke AR	67	80	62	81	75
Total	999	1 018	990	1 033	1 031

Kantonsschule Trogen; Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen

	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Sekundarschule	186	167	172	181	160
10. Schuljahr	24	19	17	12	19
Berufsfachschule Wirtschaft	59	54	62	56	43
Fachmittelschule	53	64	64	64	83
Gymnasium	447	429	426	368	388
Total	769	733	741	681	693

Ausbildungs- und Studiendarlehen; Bruttoaufwand

	2008	2009	2010	2011	2012
Auszahlungen	77 350	104 750	145 450	111 500	53 250
Umwandlungen von Darlehen in Stipendien	26 614	10 000	-	-	-
Abschreibungen	10 000	-	-	-	-
Rückzahlung von Darlehen	137 408	137 961	209 990	108 924	152 080
ausstehende Darlehen (31.12.)	664 332	621 121	556 581	721 283	622 453

Stipendien; Bruttoaufwand

	2008	2009	2010	2011	2012
Sekundarstufe II	471 140	524 650	483 700	491 500	639 200
Tertiärstufe	940 225	913 875	903 500	887 200	1 077 950
Total	1 411 365	1 438 525	1 387 200	1 378 700	1 717 150

Schulgelder für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II; Bruttoaufwand

	2008	2009	2010	2011	2012
ausserkantonale Berufsschulen	6 409 638	6 803 830	6 863 417	6 967 831	7 017 224
übrige ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II	2 458 151	2 630 093	2 638 222	2 604 024	2 836 048
Total	8 867 789	9 433 923	9 501 639	9 571 855	9 853 272

Schulgelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe; Bruttoaufwand

	2008	2009	2010	2011	2012
Universitäten	5 351 320	5 494 318	5 908 410	6 247 235	6 454 630
Fachhochschulen	7 093 196	7 581 908	8 211 667	8 724 545	10 001 542
übrige Schulen Tertiärstufe (insbesondere Fachschulen)	1 806 507	2 347 644	2 241 009	2 263 895	2 322 655
Total	14 251 023	15 423 870	16 361 086	17 235 675	18 778 827

Departement Gesundheit

Kantonsärztlicher Dienst

Stationäre Versorgung (Somatik, Rehabilitation, Psychiatrie): Kostengutsprache gesuche

	2008	2009	2010	2011	2012
bewilligte Gesuche	1 733	1 547	1 554	1 573	2 265
abgelehnte Gesuche	¹⁾ 651	¹⁾ 564	¹⁾ 441	¹⁾ 377	²⁾ 83
Total Gesuche	2 384	2 111	1 995	1 950	³⁾ 2 348

¹⁾ exkl. abgelehnter Wiedererwägungsgesuche

²⁾ inkl. abgelehnter Wiedererwägungsgesuche

³⁾ Die Umstellung auf Fallpauschalen (DRG) führte zu einer deutlichen Zunahme von Kostengutsprache gesuchen. Die Gesuche werden überwiegend aufgrund des fehlenden Wohnsitzes in Appenzell Ausserrhoden abgelehnt. Bei den genehmigten Gesuchen werden zum Teil nur die Referenztarife des Kantons bewilligt.

Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Eidgenössische und kantonale Berufsausübungsbewilligungen

	2011	2012
Bewilligungen nach Bundesrecht	374	399
Bewilligungen nach kantonalem Recht	430	466
Total	804	865

Bewilligungen nach Bundesrecht

	2011	2012
Arzt/Ärztin mit Praxisbewilligung	242	267
Zahnarzt/-ärztin	91	87
Apotheker/-innen	12	14
Chiropraktoren/Chiropraktorerinnen	1	1
Tierarzt/-ärztin	28	30
Total	374	399

Bewilligungen nach kantonalem Recht

	2011	2012
Heilpraktiker/-innen	232	237
Physiotherapeuten/-innen und Osteopathen/-innen	55	65
Hebammen	30	33
Psychologen/-innen	26	32
medizinische Masseur/-innen	34	35
dipl. Pflegefachpersonen	19	23
Drogisten/Drogistinnen	11	12
übrige Gesundheitsfachpersonen	23	29
Total	430	466

Anmerkung: Eine Gesundheitsfachperson kann mehrere Bewilligungen besitzen (d.h. die Zahl der Gesundheitsfachpersonen liegt unter dem Total der Anzahl der Bewilligungen). Auch angestellte Gesundheitsfachpersonen verfügen über eine Berufsausübungsbewilligung (d.h. die Zahl der Bewilligungen entspricht nicht der Zahl der Betriebe).

Institutionenbewilligungen

	2011	2012
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	7	7
Heime (Alters-, Pflege-, Wohnheime, Behindertenwerkstätten)	65	65
übrige Institutionen	18	¹⁾ 95
Total	90	167

Institutionenbewilligungen: Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Rechtsform GmbH, AG, Genossenschaft, Stiftung oder Verein müssen über eine Institutionenbewilligung verfügen.

¹⁾ steigende Zahl von Änderungen der Rechtsform bei Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen

Inspektionen durch die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

	2008	2009	2010	2011	2012
bei Heilpraktiker/-innen	42	27	47	36	28
bei Zahnarzt/-ärztinnen	4	6	4	9	13
in ärztlichen Praxen	8	7	11	8	4
bei Apotheken und Drogerien	4	13	12	15	10
weitere Praxen	12	4	8	12	24
andere Inspektionen ¹⁾	19	13	12	21	6
Total	89	70	94	101	85

¹⁾ Abklärungen/Inspektionen im Rahmen der Heilmittel-, Betäubungsmittel- oder Medizinalproduktegesetzgebung



Beratungsstelle für Suchtfragen

Beratungen

	2008	2009	2010	2011	2012
ausführliche Beratungen	118	152	168	160	175
Kurzberatung (bis 3 Gespräche)	84	91	104	105	98
Total	202	243	272	265	273

Ausführliche Beratungen; Klientinnen und Klienten (mehr als 3 Gespräche)

	2008	2009	2010	2011	2012
Männer	73	100	106	101	110
Frauen	34	48	50	39	50
Paare	11	4	12	20	15
Total	118	152	168	160	175

Ausführliche Beratungen; Suchtmittel (mehr als 3 Gespräche)

	2008	2009	2010	2011	2012
Alkohol	60	75	86	79	85
Cannabis	22	35	33	33	30
Drogen (exkl. Cannabis)	19	30	32	33	46
Rauchstopp	8	6	4	4	-
diverse	9	6	13	11	14
Total	118	152	168	160	175

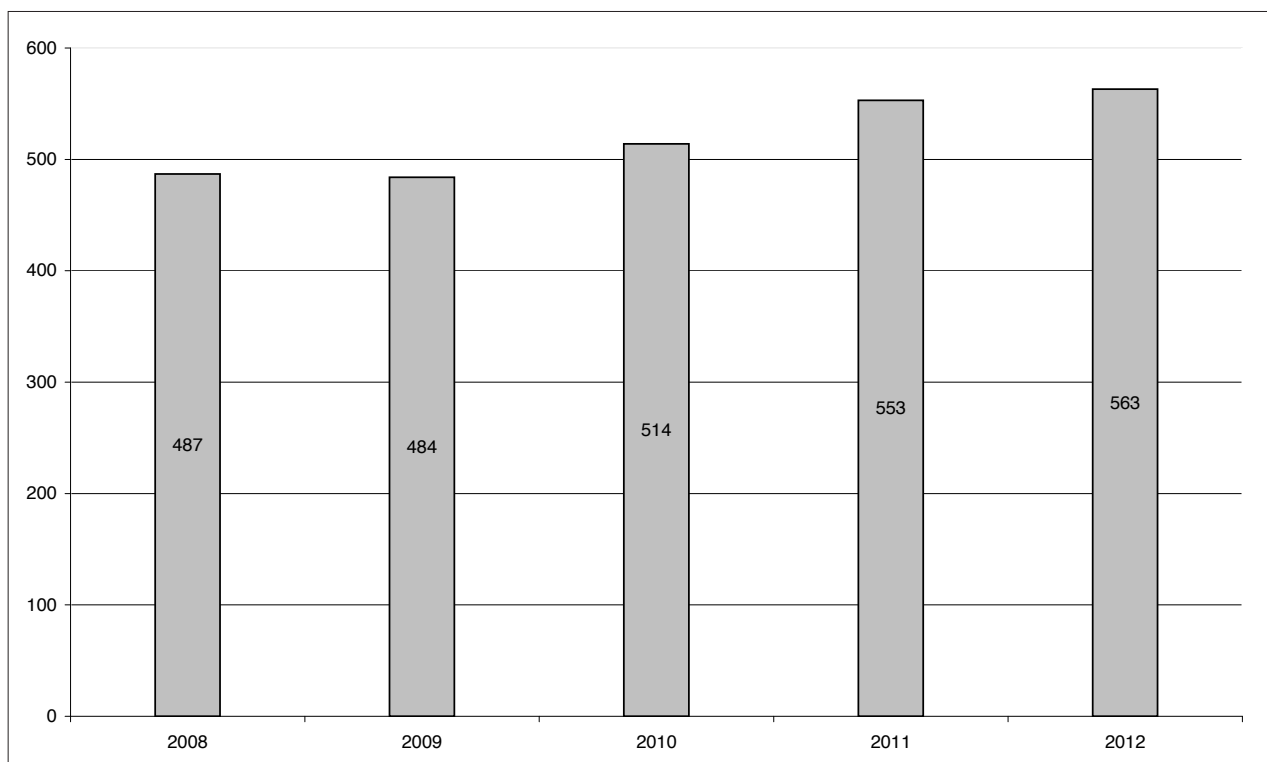
Departement Bau und Umwelt

Departementssekretariat: Behandlung von Rekursen und Einsprachen

	2008	2009	2010	2011	2012
Pendenzen vom Vorjahr	24	35	46	34	37
Eingänge	70	78	79	76	53
Erledigungen	- 61	- 67	- 91	- 73	- 62
Pendent Ende Jahr	33	46	34	37	28

Planungsamt

Anzahl bearbeitete Baugesuche (ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen)



Übersicht über den Stand der Erschliessung gem. Art. 21 RPV (alle Bauzonen) per 31.12. (in Aren)



	nicht erschlossen		teilweise erschlossen		innert 5 Jahren baureif		voll erschlossen und baureif		Überbaut bzw. weitgehend überbaut		Gesamtfläche Bauzone
Urnäsch	-	0,0 %	410	6,6 %	4	0,1 %	560	9,0 %	5260	84,4 %	6234
Herisau	570	1,5 %	155	0,4 %	1082	2,8 %	1621	4,3 %	34690	91,0 %	38118
Schwellbrunn	66	1,7 %	179	4,6 %	219	5,6 %	191	4,9 %	3263	83,3 %	3918
Hundwil	126	6,3 %	115	5,7 %	-	0,0 %	84	4,2 %	1691	83,9 %	2016
Stein	-	0,0 %	204	6,8 %	20	0,7 %	243	8,1 %	2525	84,4 %	2992
Schönengrund	92	6,3 %	5	0,3 %	203	13,8 %	73	5,0 %	1099	74,7 %	1472
Waldstatt	83	1,5 %	6	0,1 %	44	0,8 %	299	5,6 %	4932	91,9 %	5364
Teufen	69	0,4 %	638	3,8 %	188	1,1 %	1304	7,9 %	14411	86,8 %	16610
Bühler	341	6,3 %	376	6,9 %	-	0,0 %	108	2,0 %	4630	84,9 %	5455
Gais	35	0,4 %	-	0,0 %	143	1,7 %	912	10,9 %	7269	87,0 %	8359
Speicher	51	0,4 %	-	0,0 %	302	2,6 %	575	4,9 %	10790	92,1 %	11718
Trogen	-	0,0 %	71	1,2 %	469	7,8 %	449	7,4 %	5041	83,6 %	6030
Rehetobel	30	0,7 %	31	0,7 %	60	1,4 %	330	7,9 %	3714	89,2 %	4165
Waldstatt	9	0,4 %	99	4,6 %	168	7,8 %	141	6,6 %	1735	80,6 %	2152
Grub	277	10,6 %	35	1,3 %	-	0,0 %	157	6,0 %	2134	82,0 %	2603
Heiden	120	1,0 %	161	1,3 %	882	7,2 %	1024	8,3 %	10090	82,2 %	12277
Wolfhalden	177	3,7 %	130	2,7 %	111	2,3 %	472	9,7 %	3955	81,6 %	4845
Lutzenberg	179	3,6 %	56	1,1 %	194	3,9 %	198	4,0 %	4354	87,4 %	4981
Walzenhausen	201	2,9 %	397	5,7 %	65	0,9 %	777	11,1 %	5538	79,4 %	6978
Reute	49	2,6 %	118	6,2 %	-	0,0 %	213	11,2 %	1518	80,0 %	1898
Gesamttotal	2 475	1,7 %	3 186	2,2 %	4 154	2,8 %	9 731	6,6 %	128 639	86,8 %	148 185

Hochbauamt

Offene Investitionskredite (Stand Ende 2012)

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilligungsinstanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
Herisau, Umnutzung Zeughaus Projektierungs-, Bau- und Zusatzkredite für Umnutzung, Landerwerb, zusätzl. Parkplätze, Verbreiterung Annex, Beschaffung Netzwerkgeräte, Video- und Konfrontationseinvernahme	20 448 000	VR/KR/RR	X X	20 912 000	20 600 000
Herisau, Kantonale Notrufzentrale KNZ Planung 190 000, Ausführungskredit 2 700 000	2 890 000	RR	X	2 932 000	2 860 000
Kantonsschule Trogen Optimierung und Erneuerung Mensa im Konvikttgebäude Planungs- und Baukredite	7 230 000	KR/RR	X	7 339 034	◇ 6 890 000
Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden PZA Planung Möglichkeiten der Landreserve	160 000	RR	X	160 000	160 000
Fernwärmeversorgung, Umgebungsbeleuchtung	500 000	RR	X	510 649	◇ 503 425
Arealentwicklung/Unterbringung BUSA	190 000	RR	X	190 000	190 000
Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung	39 500 000	VA	X		
Erschliessungssystem/Parkierung	4 300 000	RR	X	4 622 327	4 484 001
Haus I	9 000 000	RR	X	9 878 147	9 235 000
Haus III	6 000 000	RR		0	offen
Haus IV	6 100 000	RR	X	6 796 952	6 570 000
Haus V	1 855 000	RR		0	offen
Haus VI	3 350 000	RR		0	offen
Haus VIII	3 850 000	RR	X	4 251 770	4 251 770
Haus IX	2 450 000	RR		2 792 370	2 790 000
Trogen, Fünfeckpalast Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	1 097 000	KR	X	1 097 000	1 097 000
Trogen, Optimierung und Erneuerung Rathaus Projektierungs- und Ausführungskredite	5 000 000	RR	X	5 000 000	5 000 000
Spital Herisau Erneuerung MSR-System, a.o.Unterhalt, Plan-Digitalisierung	380 000	RR	X	380 000	◇ 374 413
	1 050 000	RR	X	1 050 000	◇ 1 006 836
Erneuerung MSR-System 2. Etappe, a.o. Unterhalt	1 025 000	RR	X	1 025 000	980 000
Erneuerung Notstromanlage, a.o. Unterhalt	2 450 000	KR/RR	X	2 450 000	◇ 2 436 075
Zentral-Sterilisation Planungs- und Baukredite					
Spital Heiden Erneuerung Kältemaschine OP, a.o. Unterhalt,	825 000	RR	X	825 000	735 000
Fernwärme	750 000	RR	X	750 000	750 000
Ambulatorium, Umbau EG Spital, Umbau Dunant-Haus	2 350 000	RR/VA	X	2 350 000	◇ 2 226 238
Umbau/Kauf Liegenschaft Asylstrasse 4					
Heiden, Werkhof Bissau, Sanierung Werkstatt/Bürotrakt °	4 800 000	RR	X	4 800 000	4 800 000

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

◇ = definitiv abgerechnet

RR = Regierungsrat

VA = Volksabstimmung

* = kein kantonales Bauvorhaben

KR = Kantonsrat

° = zu Lasten Strassenrechnung

Kantonseigene und Pensionskassen Liegenschaften



	Gebäude, Grund- stücke	Wohnung, Büro, Gewerbe	Mietende	Pacht	Assekuranz Neuwert 31.12.2012
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude Spitäler, Anstalten, Schulen	115	113		111 498 400 154 020 200
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	103	92	2 4	44 074 300
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	25	25	4	10 495 800
Pensionskasse von Appenzell Ausserrhoden	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	198	198		73 249 100
Stiftungen	Grundstücke ohne Gebäude	9	6	10	5 797 800
Bestand 31.12.2012	257	450	434	20	399 135 600
Bestand 31.12.2011	265	437	421	20	512 083 600

Zugemietete Liegenschaften/Objekte

	Verträge	Objekte*	Nettomieten pro Jahr
Büroräume, Wohnungen	20	75	1 388 170
Archive, Lager Parkplätze	2 3	29 24	
Gewerbliche Objekte	8	8	148 095
Polizeiposten	3	3	55 928
Archiv, Lager Parkplätze	6	3 13	
Garagen und Einstellplätze	2	65	116 400
Bestand 31.12.2012	44	230	1 708 593
Bestand 31.12.2011	43	232	1 803 267

* vermietbare Einheiten

Parkplatzbewirtschaftung

Insgesamt werden 342 Parkplätze für die kantonale Verwaltung durch das Hochbauamt bewirtschaftet.

Bestand der durch das Hochbauamt verwalteten Liegenschaften

Renditeliegenschaften Finanzvermögen in Fr.

	Ort	Buchwert 01.01.2012	Nettomietzins- Solleinnahme pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Grüt 160	Bühler	893 800	57 578	6,4419 %
Dorfplatz 5	Gais	2 006 800	129 760	6,4660 %
Hinterbissastr. 68	Heiden	300 500	21 480	7,1481 %
Kirchplatz 4	Heiden	3 479 300	226 156	6,5000 %
Alpsteinstr. 26B	Herisau	322 700	22 080	6,8423 %
Alpsteinstr. 26C	Herisau	326 200	22 320	6,8424 %
Alpsteinstr. 30/32	Herisau	456 000	31 200	6,8421 %
Degersheimerstr. 3	Herisau	273 200	17 760	6,5007 %
Spitalstr. 4/Buchenstr. 10	Herisau	336 900	21 900	6,5004 %
Huebstr. 40A	Herisau	463 400	30 120	6,4998 %
Huebstr. 40B	Herisau	166 200	10 800	6,4982 %
Huebstr. 49	Herisau	334 300	21 762	6,5097 %
Industriestr. 1	Herisau	629 500	40 920	6,5004 %
Industriestr. 3	Herisau	692 800	47 400	6,8418 %
Krombach 1	Herisau	448 600	29 160	6,5002 %
Krombach 2	Herisau	238 200	15 480	6,4987 %
Huebstr. 34	Herisau	486 000	31 589	6,4998 %
Kreuzstr. 22	Herisau	2 461 500	160 335	6,5137 %
Schlossstr. 5	Herisau	653 500	42 825	6,5532 %
Schlossstr. 14	Herisau	135 700	8 820	6,4996 %
Dorf 4	Hundwil	152 700	9 924	6,4990 %
Gmünden auf GB Nr. 1109	Niederteufen	409 200	33 500	8,1867 %
Gmünden 1191	Niederteufen	489 600	26 600	5,4330 %
St.Gallerstr. 11	Rehetobel	1 080 200	70 212	6,4999 %
Zaun 55	Speicher	2 483 400	160 704	6,4711 %
Ebni 4	Teufen	2 018 900	138 132	6,8419 %
Dorf 1666 (Verkauf per 31.07.12)	Urnäsch	496 500	17 696	3,5641 %
Mooshaldenstr. 26 (vormals 30)	Waldstatt	118 200	7 680	6,4975 %
Herisauerstr. 36/Mooshalden 3 ¹⁾	Waldstatt	10 800	700	6,4815 %
Mooshalden 541 auf GB Nr. 09	Waldstatt	152 300	9 900	6,5003 %
Dorf 104 (Verkauf per 31.10.12)	Walzenhausen	1 358 900	77 480	5,7017 %
Industriestr. 15	Herisau	451 750	15 240	3,3735 %
Total		24 327 550	1 557 213	6,4010 %

¹⁾ auf GB Nr. 626

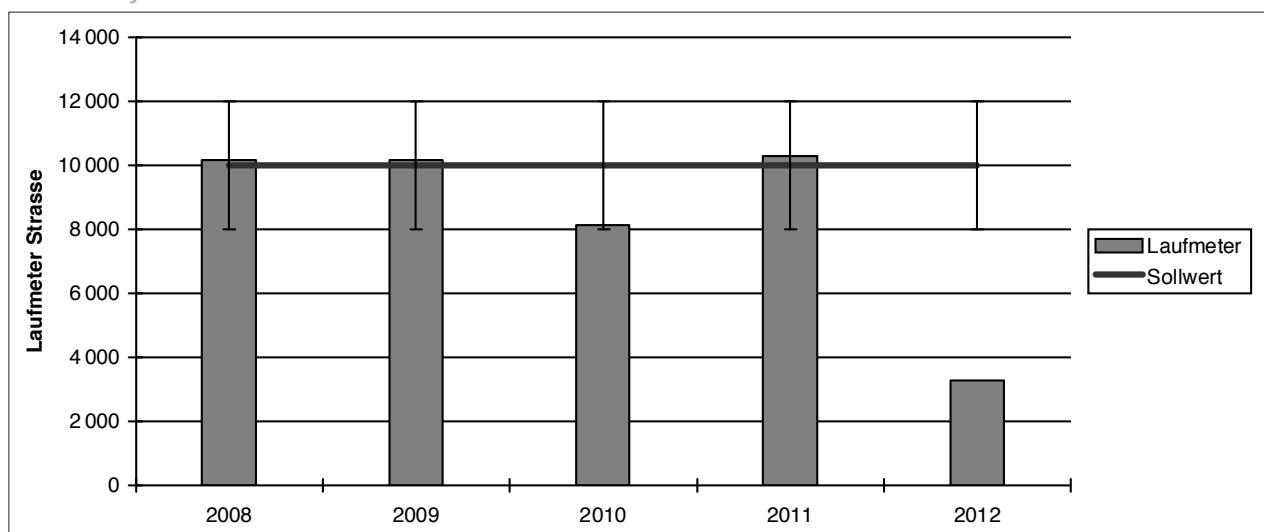


Renditeliegenschaften; Miteigentum

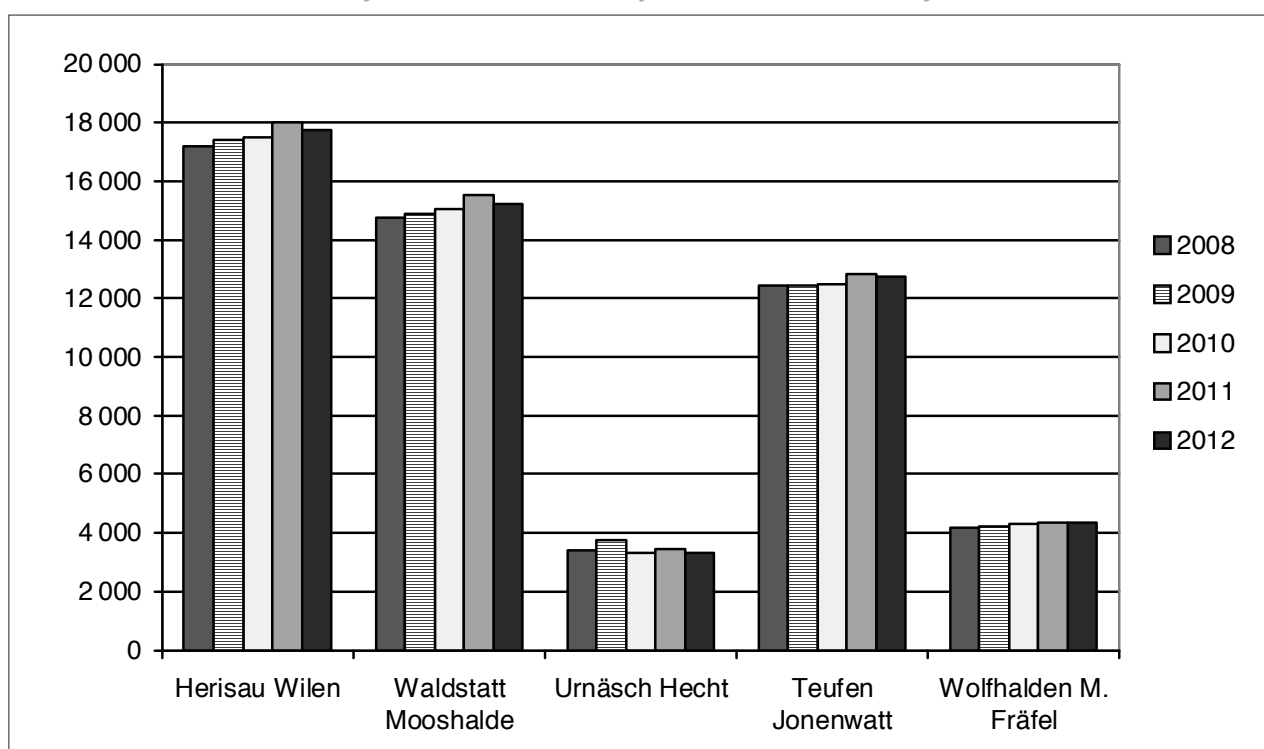
	Buchwert 01.01.2012	Buchwert 01.01.2013
MEG Gutenbergzentrum (2/12 Anteile)	4 450 000	4 450 000
MEG Café Würzer (2/12 Anteile)	871 500	1 251 500
MEG Gutenbergstr. 2 (neu 2/12 Anteile)	143 800	143 800
Total	5 465 300	5 845 300

Tiefbauamt

Erneuerungsstatistik



Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen; durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)



Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: ausbezahlte Beiträge

	2008	2009	2010	2011	2012
Thermische Solaranlagen	60 314	144 089	164 306	110 373	137 436
Photovoltaik-Anlagen	-	77 235	128 340	146 925	851 085
Holzfeuerungen	106 000	169 850	96 000	166 100	59 000
Wärmenetzanschlüsse	190 400	45 600	134 000	100 500	89 400
Erdsonden-Wärmepumpe	-	-	62 500	76 500	150 000
Minergie-Gebäude	37 404	117 948	113 330	210 510	304 200
Gebäudehüllen-Sanierung	29 427	100 690	344 698	311 464	434 790
Diverse Massnahmen	-	23 500	28 600	33 500	25 500
Total	423 545	678 912	1 071 774	1 155 872	2 051 411
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	-	-	252 940	1 093 090	1 642 565

Förderprogramm Energie: geförderte Anlagen/Massnahmen

	2008	2009	2010	2011	2012
Thermische Solaranlagen	31	73	81	53	72
Photovoltaik-Anlagen	-	13	16	22	120
Holzfeuerungen	20	35	20	20	25
Wärmenetzanschlüsse	61	22	42	32	39
Erdsonden-Wärmepumpe	-	-	15	15	28
Minergie-Gebäude	7	18	14	25	26
Gebäudehüllen-Sanierung	5	19	39	56	101
Diverse Massnahmen	-	5	17	19	9
Total	124	185	244	242	420
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	-	-	¹⁾ 70	355	445

¹⁾ Antragstellung ist seit dem 1. Januar 2010 möglich

Departement Volks- und Landwirtschaft

Handelsregisteramt

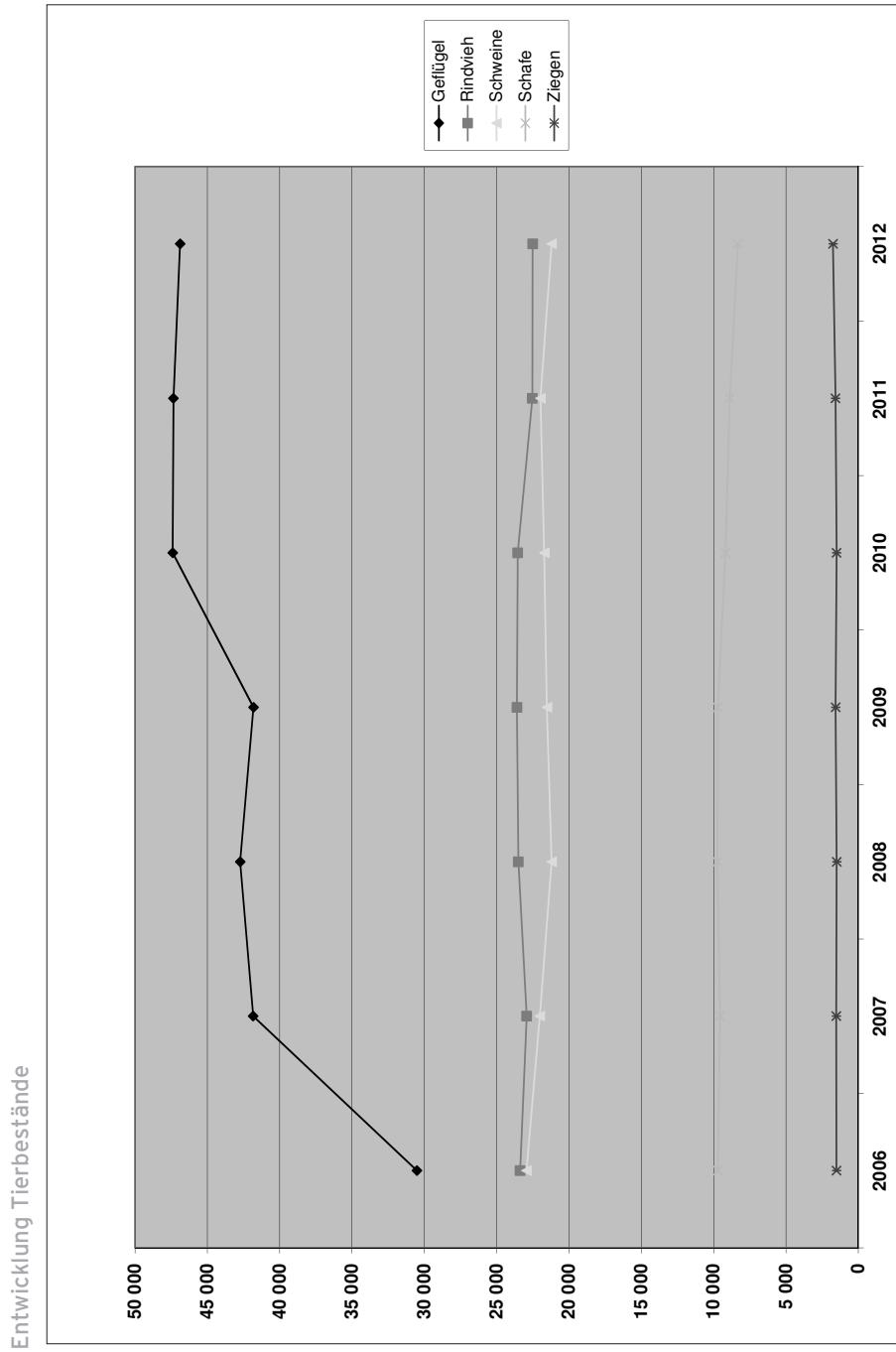
Bestand

	2008	2009	2010	2011	2012
Einzelunternehmen	1 044	1 066	1 088	1 105	1 089
Personengesellschaften	82	74	68	69	68
AG	1 411	1 554	1 664	1 754	1 875
GmbH	866	1 007	1 080	1 178	1 299
Genossenschaften	60	58	58	54	54
Vereine	26	22	24	25	26
Stiftungen	138	138	134	132	131
besondere Rechtsformen	3	4	4	3	3
Zweigniederlassungen	102	98	103	111	107
Total	3 732	4 021	4 223	4 431	4 652
Veränderung		+ 7,7 %	+ 5,0 %	+ 4,9 %	+ 5,0 %

Eintragungen und Löschungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Eintragungen Handelsregister	548	515	501	505	518
Löschungen	173	222	299	297	297
Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden	375	293	202	208	221

Landwirtschaftsamt



Veterinäramt

Inspektionen Betriebs- und Schlachthygiene

	2008	2009	2010	2011	2012
bewilligte Schlachtbetriebe	12	12	11	11	11
Inspektionen	6	7	4	5	8
Beanstandungen	33	45	38	35	31

Fleischuntersuchungen; Schlachtungen Total

	2008	2009	2010	2011	2012
Kühe/Rinder ¹⁾	519	402	785	698	671
Kälber ²⁾	418	354	13	10	8
Schafe	495	464	406	478	420
Ziegen	345	176	197	214	222
Schweine	2 690	2 142	2 204	2 242	2 093
Pferde	4	-	4	6	3
Lamas, Alpakas	1	2	-	-	1
Total	4 472	3 540	3 609	3 648	3 418

¹⁾ bis 2009: > 6 Monate / ab 2010: > 6 Wochen

²⁾ bis 2009: < 6 Monate / ab 2010: < 6 Wochen

Fleischuntersuchungen; Normalschlachtung

	2008	2009	2010	2011	2012
Kühe/Rinder ¹⁾	385	282	634	595	535
Kälber ²⁾	395	324	10	9	5
Schafe	487	461	402	476	412
Ziegen	345	176	196	214	222
Schweine	2 675	2 137	2 198	2 237	2 083
Pferde	3	-	3	6	3
Lamas, Alpakas	1	2	-	-	1
Total	4 291	3 382	3 443	3 537	3 261

Fleischuntersuchungen; Notschlachtung

	2008	2009	2010	2011	2012
Kühe/Rinder ¹⁾	134	120	151	103	136
Kälber ²⁾	23	30	3	1	3
Schafe	8	3	4	2	8
Ziegen	-	-	1	-	-
Schweine	15	5	6	5	10
Pferde	1	-	1	-	-
Lamas, Alpakas	-	-	-	-	-
Total	181	158	166	111	157

¹⁾ bis 2009: > 6 Monate / ab 2010: > 6 Wochen

²⁾ bis 2009: < 6 Monate / ab 2010: < 6 Wochen

Rückstandsuntersuchungen

	2008		2009		2010		2011		2012	
	K	B	K	B	K	B	K	B	K	B
Rückstandsuntersuchung Stichproben Milch	9	-	24	1	10	10	10	-	10	-
Rückstandsuntersuchung Stichproben Fleisch					10	1	10	1	10	2
Rückstandsuntersuchung bei Verdacht Fleisch	80	3	66	-	66	3	45	-	64	-
Fremdstoffuntersuchung Masttiere lebend	5	-	5	1	12	-	12	-	12	-
Total	94	3	95	2	98	14	77	1	96	2

K = Kontrolle

B = Beanstandungen

Regionales Arbeitsvermittlungsamt (RAV)/Arbeitslosenkasse

RAV-Statistik

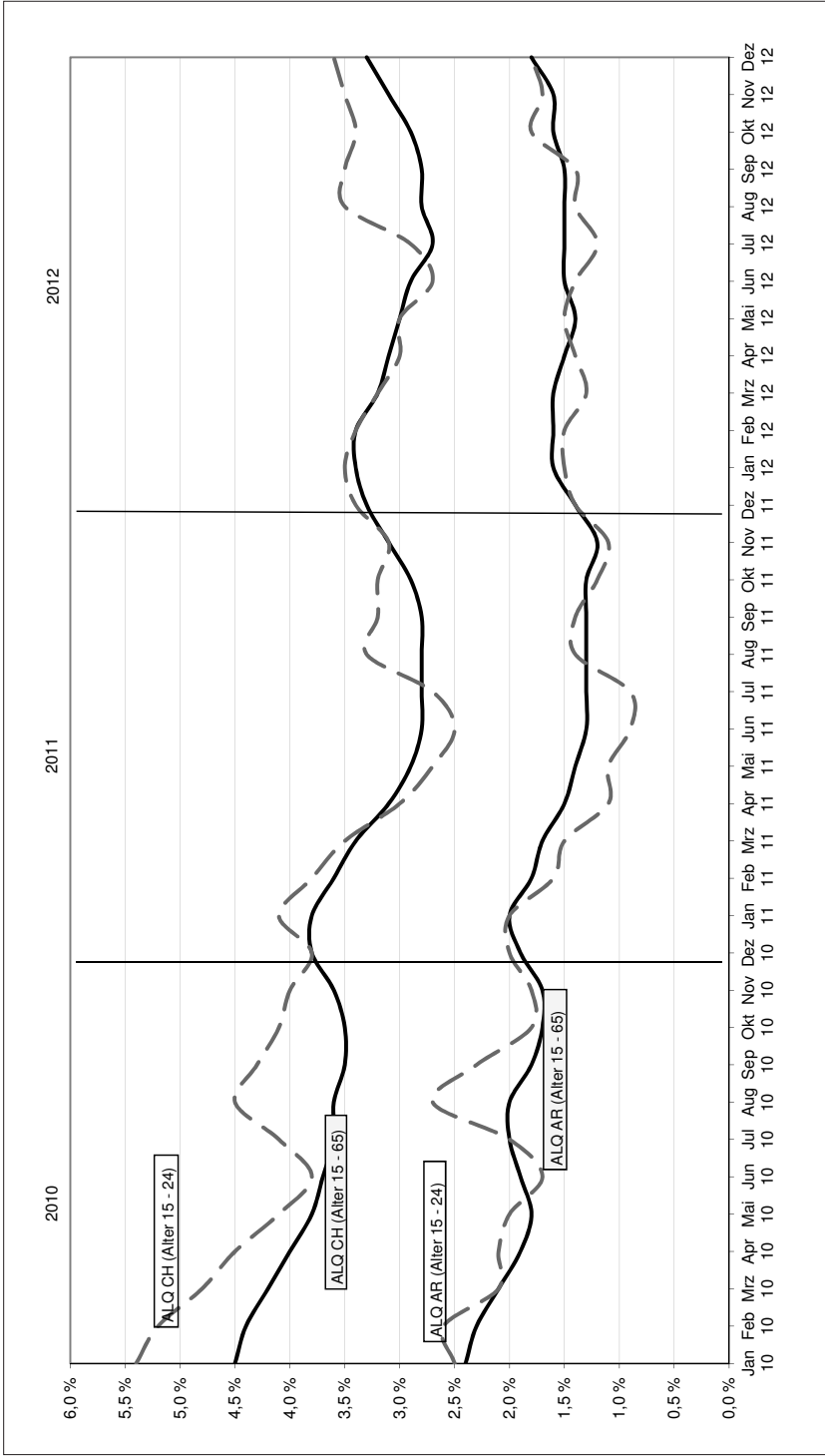
	2008	2009	2010	2011	2012
Ø Stellensuchende	570	884	975	786	842
Ø Arbeitslosenquote	1,4 %	2,1 %	2,0 %	1,5 %	1,6 %
Ø Personalbestand RAV ¹⁾	7,9	9,8	11,9	11,8	11,6
durchgeführte Beratungsgespräche	7296	7890	7633	7140	6749
vermittelte Dauerstellen	86	75	104	100	56
vermittelte Aushilfsstellen/ Zwischenverdienste	114	92	117	112	71
verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	323	²⁾ 450	661	454	481
Stellenmeldungen	378	357	500	443	266
Ø Bezugstage bis Abmeldung je Stellensuchende	146	140	159	165	156
neu ausgesteuerte Personen	87	86	122	193	³⁾ 149

¹⁾ Vollstellen

²⁾ aufgrund eines Systemwechsels beim Bund nur Schätzwert möglich

³⁾ provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend)

Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)



Auszahlung Arbeitslosenentschädigung

	2008	2009	2010	2011	2012
Arbeitslosenentschädigung	11 830 584	19 082 727	22 795 118	16 574 124	16 683 824
Kurzarbeitsentschädigung	32 266	10 409 310	3 841 830	1 122 903	1 978 037
Schlechtwetterentschädigung	85 472	450 092	330 223	96 678	469 520
Insolvenzentschädigung	169 381	80 471	221 305	226 127	89 677
Präventivmassnahmen	433 566	467 640	678 049	511 055	500 939
Total	12 551 269	30 490 239	27 866 524	18 530 887	19 721 997

Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer

	2008	2009	2010	2011	2012
Januar	1	318	767	91	297
Februar	1	553	690	289	319
März	-	757	390	272	254
April	-	1 231	216	121	157
Mai	-	1 119	280	124	136
Juni	-	1 266	259	55	147
Juli	-	523	54	-	12
August	-	704	60	-	-
September	-	972	62	186	243
Oktober	-	854	68	54	130
November	29	748	67	48	274
Dezember	117	676	92	176	250
Total	148	9 721	3 005	1 416	2 219

Departement Sicherheit und Justiz

Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände (in Verkehr per 30.09.)

Quelle: Statistik aso Vereinigung der Strassenverkehrsämter

	2008	2009	2010	2011	2012
Personenwagen	27 701	28 420	28 665	29 233	29 906
Personentransportfahrzeuge	375	386	408	442	460
Sachentransportfahrzeuge	1 965	2 036	2 065	2 138	2 219
Landwirtschaftsfahrzeuge	2 273	2 264	2 270	2 271	2 279
Industriefahrzeuge	522	533	540	538	555
Motorräder	5 208	5 285	5 287	5 326	5 396
Anhänger	3 157	3 259	3 303	3 395	3 504
Total	41 201	42 183	42 538	43 343	44 319
Veränderung		+ 2,38 %	+ 0,84 %	+ 1,89 %	+ 2,25 %



Kantonspolizei

Kriminalpolizei

	2008	2009	2010	2011	2012
Diebstahl	472	434	407	323	463
davon Einbruch	148	106	89	66	142
Fahrzeugdiebstahl	200	187	134	149	138
davon Personenwagen	9	12	1	4	5

Verkehrspolizei

	2008	2009	2010	2011	2012
Verkehrsunfall	303	316	334	472	465
davon Selbstunfall	128	119	123	178	189
Verletzte Personen	146	143	159	142	122
davon tödlich verletzte	3	2	2	-	3

Regionalpolizei

	2008	2009	2010	2011	2012
Polizeiliche Führungsberichte	182	229	218	170	44
Zuführungen an Betreibungsämter	442	429	400	423	478
Vorhalte wegen SVG-Übertretungen	3 071	1 951	1 509	1 513	¹⁾ 1 652

¹⁾ SVG mit Verzeigung 469 / ohne Verzeigung 1 189

Jagdverwaltung

	2008	2009	2010	2011	2012
Niederjagdpatente	139	141	143	138	137
Hochjagdpatente	47	53	49	50	55
Jagdstraffälle	8	3	5	1	-

Abschusszahlen Jäger und Wildhüter

	2008	2009	2010	2011	2012
Schwarzwild	-	-	-	-	-
Rotwild (Hirsche)	23	27	29	20	26
Gamswild	15	5	9	11	13
Rehwild	400	390	423	497	494
Total	438	422	461	528	533

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Rekrutenaushebung

	2009	2010	2011	2012
Diensttauglich	352	283	253	295
Schutzdiensttauglich	56	49	40	48
Untauglich	54	40	44	51
Zurückgestellt	18	6	11	11
Total Stellungspflichtige	480	378	348	405
davon Diensttauglich	73 %	75 %	73 %	73 %

Schiesswesen ausser Dienst (Pflicht)

	2009	2010	2011	2012
Bundesprogramm 300 m	1 850	1 729	1 631	1 557
Bundesprogramm 50 m / 25 m	154	152	150	156
Total	2 004	1 881	1 781	1 713
davon disziplinarische Bestrafung (versäumte Schiesspflicht)	75	93	81	88



Schiesswesen ausser Dienst

	2009	2010	2011	2012
Feldschiessen 300 m	1 087	958	840	877
Feldschiessen 50 m / 25 m	193	193	176	184
Jungschützen	103	98	88	80

Kontrollführung

	2009	2010	2011	2012
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Armee- und Zivilschutzangehörigen	4 624	4 173	4 150	4 130
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	175	60	153	158

Wehrpflichtersatzabgabe

	2009	2010	2011	2012
Ersatzpflichtige	1 496	1 336	1 543	1 630
Rohertrag des Bundes (80 %) in Fr.	789 000	716 000	933 000	821 751
Rohertrag des Kantons (20 %) in Fr.	197 000	179 000	233 000	250 438

Zivilschutz

	2009	2010	2011	2012
belüftete Schutzraumplätze	55 730	55 780	55 795	55 950
Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	53	41	33	35
geleistete Dienstage	4 385	4 003	4 016	4 115
Belegungstage Ausbildungszentrum Teufen	251	250	215	224
Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	13	9	9	14

Departement Inneres und Kultur

Bevölkerung des Kantons 1980, 1990, 2000, 2008-2012

Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration

1980: Volkszählung vom 1. Dezember 1980; 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000; 2008-2010: Stand jeweils 1. Januar bzw. 31. Dezember des Vorjahres (ESPOP); 2011 und 2012: Stand 1. Januar bzw. 31. Dezember des Vorjahres (STATPOP).

Appenzell Ausserrhoden

	1980	1990	2000	2008	2009	2010	2011	2012
Hinterland	21 545	23 805	24 248	23 542	23 732	23 684	23 577	23 562
Mittelland	14 392	15 373	15 623	15 855	16 024	16 200	16 195	16 441
Vorderland	11 674	13 051	13 633	13 257	13 298	13 159	13 245	13 310
Total	47 611	52 229	53 504	52 654	53 054	53 043	53 017	53 313

Hinterland

	1980	1990	2000	2008	2009	2010	2011	2012
Urnäsch	2 258	2 431	2 336	2 297	2 259	2 230	2 269	2 270
Herisau	14 160	15 624	15 882	15 282	15 450	15 426	15 236	15 174
Schwellbrunn	1 142	1 438	1 468	1 428	1 466	1 453	1 477	1 475
Hundwil	943	1 035	1 038	983	983	990	968	975
Stein	1 198	1 314	1 355	1 336	1 346	1 348	1 359	1 371
Schönengrund	404	434	459	469	478	486	496	508
Waldstatt	1 440	1 529	1 710	1 747	1 750	1 751	1 772	1 789
Total	21 545	23 805	24 248	23 542	23 732	23 684	23 577	23 562

Mittelland

	1980	1990	2000	2008	2009	2010	2011	2012
Teufen	5 027	5 252	5 535	5 696	5 757	5 810	5 748	5 867
Bühler	1 640	1 628	1 598	1 628	1 640	1 654	1 668	1 697
Gais	2 388	2 662	2 770	2 885	2 963	3 017	3 065	3 039
Speicher	3 484	3 789	3 853	3 953	3 984	4 013	4 027	4 133
Trogen	1 853	2 042	1 867	1 693	1 680	1 706	1 687	1 705
Total	14 392	15 373	15 623	15 855	16 024	16 200	16 195	16 441

Vorderland

	1980	1990	2000	2008	2009	2010	2011	2012
Rehetobel	1 416	1 688	1 742	1 674	1 670	1 676	1 703	1 728
Wald	695	851	881	875	854	836	844	837
Grub	833	1 019	1 038	1 007	1 011	1 006	1 017	997
Heiden	3 620	3 885	4 063	4 050	4 080	4 023	3 990	4 030
Wolfhalden	1 632	1 713	1 689	1 708	1 717	1 701	1 706	1 720
Lutzenberg	880	1 083	1 323	1 220	1 237	1 237	1 254	1 270
Walzenhausen	2 004	2 152	2 181	2 041	2 051	2 015	2 071	2 094
Reute	594	660	716	682	678	665	660	634
Total	11 674	13 051	13 633	13 257	13 298	13 159	13 245	13 310

Departementssekretariat

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Veränderung

	2008	2009	2010	2011	2012
Pendenzen vom Vorjahr	17	10	14	23	¹⁾ 18
Eingänge	35	39	42	27	41
Erledigungen	- 42	- 35	- 33	- 18	- 26
Pendent Ende Jahr	10	14	23	32	²⁾ 33

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Eingänge

	2008	2009	2010	2011	2012
Departementsgeschäfte ³⁾	6	12	8	11	10
Vormundschaftsbeschwerden (RR)	12	13	18	8	25
Stimmrechtsbeschwerden (RR)	5	3	1	2	-
Aufsichtsbeschwerden (RR)	4	3	-	2	2
Diverse (RR)	8	8	15	4	4
Total	35	39	42	27	41

¹⁾ Bis 2010 wurden auch die vom Rechtsdienst der Kantonskanzlei betreuten Beschwerden und Rekurse (v.a. gegen Zonenpläne und Baureglemente) miterfasst. Für 2011 und 2012 werden Eingänge und Erledigungen dieser Geschäfte nicht mehr erfasst. Da 2011 keine Abgrenzung zu diesen Fällen stattgefunden hat, ist diese nunmehr 2012 vorzunehmen. Die Anzahl Pendenzen vom Vorjahr ist mithin von 32 auf 18 zu korrigieren.

²⁾ Von den 33 pendenten Beschwerden werden per 2013 aufgrund des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts 16 Fälle zuständigkeitshalber an die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bzw. das Obergericht überwiesen. Es verbleiben 17 pendente Beschwerden.

³⁾ v.a. Rekurse in der Sozialhilfe, bis 2009 Beschwerden gegen Nichtgewährung Prämienverbilligung

Asyl und Integration

Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Stand: 31.12.2012)

Unterbringung Kanton

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	
zentrale Unterbringung	44	58	-	-	44	58	+ 14
Unterbringung Gemeinden	111	170	78	70	189	240	+ 51
Total	155	228	78	70	233	298	+ 65

Zentrale Unterbringung

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	
Unterbringung Zentren	32	39	-	-	32	39	+ 7
Nothilfstruktur	6	6	-	-	6	6	+ 0
diverse Unterbringungsfälle ¹⁾	6	13	-	-	6	13	+ 7
Total	44	58	-	-	44	58	+ 14

¹⁾ Haftfälle, spezielle Platzierungen

Unterbringung Gemeinden

	Wohnbevölkerung	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
		2011	2012	2011	2012	2011	2012	
Urnäsch	2 250	7	7	1	2	8	9	+ 1
Herisau	15 290	24	44	36	30	60	74	+ 14
Schwellbrunn	1 481	4	4	-	-	4	4	+ 0
Hundwil	977	1	1	7	6	8	7	- 1
Stein	1 358	6	4	1	1	7	5	- 2
Schönengrund	494	-	2	-	-	-	2	+ 2
Waldstatt	1 781	2	7	3	3	5	10	+ 5
Teufen	5 997	12	21	1	1	13	22	+ 9
Bühler	1 723	6	5	3	2	9	7	- 2
Gais	3 038	5	13	5	4	10	17	+ 7
Speicher	4 196	11	15	6	3	17	18	+ 1
Trogen	1 684	7	5	1	-	8	5	- 3
Rehetobel	1 714	-	6	4	4	4	10	+ 6
Wald	844	-	-	6	6	6	6	+ 0
Grub	1 012	3	5	-	-	3	5	+ 2
Heiden	4 033	7	15	1	1	8	16	+ 8
Wolfhalden	1 725	2	5	-	1	2	6	+ 4
Lutzenberg	1 267	-	-	1	1	1	1	+ 0
Walzenhausen	2 121	9	6	2	5	11	11	+ 0
Reute	675	5	5	-	-	5	5	+ 0
Total	53 660	111	170	78	70	189	240	+ 51

Entwicklung Zuweisungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Anwesend am 01.01.	153	206	234	189	233
Zugänge	136	133	118	165	232
Erledigungen	83	105	163	121	167
Anwesend am 31.12.	206	234	189	233	298
Veränderung	+ 53	+ 28	- 45	+ 44	+ 65

Zugänge

	2008	2009	2010	2011	2012
Bundes-Zuweisungen	111	101	93	154	216
Zuzüge aus anderen Kantonen	1	3	1	-	-
Geburten	-	8	2	4	9
vorläufige Aufnahme aus Asylgesuchsablehnungen	24	21	22	7	7
Total	136	133	118	165	232

Erledigungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Wegzug in anderen Kanton	2	3	2	1	5
kontrollierte Ausreise	3	8	13	13	23
Ausschaffungen	4	15	16	31	37
Abreise nach unbekannt	19	17	40	26	64
Erteilung humanitäre Bewilligung	11	16	7	1	8
Erteilung andere Bewilligung	2	5	4	2	2
Anerkennung als Flüchtling	18	20	32	40	21
Nachführung bereits vorläufig aufgenommene Flüchtlinge	24	21	27	-	-
vorläufige Aufnahme aus Asylverfahren	-	-	22	7	7
Total	83	105	163	121	167



Amt für Kultur

Denkmalpflege; Entwicklung Beitragsgesuche, Beiträge und Stellungnahmen

	2008	2009	2010	2011	2012
Kanton	571 831	1 297 413	664 330	825 940	923 371
Bund	84 461	442 908	172 364	180 375	210 500
Gemeinde	679 090	1 106 474	709 848	1 215 222	802 338
Total	1 335 382	2 846 795	1 546 542	2 221 537	1 936 209

	2008	2009	2010	2011	2012
Beitragsgesuche	58	61	60	66	75
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	188	113	158	169	¹⁾ 193

¹⁾ 43 Stellungnahmen zu Bauvorhaben, Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben. 150 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.